

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonets
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 17. Januar 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Kanal und Zölle.

Die gefälschte und nicht wieder eingebrachte Kanalvorlage sowie der dem Reichstag zur Beratung unterbreitete Zolltarif standen in der Etatsdebatte, die im Abgeordnetenhaus am Donnerstag begann, im Vordergrund des Interesses. Es ist charakteristisch, daß dieselben Herren, die es sich verbitten, daß der Reichstag sich mit innerpolitischen Angelegenheiten Preußens befaßt, die Tribüne des Landtags eifrig benutzen, um sich von hier aus über Fragen zu verbreiten, die allein das Reich angehen. Mit dem Zolltarif hat sich das preussische Abgeordnetenhaus von Reichs wegen überhaupt nicht zu befassen, doch die Eier des Brotwunders trieb Junker und Junkerengenossen zu dem Unternehmen, im Parlamente der Geldzahlerschaft die Regierung für die Durchführung des wucherischen Tarifs im Reichstage zu schärfen. Entschuldigend fällt allerdings für das gescheiterte Vorgehen der konservativen Herrschaften ins Gewicht, daß sie fürchten, die Zolltarif-Kommission könne sich als gelehriger Schüler der Kanalkommission erweisen, eine Befürchtung, welcher der Staatsredner des Centrums, Abgeordneter Frey u. a. unterhöhlten Ausdruck gab.

Es gilt nun für die konservativen Parteien, das Werk, das sie durch die Obstruktion gegen die Kanalvorlage vorbereitet, jetzt vom Abgeordnetenhaus aus zur Vollenbung zu führen. Ihr Ziel ist die Hemmung und Zurückführung der gesamten modernen Wirtschaftsentwicklung, die der Junkerherrschaft in Preußen langsam die Grundlage zu entziehen droht. Darin mußte der Kanal verhindert werden und es erging die Lösung: Erst den Zoll, dann — vielleicht den Kanal. Es gelang, die Regierung der junkerlichen Diktatur in der Kanalfrage zu unterwerfen, und jetzt wird von der schmälsten niedergeworfenen Regierung unbewußt das Tapferkeit im Zollkampf gefordert. Ist der Zuckerzoll gesichert, dann wird der Kanal durch Zusammenbruch der Industrie und des Handels von selbst überflüssig werden!

Die konservativen Redner, Herr v. Heidebrand, der die Debatte einleitete, und Herr v. Jedlitz, der sie vorläufig beischloß, widmeten den Hauptteil ihrer Ausführungen dem Zolltarif, seiner „Verbesserung“ und seiner Durchdringung. Herr v. Heidebrand erachtet die Zollfrage der Regierungsvorlage für landwirtschaftliche Erzeugnisse als bei weitem noch nicht hoch genug und fordert die Regierung auf, über die Sätze der Vorlage hinauszufragen, zugleich aber auch aufs schärfste denen entgegenzutreten, die das Zustandekommen höherer Zölle durch eine gründliche Kommissionsberatung verhindern wollen; nötigenfalls solle die Regierung einfach die Handelsverträge kündigen.

Etwas vorsichtiger blieb Frhr. v. Jedlitz, der einstige Führer der Kanalkredellen. Getreu seinem Meister, dem Sammelpolitiker Miquel, fordert er alle „pflichtbewußten, staatsbehaltenden Elemente“ auf, Front zu machen gegen die socialdemokratische „Obstruktion“, die nur den Spruch in die Praxis überführen wolle: „Alle Räder stehen still, wenn mein starker Arm es will.“ Nach dem Grundsatze, daß ein Sperling in der Hand besser ist als die Taube auf dem Dach, warnt er vor einer weiteren Erhöhung der Sätze der Vorlage. Herr v. Jedlitz vertritt nur, daß er einzuweisen den Zoll-Sperling noch ebensowenig in der Hand hat, als die Regierung ihren Kanal. Herr v. Jedlitz ließ es nebenbei an einigen Offenherzigkeiten nicht fehlen, so erklärte er die Mehrbelastung, die den ärmeren Klassen aus der Zollerhöhung erwachse, unverhohlen an.

Diese Erklärungen, welche den Konservativen vom Regierungstische zu teil wurden, dürfen sie mit Befriedigung erfüllen. Herr v. Heidebrand betont den ganzen Ernst, dessen sich die preussische Regierung in der Verfolgung der Junkerforderungen bewußt sein werde. Er warnte zwar vor dem Versuch, noch höhere Zollsätze erzwingen zu wollen, doch umging er eine bestimmte Erklärung darüber, ob die preussische Regierung keinenfalls solchen höheren Zollsätzen, falls sie von der Reichstagsmehrheit beschlossen würden, zustimmen werde. Herr v. Rheinbaben verfolgte also die im Reichstag geübte Taktik der Regierung, sich eine noch weitere Unterwerfung unter die agrarischen Forderungen vorzubehalten.

Graf Bälou, den Abgeordneter Richter durch eine stark pointierte, wichtige und factische Rede hervorhob, wiederholte in den Wendungen des Schöneredners, was er selbst schon im Reichstage und was kurz zuvor der Finanzminister gesagt hatte. Er bezogte ebenso die Entschiedenheit der Regierung, nicht unter die Minimalzölle der Vorlage herabzugehen, wie ihre Unentschiedenheit, ob sie vielleicht über dieselben hinauszufragen bereit sein werde. Den Junkern würde es nicht einmal besonderen Aufwand kosten, um diese Schwäche der Regierung für sich zu nutzen.

Abgeordneter Richter hatte aber in seiner Rede auch die Vergangenheit heraufbeschworen, er warf dem Grafen Bälou vor, daß er in der vorigen Session den Kanal nicht energisch genug verteidigt, daß er im letzten Frühjahre das Abgeordnetenhaus nicht aufgelöst und daß er jetzt die Kanalvorlage nicht wieder eingebracht habe. Graf Bälou erwiderte auf die scharf zugespielten Angriffe des freisinnigen Redners durch die klüglichschte Ansicht, die Person des Königs als Schild seiner Schwäche vorzuhalten. Der König allein habe zu entscheiden, ob er den Landtag auflösen, ob er eine Vorlage einbringen oder zurückziehen, ob er Minister halten oder entlassen wolle.

In diesem Versuche, die Kanalklage der Regierung zu verteidigen, hat der Reichslangler und preussische Ministerpräsident alle bisherigen Wunderthaten seines staatsmännischen Genies übertroffen. Er hat zugleich jede Selbstständigkeit seiner Ministerchaft abgeschworen und zugleich den Monarchen, dessen Verantwortlichkeit er verfassungsmäßig durch seine eigne Verantwortlichkeit vor dem Parlamente decken soll, verantwortlich ausgegeben für alle Schwächen der preussischen Kanalkolitik. Nachdem der König

sein Wort für den Kanalbau eingesetzt hatte, genügt es dem preussischen Ministerpräsidenten, die Unmöglichkeit des Regierungswiderstandes vor dem Junkerwillen zuzugesehen, vielmehr entschuldigt er die Regierungsschwäche durch eine keineswegs aus der Verfassung sich aufzwingende ministerielle Selbstherabwürdigung und eine Hineinziehung des Königs in den Parteienstreit, der nach preussisch-monarchischer Ueberlieferung außerhalb der Verantwortlichkeit verbleiben soll.

So hat der erste Tag der preussischen Etatsdebatte zu wahrlich seltsamem Ergebnis geführt. Nicht nur waltet die konservative Junker Gewalt — sei es in Kanalverweigerung sei es in Zuckerzollverlangen — uneingeschränkt über die preussische Regierung. Rein, der höchste Beamte des preussischen Staates erklärt den preussischen König als verantwortlich, daß der Junkerwille in Preußen höchstes Gesetz ist!

Zolltarif-Kommission.

Vor Eintritt in die Verhandlung erhält Dr. Helm (C.) das Wort. Redner wünscht das verteilte statistische Material über die von den Gemeinden erhobenen Abgaben auf Leben, Mittel und Getränte insofern ergänzt, als ähnliche Nachweise von den kleineren Gemeinden eingefordert werden sollen. Das vorliegende Material stammt nur aus Städten mit 50 000 Einwohnern.

Schatzsekretär Freyher v. Thielmann: Es wäre gut, wenn diese Nachweise nur für einige Hauptkonsumartikel gewünscht würden. Ich erwarte eine Erklärung.

Helm will diese Erklärung in einer späteren Sitzung abgeben. Dann beginnt die Beratung mit dem socialdemokratischen Antrag, als § 14 einzuschalten:

„In jedem Steuerdirektionsbezirk ist eine Behörde zu errichten, die auf Verlangen über die Zolltarifsätze Auskunft zu geben hat, zu welchen bestimmte Waren oder Gegenstände im deutschen Zollgebiet zugelassen werden.“

Stadthagen: Der Schatzsekretär hat recht, daß Zolltarifosa nicht mehr in der Weise wie früher vorkommen. Aber die Behandlung der zu verzollenden Gegenstände muß noch besser geregelt werden. Die Zollauskunftsstellen genügen unserer Ansicht nach nicht. Nehmen Sie deshalb unseren Antrag an, dem materiell die Regierung nicht entgegensteht.

Schatzsekretär v. Thielmann: Es wird erinnerlich sein, daß bei den Etatsberatungen Zolltarifosa früher einen breiten Raum einnahmen. Wie gestern gesagt, seit 1898/99 nicht mehr. Ich sehe nicht ein, warum die Zoll-Auskunftsstellen nicht genügen sollen.

Dr. Helm (C.): In Bayern haben wir die Steuerdirektionen. Ob in Preußen nach den gewünschten Institutionen ein so großes Bedürfnis besteht, weiß ich nicht.

Abg. Gothein (fr. B.): Es kommt nicht bloß darauf an, daß Zolltarifosa nicht mehr in den Plenarverhandlungen zur Sprache gebracht werden, sondern darauf, wie die Interessenten im Zollverkehr behandelt werden. Beschwerden giebt es noch, wenn sie auch nicht gerade an den Reichstag gelangen.

Der Vorsitzende v. Kardorff macht darauf aufmerksam, daß nach dem Antrage auch zum Beispiel in Lippe z. eine derartige Behörde errichtet werden müßte.

Herold (C.): Zolltarifosa werden immer vorkommen, auch wenn die verlangte Einrichtung geschaffen wird. Ich lehne den Antrag daher als zwecklos ab.

Stadthagen: In Lippe und andren kleineren Staaten wird eine solche Behörde nicht errichtet zu werden brauchen, weil diese größeren Steuerbezirken angegliedert sind. Es kommt mir darauf an, eine feste Stelle zur Erledigung dieser notwendigen Geschäfte zu schaffen.

Brömel (fr. B.): Was der Antrag Stadthagen will, Auskunftgabe über Zolltarifsätze, das bestimmt schon die Verordnung des Bundesrats vom 3. Februar 1898 für die Zollbehörden, die die nötige Auskunft geben müssen. Am 14. März 1898 hat der Reichstag in einer Resolution vom Bundesrat Auskunftsstellen verlangt, und erst 5 Jahre später kam der Bundesrat dem Beschlusse nach. So fest ist die Aufschaffung des Bundesrats nicht, daß nicht wieder Schwankungen eintreten könnten. Darum ist die gesetzliche Festlegung der Einrichtung besser.

In der Abstimmung wird der Antrag 14 mit 20 gegen die 8 Stimmen der Socialdemokraten und Freisinnigen abgelehnt.

Die Beratung wendet sich nun dem § 2 des Tarifgesetzes zu, der von den Gewichtszöllen handelt und bestimmt:

Die Gewichtszölle werden nach dem Rohgewicht erhoben: a) wenn der Tarif dies ausdrücklich vorschreibt, b) bei Waren, für die der Zoll 6 R. für den Doppelcentner nicht übersteigt. Im übrigen wird den Gewichtszöllen das Reingewicht zu Grunde gelegt. Bei der Ermittlung des Reingewichts von Flüssigkeiten wird das Gewicht der unmittelbaren Umschließungen (Fässer, Flaschen, Kruten und dergleichen) nicht in Abzug gebracht. Der Bundesrat bestimmt den Anteil des Rohgewichts, der zur Berechnung des Reingewichts als Tara in Abzug gebracht werden kann. Beim Eingange von Waren in den freien Verkehr bleiben handelsübliche Umschließungen zollfrei. Nach Bestimmung des Bundesrats kann bei der Verzollung von Waren, die nach dem Rohgewicht zollpflichtig sind, sofern sie unverpackt oder in nicht handelsüblichen Umschließungen eingehen, dem Reingewicht der Waren und bei der Verzollung von Flüssigkeiten, sofern sie in nicht handelsüblichen unmittelbaren Umschließungen eingehen, dem Eigengewicht der Flüssigkeiten das Gewicht der handelsüblichen Umschließungen hinzugezogen werden.

Zu diesem Paragraphen liegen mehrere socialdemokratische Änderungsanträge Geher u. Gen. vor. Es wird beantragt, das Wort „Doppelcentner“ durch 100 Kilogramm zu ersetzen. Ferner soll

es beim Syrup bei den bestehenden Bestimmungen bleiben. Dieser wurde nämlich beim Syrup bei Ermittlung des Reingewichts das Gewicht der unmittelbaren Umschließung in Abzug gebracht. Schließlich soll dem § 2 folgender neue Absatz hinzugefügt werden: Die vom Bundesrat getroffenen Bestimmungen sind dem Reichstag sofort, oder wenn er nicht versammelt ist, bei seinem nächsten Zusammentritt mitzuteilen. Sie sind außer Kraft zu setzen, wenn der Reichstag die Zustimmung nicht erteilt.

Stadthagen giebt die Begründung. Die Ausdrücke im Zolltarif zeigen mitunter von einer übertriebenen Deutschstimmerei. Es ist besser, die neueren Gewichtsbzeichnungen einzuführen. In Hamburg kam eine wunderbare Geschichte vor. Ein Führer des Bundes der Landwirte behauptet dort, der Getreidezoll werde auf 1000 Kilogramm verlangt; wenn er auf den Doppelcentner verlangt werde, würde auch er, jener Führer, dagegen stimmen. Er mußte sich erst Auskunft holen, ob wirklich auf 100 Kilogramm der Zoll des neuen Tarifs verlangt werde. Unser Antrag, den Syrup wie bisher auszunehmen, ist gestellt, damit keine Verzerrung des Syrops eintritt. Bezüglich der Umschließungen der Waren (Tara) wollen wir nicht dem Bundesrat die alleinige Entscheidung überlassen, der durch die Berechnung der Taraabzüge tatsächlich den Zoll erhöhen kann. Deshalb unser letzter Antrag.

Schatzsekretär v. Thielmann: Handelsverpackungen wechseln, sie bleiben nicht ewig. Die Abschätzung der Umschließungen ist eine peinliche und mühsame Arbeit, die von einem Parlament unmöglich vorgenommen werden kann. Lehnen Sie den Antrag einfach ab.

Bundeskommissar Wermuth und Unterstaatssekretär v. Fischer berufen sich auf den bisherigen Zustand und ersuchen ebenfalls, den Antrag abzulehnen.

Gothein (fr. B.): Da wir unsre Gesetze für das Reich und nicht bloß für den Bund der Landwirte machen, bitte ich, es bei dem Wort Doppelcentner zu belassen. — Wenn man aber im Zolltarif alles verdeutscheln will, warum wollen Sie dann nicht das Wort „Tara“ durch das Wort „Umschließung“ ersetzen? Den Antrag Stadthagen unterliege ich.

Unterstaatssekretär Fischer: Es geht nicht an, hier das Wort „Tara“ durch das Wort „Umschließung“ zu ersetzen, weil das mit dem Vereins-Zollgesetz kollidieren würde.

Brömel (fr. B.): Will ebenfalls 100 Kilogramm statt Doppelcentner setzen. Die alte Bezeichnung steht mit dem geschlich vorgeschriebenen Unterricht in den Schulen in Widerspruch. Früher hatte der Bundesrat nicht das Recht der Berechnung des Reingewichts; der Tara-Abzug war im Gesetz festgelegt. Der Reichsweg ist in freiwilligen Fällen ausgeschlossen. Darum ist der Antrag Bebel u. Gen. anzunehmen.

Stadthagen: Es ist geschichtstechnisch ganz unverständlich, daß Gesetz ohne die Bezeichnung 100 Kilogramm zu lassen; nur sie schließt Mißverständnisse aus.

In der Abstimmung werden die socialdemokratischen Anträge mit 24 resp. 22 gegen 4 und 6 Stimmen abgelehnt.

Der Vorsitzende kann den § 2 der Vorlage als angenommen verlaufen.

§ 3 will die im geltenden Zolltarif-Gesetz für einige besonders genannte Waren dem Bundesrat erteilte Ermächtigung zur Einschränkung der Abfertigungsbesugnis allgemein auf Waren ausdehnen, deren zollamtliche Untersuchung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist. Zur Erleichterung des Verkehrs soll zugelassen werden, die Waren oder Proben davon an eine mit der erforderlichen Abfertigungsbesugnis versehene Zollstelle auf Kosten der Zollpflichtigen zu übersenden.

Ein Antrag Geher u. Gen. will die Waren, deren zollamtliche Untersuchung mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist, specialisieren und darunter verstanden wissen: Baumwollengarn, ungefärbtes und gefärbtes Leinwand, gefärbte und ungefärbte Leinwand, unbedruckte und bedruckte Zeugwaren zc. zc.

Gothein beantragt gleichfalls eine Specialisierung, die sich mit der von den Socialdemokraten beantragten ungefähr deckt.

Unterstaatssekretär im Schatzamt v. Fischer erklärt sich gegen die Anträge. Erst müßten überhaupt die Tarifpositionen beschloffen sein, bevor man auf sie Bezug nehmen könnte.

Gothein und Stadthagen empfehlen daraufhin, den § 3 jetzt von der Beratung zurückzustellen.

Nach einer Geschäftsordnungsdebatte wird dieser Antrag abgelehnt. In der Weiterberatung tritt Gothein für seinen Antrag ein und warnt, der Regierung noch mehr diskretionäre Vollmachten zu geben. — Fischbeck: Die Gesetze von der Regierung ausgelegt werden, hat man beim Seuchengesetz und bei den Verordnungen über die Vieh- und Fleischzufuhr gesehen. Das Prinzip muß heute schon festgesetzt werden. — Dr. Paasche: Die Anregung kann in zweiter Lesung verfolgt werden.

Gothein zieht seinen Antrag zurück. Der socialdemokratische Antrag wird mit 20 gegen 8 Stimmen abgelehnt und § 3 der Vorlage von derselben Mehrheit angenommen.

§ 4 enthält die Bestimmungen, daß die mit der Post eingehenden Warensendungen von 250 Gramm Rohgewicht oder weniger und die der Gewichtsverzollung unterliegenden Waren in Menge unter 50 Gramm von der Verzollung befreit sind. Inwieweit im übrigen bei der Gewichtsermittlung Bruchteile eines Kilogramms unbedeutend bleiben dürfen, bestimmt der Bundesrat. Der Bundesrat ist befugt, in allen vorgedachten Beziehungen allgemein oder für einzelne Waren-gattungen oder auch für einzelne Grenzstellen Beschränkungen anzuordnen.

Ein socialdemokratischer Antrag will den letzten Satz gestrichen wissen event. wie bei den früheren Paragraphen die Wirkung des Reichstags sichern.

Ein Antrag Gothein will die Gewichtsspesen der zollfreien Postsendungen von 250 Gramm auf 350 Gramm Rohgewicht erhöhen. Ferner soll dem Bundesrat wie bisher nur die Befugnis zustehen, nicht allgemein, sondern nur örtlich im Fall des Mißbrauchs die im § 4 getroffenen Bestimmungen zu beschränken.

Unterstaatssekretär Fischer weist auf die Mißbräuche hin, die bei manchen Waren durch sogenannte Musterbefreiungen vorkommen. Bei einer Erhöhung des Gewichtes würden sich die Zollbeständen noch vermehren und infolgedessen eine Zollkontrolle bei der Post notwendig werden.

Gothein: Für Warenproben-Sendungen, wie von Kaffee und Tabak, wäre die Erhöhung der Gewichtsgrenze erwünscht. Dr. **Vaasche:** Vielleicht können die von Gothein genannten Waren bei der zweiten Lesung berücksichtigt werden. **Mollenhuth** begründet den sozialdemokratischen Antrag, der von **Fischer** bekämpft wird.

Nach weiterer Debatte werden die Anträge der Sozialdemokraten und der Antrag Gothein zurückgezogen und der letzte Abtrag von § 4 auf Grund eines Antrages **Vaasche**, der einstimmig angenommen wird, folgendermaßen gefaßt: „Der Bundesrat ist befugt, in allen vorgebrachten Beziehungen für einzelne Warenkategorien oder für einzelne Gewerkschaften Beschränkungen, im Fall des Mißbrauchs anzuordnen“. Der so geänderte

§ 4 wird angenommen.

Die nächste Sitzung findet am Freitag, Vormittag statt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. Januar.

Der Reichstag.

Legte am Donnerstag die Reichsinvaliden-Debatte unter anderem Titel fort. Auf der Tagesordnung stand die Interpellation des Grafen Oriola über die Revision der Militärpensions-Gesetze. Der Interpellant wußte dem Thema, das in breiter Ausführlichkeit schon so häufig besprochen worden ist, noch eine fast zweistündige Rede abzugewinnen, so daß auf der Linken der dringende Wunsch entstand, diese unschätzbare Kraft in der Zolltarifkommission zu haben. Die Verprechungen der Regierung, das etwa war der einschläfernd langen Rede kurzer Sinn, sobald wie möglich die längst geforderte Revision vorzulegen, sind nicht erfüllt und der unhaltbare Zustand dauert weiter. Der Redner nahm sich besonders der verabschiedeten Offiziere an und verlangte eine gründliche Regelung der Civilversorgung, die in ihrer gegenwärtigen Gestalt bei Militärämtern wie Kommunen nur Unzufriedenheit erzeuge. Die Pensionsgesetze seien unklar und verworren, das Reliktengesetz sehr verbesserungsbedürftig.

Die Interpellation wurde vom Schatzsekretär und von einem Generalmajor im Namen des Kriegsministeriums beantwortet. Die Einheitslichkeit der Bülow'schen Regierung feierte dabei gerade keine Triumph, denn die Vertreter der bürgerlichen und der Militärgewalt ließen sich arg in den Saaren. Während Herr von Thielmann kühl und formell erklärte, daß die Revision noch nicht fertig sei und nicht gefaßt werden könne, ob sie noch in dieser Tagung an den Reichstag gelangen könne, nahm General von Tappelnkirch kein Blatt vor den Mund und verkündete dem aufhorchenden Hause, daß die neuen Pensionsgesetze im Kriegsministerium längst fertiggestellt und nur deshalb nicht an den Reichstag kämen, weil kein Geld vorhanden wäre.

In der Debatte gingen die Parteien in größter Einigkeit gegen den starrköpfigen Schatzsekretär vor, während das Kriegsministerium ganz aus der Schutzlinie rückte, ja sogar ungewöhnliche Lobspüche erntete. Das Zaudern der Finanzverwaltung, eine Ehrenschuld der Nation, wie die Revision der Militär-Pensionsgesetze und der Reliktversorgung genannt wurde, einzulösen, macht auch die sanftesten Seelen wild. Die Einigkeit der Parteien ging nur in die Brüche, als die Frage aufgeworfen wurde, wie die notwendigen Mittel zu beschaffen seien und ob in dieser Session noch Zeit zu dieser Reform wäre. Die Agrarier haben eine Höllenangst, daß der Sturm gegen den Brotwucher für weitere parlamentarische Arbeit keinen Raum mehr lassen würde, und die Opposition erinnerte die Rechte und das Centrum an ihren Bewilligungsbefehl für die Flotte und an die phantastische Weltpolitik, die allen Kulturaufgaben hindernd in den Weg trete.

Der Schatzsekretär suchte an seiner ersten Erklärung zu retten, was zu retten war und zog sich hinter den Umstand zurück, daß das Marineamt und die Kolonialverwaltung, die auch an der Revision der Pensionsgesetze beteiligt sind, mit ihren Arbeiten noch nicht zu Rande gekommen wären.

Den Standpunkt unserer Partei vertrat Singer. Trotz grundsätzlicher Gegnerschaft zum Militarismus erkenne seine Partei die Pflicht einer erweiterten Fürsorge für die Opfer des Militarismus an, natürlich nicht nur den Offizieren, sondern auch den Mannschaften gegenüber. Die Mittel für die Reform seien durch eine Reichseinkommensteuer von den Besitzenden aufzubringen, denen der Militarismus vorzugsweise zu gute kommt. Die Revision ist im Reichstag sehr rasch zu erreichen, ohne Kommissionsberatung kann der Entwurf an einem Tage erledigt werden.

Die Erörterungen fanden erst in später Stunde ihr Ende, so daß die sozialdemokratische Interpellation über die Arbeitslosigkeit auf Freitag verschoben werden mußte. Für diese Interpellation haben sich bereits zahlreiche Redner gemeldet.

Deutsches Reich.

Die Kirche mobilisiert — für die agrarische Blünderpolitik.

Man schreibt uns: Nachdem der Versuch, die agrarische Blünderpolitik in den christlichen Gewerkschaften zu kristallisieren, fehlgeschlagen, retten die kurz- und langberodeten Wucheragenten mit ihrer Propaganda sich in den katholischen Volksvereinen. Hier werden die Gläubigen zunächst mit Schreckensbildern über den neuen Kulturkampf, mit Jeremiaden über Bedrückung der katholischen Kirche, mit Rufus zum Kampfe für den Herrgott — und für die eigene Seligkeit in die dieuliche fanatisierte Stimmung versetzt und dann so unter der Hand, ohne daß es direkt ausgesprochen wird, der für den Himmel Begehrlichen der „Sühne der Landwirtschaft“ als neuer Glaubensartikel untergeschoben. Für die Verhetzten gilt dann Kirche, Centrum und Centrums-Wucherpolitik als der hl. Dreifaltigkeit in der göttlichen Einheit: Katholicismus.

Nach solchem Muster hatte man am 22. Dezember im tief schwarzen Vorbe und Ungegend mehrere Versammlungen abgehalten und die Schäflein bödlich gemacht. Für Sonntag, den 12. Januar, hatten nun unsere Genossen in Vorbe eine Volksversammlung anberaumt mit der Tagesordnung: „Wie stellen die Arbeiter sich zum Brotwucher?“ In der Versammlung hatte man auch die Geistlichen, welche für die Brotwucher-Politik eintreten, eingeladen. Dieselben erschienen auch —

sechs Mann hoch. Aber nicht allein erschienen die Herren. Die gesamten katholischen Vereine waren heimlich aufgebodet. Truppweise rückten sie heran, ca. 700 Mann, während sich ungefähr 300 Brothwucheragenten eingeschoben hatten. Unter Tumult und Schandall verjagte man zunächst das Bureau in Händen zu bekommen, die Versammlung unmöglich zu machen; wer ein Gegenwort sich erlaubte, wurde bedroht. Doch der Plan glückte nicht. Genosse Hoff befehlt den Vorsitz, zwei Christliche kamen ins Bureau. Zunächst sprach Genosse **Leimpeter**. Soweit er lediglich auf Junser und Industriearbeiter losließ, fand er sogar Zustimmung, sobald ein Wort gegen das Centrum fiel, ging der Standall los und als Ansprache von Kirchenvätern citiert wurden, donnerte das Lokal von Droh- und „Maus“-Gebrauch. Als zweiter sprach der bekannte Kaplan **Brauns**, der nach erprobter Manier für den Zolltarif eintrat, die „ausgleichende Gerechtigkeit“ predigte. Zum Schluss zog er auch eine Resolution hervor. Der Vorsitzende erklärte, dieselbe verlesen und zur Diskussion stellen zu wollen. Darauf ging der Kaplan nicht ein, er ließ die Resolution verschwinden mit der Erklärung, seine Garde würde dafür gestimmt haben, was mit demonstrativer Zustimmung als richtig anerkannt wurde. Am sollte Genosse **Düwell** sprechen. Derselbe hatte vorher erklärt, man werde Herrn **Brauns** ruhig anhören, er warte jedoch, daß man nachher auch die Entregung ruhig anhören werde. Die Christlichen samt Herrn **Bitar** **Brauns** stimmten zu. Nun aber, als **Düwell** reden wollte, verschwand der streitbare Kaplan und als **Düwell** konstatierte, Kaplan **Brauns** hätte mit seiner Resolution, erhob sich ein Gebrüll, als wenn eine wilde Horde losgelassen sei. Hunderte von Fäusten streckten sich drohend der Rednertribüne entgegen. Sprechen war unmöglich, zweimal mußte der Vorsitzende die Versammlung vertagen, dann hatten die meisten Christlichen sich verlaufen, waren ihren „Hirten“ nachgeföhrt. Als **Düwell** endlich zu Wort kam, ließ er von den zurückgebliebenen Christlichen zunächst sich befehlen, daß sie für die Resolution des Kaplans gestimmt haben würden. Auf die Frage, was denn in der Resolution stehe, erfolgte prompt Auskunft: Das wissen wir nicht! Danach kann man die Zustimmung katholischer Arbeiter zum Wuchertarif auf ihren Wert lagern. Aus religiösen Gründen stimmen die Verhegten blind für das, was der Kaplan verlangt. Ohne Widerspruch wurde nach den Ausführungen **Düwells** und dem Schlussworte **Leimpeters** eine Resolution angenommen, welche den Wuchertarif sowie die indirekte Besteuerung überhaupt verwirft.

„Zugun fernhalten!“ Eines der deutschen Blätter, das zur Zeit am gewissenlosesten die Socialdemokratie verleumdet, ist die einst so angeesehene Münchener „Allgemeine Zeitung“, die jetzt von dem ehemaligen Herausgeber der „Nationalliberalen Korrespondenz“, Dr. **Mohr**, geleitet wird.

In diesem Blatte müssen die sonderbarsten Verhältnisse herrschen. Wenigstens werden mir erzählt, bürgerliche Journalisten vor den Eintritt in dieses Organ zu warnen.

Aus München geht uns nämlich der folgende „Kotzschrei“ zu: „Der derzeitige Chefredacteur der „Münch. Allg. Ztg.“, Herr Dr. **Mohr**, ist dieser Tage nach Berlin gereist, um eine „junge Redaktionskraft“ anzunehmen. Die betreffende Kraft soll dem von Herrn **Mohr** verdrängten früheren Chefredacteur Herrn **Tourner** an die Seite gestellt werden; vorausichtlich aber ist sie dazu bestimmt, den alten Herrn noch völlig zu erlegen. Es dürfte nun vielleicht interessanter, daß nicht nur die Drucker und Segeler, sondern auch die Redaktion des Blattes unter Herrn Dr. **Mohr's** Leitung ein wahrer Taubenschlag geworden ist. Die nichts weniger als günstige geschäftliche Lage des Blattes hat eine außerordentliche Nervosität erzeugt. Abgesehen von den daraus entspringenden wenig erfreulichen Verhältnissen bieten auch die immer schlechter werdenden Gehaltsverhältnisse wenig Verlockendes, und die Kollegen, die vor die ehrenvolle Bestimmung gestellt werden, den bairischen Dickschädel die Köpfe einzuschlagen“ resp. ihnen „mit den Ablägen vor den Bauch zu treten“, dürften in ihren Erwartungen schwer getäuscht werden.“

So weit die Zuschrift. Das klingt ja beinahe wie „Zugun fernhalten!“

Gegen den Brotwucher.

Genosse **Veibel** sprach am 14. Januar in Braunschweig vor einer Versammlung, deren Besucherzahl selbst von bürgerlicher Seite auf 5000 eingeschätzt wurde, über das Thema „Der Zolltarif-Entwurf und die Arbeiterklasse“. Die vermißte Artikel **Veibels** an der Brotwucher-Vorlage wurde mit langanhaltenden Beifallsstürmen aufgenommen. Besonders lebhaft war der Beifall, als der Redner das elchhafte Gebahren der Centrums „Christen“ geißelte, die den Arbeiter durch die Nahrungsmittel-Verienierung in Siedung und frühzeitigen Tod treiben, um vorzüglich ihre Willen und Wollen mit Unterstügungen abzufinden. Ohne Debatte wurde eine Resolution angenommen, die den schärfsten Protest gegen den Zolltarif-Entwurf erhebt.

Eine Volksversammlung in Staßfurt nahm nach einem 2/4stündigen Vortrag des Genossen **Jubeil**, der die lebhafteste Zustimmung fand, einstimmig folgende Resolution an:

Die am 12. Januar 1902 in Wieseners Lokal in Staßfurt tagende öffentliche Versammlung beschließt:

In Erwägung, daß die Staßfurter Industrie auf den Export nach dem Ausland angewiesen und daher vor Zollerschwerungen seitens des Auslandes zu bewahren ist —

in fernerer Erwägung, daß der gegenwärtig dem Reichstag im Entwurf vorliegende Zolltarif geeignet ist, durch seine hohen Zollsätze Repressalien des Auslandes hervorzurufen und den Abschluß von Handelsverträgen zu vereiteln —

in fernerer Erwägung, daß die in demselben Zolltarif geplanten Erhöhungen der landwirtschaftlichen Rölle ohne allen Zweifel die notwendigen Lebensbedürfnisse übermäßig verteuern werden —

in fernerer Erwägung, daß durch diese beiden Thatachen die Staßfurter Industrie schwer und die in ihr beschäftigte Arbeiterschaft doppelt schwer geschädigt werden wird —

die städtischen Behörden zu ersuchen, durch Petition an den Bundesrat und den Reichstag gegen den Zolltarif mit seinen jetzigen oder noch höheren Zollsätzen zu wirken und dem Magistrat wie der Stadtverordneten-Versammlung diese Resolution sowie das Rekrutal der heute in Staßfurt und Leopoldshall durch das Gewerkschaftskomitee vorgenommenen Arbeitslosen-Zählung zu überreichen, dabei gleichzeitig ihr Bedauern darüber auszusprechen, daß die städtischen Behörden von Staßfurt bisher nichts unternommen haben, eine derartig wichtige sozialpolitische Erscheinung, wie die Arbeitslosigkeit es ist, zahlenmäßig festzustellen.

Der Ausgang der **Affaire Spitz**. Eine Zeitungskorrespondenz meldet: Die Vorstände sämtlicher bremischen Kriegervereine hielten eine Versammlung ab, in welcher der bekannte Streit zwischen dem bremischen Landes-Kriegerverband und dem Vorsitzenden des deutschen Kriegerbundes, General **Spitz**, zum Austrag kam. Der lange Jahre bestehende und sehr angeesehene Bremer Kriegerverein, dessen Mitglieder ehemalige Offiziere sind, und dessen Vorsitzender der Verfasser jener Verlesungen bekannten Resolution ist, die seiner Zeit den Zwist zwischen dem Bremer Landes-Kriegerverband und dem General **Spitz** hervorrief, trat aus dem Verbande, und damit auch aus dem deutschen Kriegerbund aus, da sein Vorstand die gewünschte entscheidende Erklärung nicht abgeben wollte. Alle anderen Vereine, auch diejenigen, welche bereits ihren Austritt beschlossen hatten, bleiben im Verband. Damit dürfte die Feindseligkeit, die seiner Zeit in der Öffentlichkeit so großes Aufsehen erregt hat, endgültig abgethan sein.

Dieses Ende des Konfliktes bildet gerade kein Ruhmesblatt in der Geschichte der Bremer Kriegervereine. Man verapittuliere sich noch einmal die Vorgänge:

Der Vorsitzende des deutschen Kriegerbundes, General **Spitz**, benutzte bekanntlich seiner Zeit den in einem Augenblick völliger geistiger Unmachtung erfolgten Laßhewurf des Epileptikers **Weyland**, um eine dräuende Schär-macher-Pede zu halten. Die Bremer Kriegervereine betrachteten diese Rede als einen ganz unbegründeten Angriff auf die zu nichts weniger als zu Intendanten neigende friedliche Einwohnerschaft ihrer Freien Reichsstadt und sahen die bekannte Protestresolution. Darof wiederum eine scharfe Abwehr des Generals **Spitz** und ein geschäft arrangerter Entschuldigungsbericht der anstehenden Kriegervereine, die in diesem Akt antimilitärischer Subordination eine Gefährdung der höchsten kriegerischen Tugend, der unter allen Umständen in ehrfurchtsvollem Schweigen erflorrenden Lokalität, erblickten. Daraufhin man wurden die Vorstände der bremischen Kriegervereine von schlotterndem Schred befallen: sie sandten alsbald ein Entschuldigungs-schreiben an den General **Spitz** ab, und zwar ohne erst ihren Mitgliedern dasselbe zur Begutachtung unterbreitet zu haben. Darüber entbrannte unter den souverain übergangenen Mitgliedern der Vereine nun wieder ein lodrendes Feuer der Enttäuschung — man war gekränkt darauf, wie man mit den eigenmächtigen Vorstandsmitgliedern verfahren würde. Aber das Gefühl der Subordination siegte schließlich doch, die Mitglieder schühten sich mit ihren Vorständen aus und der ganze Konflikt wurde in das Meer der Vergessenheit versenkt. Nur ein Verein, der oben erwähnte Verein ehemaliger Offiziere, behauptete soviel Lühnen Keitermut, daß er sich dem Canossengang nicht an-schloß, er zerstückt das Laßhewurf mit dem deutschen Kriegerbunde. Ob nicht auch er später doch nach einer Anstandsfrist reuig in die Arme des Bundes zurückkehrte? —

Jhring-Mahlow ist, wie im Anstalt der Eisenbahndirektion Hannover in Nr. 114 mitgeteilt wird, aus dem Eisenbahndienst, dem er zuletzt als Stationsassistent in Bremen angehörte, „ausgeschlossen“. **Jhring-Mahlow** war für seine staats-reiterische Spitzelthätigkeit unter dem Regime Puttkamers seiner Zeit mit dem Amte eines Bahnwachtmeisters in Bad Dünhausen in Westfalen belohnt worden. Von hier wurde er nach Bremen versetzt. Welche Umstände ihn zum Ausschneiden aus dem Eisenbahndienst veranlaßt haben, entzieht sich unserer Kenntnis. Will man sich seiner auf einem andern Gebiete des Staatsdienstes bedienen?

Jhring-Mahlow gelangte dadurch zur traurigen Verühmtheit, daß 1880 Genosse **Singer** gegen ihn die Anklage erhob, daß er sich als Laßspizel unter falschem Namen in Arbeitervereine schleiche und Arbeiter zu Gewaltthätigkeiten zu verleiten suche. Puttkamer nahm sich seines Werkzeuges als eines „pflicht-treuen Beamten“ an und bezeugte **Singers** Beschuldigungen als Verleumdungen. Ein Prozeß gegen die von **Singer** für die Wahrheit seiner Behauptungen benannten Gewährsmänner sollte **Jhring-Mahlow** vollends reinwaschen. Allein das Berliner Landgericht, vor dem dieser Prozeß verhandelt wurde, sprach die Angeklagten frei, obwohl **Jhring-Mahlow** seine gegenteiligen Aussagen beschwören hatte. Das Gericht schenkte seiner Aussage keinen Glauben. Ein Meineidsprozeß wurde gleichwohl gegen **Jhring-Mahlow** nicht angestrengt; Puttkamer verschaffte seinem Schützling vielmehr, wie er im Reichstage anzukündigen sich beistete, eine „ekstatische Genugthung“. **Jhring-Mahlow** erhielt das All-gemeine Ehrenzeichen und später die erwähnte Anstellung in Eisenbahndienst.

Ein Landrat als Weichselbräcker. Aus Hannover meldet der „N. N.“ vom 16. Januar:

Ein Pistolenduell fand heute morgen, wie uns ein Privattelegramm aus Springe meldet, zwischen dem dortigen Landrat v. **Benningien** und dem Pächter der Domäne Springe, **Falkenhagen**, statt. v. **Benningien** wurde durch einen Schuß in den Unterleib schwer verletzt und nach dem **Henrietten-Stift** in Hannover gebracht.

Die verbrecherische Duelleiherei wird trotz aller Cabinets-orders und Reichstagsproteste nicht eher aufhören, als bis man das Duell als gemeines Verbrechen behandelt und mit Gefängnis oder Zuchthausstrafen sühnt. So lange man aber Preßfänger ins Gefängnis sperrt und den Duellmord mit der fabeln Kavalleriegesellschaft auf der Festung bestraft, wird man munter weiter knallen.

Widerrechtliche Freiheitsberaubung eines Arbeiters durch einen Offizier. In Hannover wurde unlängst ein Arbeiter, der von einer Strafe aus ruhig militärischen Übungen zuschaute, auf Veranlassung eines Offiziers von einem Wachtposten verhaftet und nach der Wachtstube geschleppt, wo er dann nach Feststellung seiner Personalien entlassen wurde. Da der Arbeiter sich der ihm unbegreiflichen Verhaftung widersetzt hatte, wurde noch oben-dreien gegen ihn wegen Widerstandes gegen die Staats-gewalt Anklage erhoben. Das Schöffengericht konnte nach Feststellung des Sachverhalts freilich nicht umhin, den Angeklagten freizusprechen. Es wurde konstatiert, daß die Strafe, auf der sich der Arbeiter befand, zwar Eigentum des Militärischen ist, aber mit Ausnahme der Laßhewurfe für den öffentlichen Verkehr vollständig freigegeben ist. Auch hatte der Arbeiter, wie der als Zeuge amwesende Soldat zugestehen mußte, lediglich die Rolle des ruhigen Zuschauers gespielt und durch sein Benehmen nicht die mindeste Veranlassung zur Verhaftung gegeben. Das Gericht mußte deshalb in Erwägung der Thatache, daß zur Festnahme des Angeklagten jeder, aber auch jeder Grund fehlte, anerkennen, daß der Posten sich nicht in berechtigter Ausübung eines Amtes befunden habe, daß also der Widerstand des Angeklagten gegen die Abführung auch nicht als Widerstand gegen die Staatsgewalt angesehen werden könne. Der Angeklagte habe das Recht beisehen, sich zu wehren. Andererits treffe auch den Wachtposten keine Schuld, da er im höheren Auftrage gehandelt habe und den ihm gegebenen Befehl auszuführen mußte. Leider wurde der Name des Offiziers nicht fest-gestellt, der dem harnlosen Posten die ganze widerrechtliche Schererei bereitet hatte. Vielleicht hätte der Betreffende eine interessante Auskunft darüber gegeben, weshalb ihm bei seinen militärischen Exercitien die bloße Anwesenheit eines zivilen Zuschauers in eine so seltsame Aufregung versetzt hatte.

Das Kamerun-Abenteuer. Aus Kamerun sind über die Expedition des Oberlieutenants **Pavel** amtliche Nachrichten eingetroffen; über welche das deutsche Kolonialblatt berichtet: Der letzte christliche Bericht von der Expedition, der aus Linto vom 5. November 1901 datiert ist, meldete das Eintreffen der Expedition in Linto und den beabsichtigten Vormarsch gegen **Fontem-Dorf** in zwei Kolonnen über **Dfang Tale** (2. Compagnie, Führer Oberlieutenant **Stieber**) und **Sabe** (1. Compagnie, Führer Oberlieutenant v. **Mabai**). Nach einem nunmehr eingetroffenen Telegramm des Oberlieutenants **Pavel** sind nach zehntägigen, vom 10. bis 20. Dezember währenden Kämpfen **Wafut** und **Vandeng** genommen worden. Der Feind war teilweise mit Hinterladern bewaffnet. Auf deutscher Seite wurde Hauptmann **Glauning** leicht am Auge verwundet. 2 schwarze Soldaten gefoßel und 14 verwundet. Der Feind hatte starke Verluste an Toten und Gefangenen. Aus der Verwundung des Hauptmanns **Glauning** ist zu schließen, daß Oberlieutenant **Pavel** auch die 3. Compagnie, deren Chef der genannte Offizier ist, von ihrem Stationsort **Kfalte** herangezogen hat.

Von der Gesundheitskammer. Es wird uns geschrieben: In Dienstherrschaften steht das Recht zu, Dienstboten, die vor Beendigung der Dienstzeit ohne genügenden Grund ihre Stelle verlassen haben, zwangsweise zur Fortsetzung des Dienstes zurückzuführen zu lassen. Bei dem Mangel an Dienstboten, der jetzt vorhanden ist, wird in Ostpreußen auf dem Lande von dieser Befugnis der weitgehende Gebrauch gemacht. Es bedarf nur eines Antrags des Dienstherrn beim Amtsvorsteher, um diesen zur Anbrohung einer hohen Geld- resp. Haftstrafe für den Fall, daß der

städtischen Krankenhause zu verlangen. Von der Einrichtung dieses Rechts werden die Mitglieder einer Krankenkasse für die Dauer der von der Krankenkasse zu leistenden statistischen Hilfe sowie anfallsbedürftige Geisteskranken ausgeschlossen —

Für die Zeit aber, bis eine derartige Vorlage eingebracht und genehmigt ist, folgendem Antrage zuzustimmen:

Für diejenigen Personen, die den Unterstützungswohnsitz in Berlin besitzen, für deren Ehefrauen und minderjährige unverheiratete Kinder, die diesen Unterstützungswohnsitz teilen, wird im Fall der Notwendigkeit der Krankenpflege in den städtischen Krankenhäusern die Bezahlung der entstandenen Kurkosten in folgender Weise geregelt, insofern für den betreffenden Kranken nicht eine Krankenkasse, eine Korporation oder Privatperson gesetzlich einzutreten verpflichtet ist:

1. Die Kurkosten können fortlaufend auf einen Monat im Voraus bezahlt werden.
2. Falls dies nicht geschieht, hat die Direktion des betreffenden Krankenhauses an die Krankenhaus-Deputation zu berichten, die ihrerseits nach Anstellung der notwendigen Ermittlungen zu entscheiden hat, in welcher zweckmäßigen Weise, event. wie ad 1 oder unter Stellung (Ratenzahlung zc.) entsprechend der sozialen Lage der betreffenden Personen die Kurkosten zu begleichen sind.
3. Im Falle Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln dem betreffenden Kranken oder dem Familienoberhaupt im letzten Jahre schon gewährt wurde oder nummehr gewährt werden muß, tritt die Armenverwaltung für die Begleichung der Kurkosten in bisheriger Weise ein.

Ausführlicher ist Stadtv. Dr. Nathan. Derselbe führt aus, daß die Vorgeschiede der Angelegenheit bis 1885 zurückreicht. Bis dahin sei der Krankenpflege ein Einfluß auf das Wahlrecht nicht eingeräumt gewesen; seit 1885 habe der Magistrat die in den Krankenhäusern aufgenommenen und zur Zahlung unfähigen Personen aus den Wählerlisten gestrichen. Die Versammlung hat sich stets gegen diese Auffassung gewehrt, sie hat für ihren Standpunkt politische und hygienische Gründe geltend gemacht. Für viele Bürger sei das Wahlrecht das einzig wertvolle Besitztum; andererseits werde durch die Furcht vor der Streichung die Bevölkerung abgehalten, auch im Bedarfsfälle das Krankenhaus aufzusuchen. In den geführten Verwaltungsgerichtlichen Prozessen sei die Versammlung unterlegen und es habe sich nun darum gehandelt, auf einem anderen Wege die Erhaltung des Wahlrechts anzustreben. Was der Ausschuss vorschlägt, sei im ersten Teil ein Zukunftsprogramm, im zweiten Teile auf die Gegenwart berechnet. Die juristische Haltbarkeit der Ausschussvorschlüsse sei nicht zweifelhaft. Die Befürchtung, daß die Reichen sich die unentgeltliche Krankenpflege zu nütze machen könnten, sei unbegründet. Auch würde wohl kaum jemand nach Berlin ziehen, bloß weil er darauf spekuliert, nach zwei Jahren unentgeltliche Krankenpflege zu erlangen. Immerhin würden die vorhandenen Krankenhäuser für den Bedarf nicht ausreichen und deshalb sei die Klause bezüglich der Vermehrung vorzuschlagen. Praktisch seien die Vorschläge um so mehr durchführbar, als es sich einfach darum handele, den Zustand von vor 1885 wieder herzustellen.

Stadtv. Dr. Witow (Fr. Fr.): Nach den ergangenen höchsten gerichtlichen Entscheidungen wird es auch auf dem vorgeschlagenen Wege nicht möglich sein, den Wünschen der Rechts- und Ausschusses zu entsprechen. Die Stadt Berlin ist als Orts-Armenverband verpflichtet, eventuell für die Aufnahme in ein Krankenhaus zu sorgen; dies ist eine öffentliche rechtliche Verpflichtung des Armenverbandes. Wir können daher dem letzten Teile des Antrages nicht zustimmen, aber auch das Zukunftsprogramm ist für uns unannehmbar. Das Eingehen auf die Anträge würde lediglich einen Anstoß gegen die ganze bestehende Krankenversicherungs-Gesetzgebung hervorrufen. Helfen kann nur eine Änderung der Gesetzgebung im Reich oder in Preußen.

Stadtv. Louis Sachs (W. L.): Die Ausführung der Anträge würde kolossale Milionenausgaben erfordern; neue Krankenhäuser wären erforderlich. Und mit welchem Recht will man den Ausschluß gewisser Kategorien, so besonders der Geisteskranken, motivieren? Es wäre das ja eine himmelschreiende Ungerechtigkeit. Nach den Vorschlägen des Ausschusses sind nur etwa 500 000 Einwohner Berlins vom Kreise der Berechtigten ausgeschlossen. Nun werden täglich 300 Kranke aufgenommen; welche Unsumme von Arbeit würden die Recherchen über die Vermögensverhältnisse dieser täglich neu einkommenden 300 Kranke erfordern! Man würde für die erforderlichen Beamten, auch selbst wenn es sich bloß um 100 Kranke täglich handeln sollte, ein drittes Rathaus bauen müssen und die Beamten würden täglich 32 Stunden zu thun haben. (Große Heiterkeit.) Den angenommenen Antrag Nathan hat Herr Stadtvogt im Ausschuss aufs lebhafteste bekämpft. Es mußte eben eine große sociale That geschehen, es ging nun einmal nicht anders! Nur daß zwei Mitglieder bei der Abstimmung fehlten, hat die Annahme dieses unmöglichen Antrages möglich gemacht. Ein Vater, der, um sich das Wahlrecht zu erhalten, sein krankes Kind nicht ins Krankenhaus bringt, für dessen Verhalten habe ich keinen parlamentarischen Ausdruck; von der großen Masse unserer Berliner Arbeiterklasse denke ich in diesem Punkte zu hoch und zu anständig. Nur durch die Gesetzgebung kann eine Änderung bewirkt werden. (Beifall.)

Stadtv. Dr. Bensch (W. L.): Der Vorredner erkennt die bestehenden Mängel an, aber erhebt er den kleinsten socialpolitischen Schritt vorwärts thut, läßt er lieber alles beim alten. Herr Sachs weiß nicht, mit welchem leidenschaftlichen Eifer die Arbeiterklasse in neuerer Zeit ihre politischen Rechte zu wahren und geltend zu machen bestrebt ist; ich meinerseits beneide sie darum. Die furchtbaren Ausgaben, mit denen er uns hänge macht, entbehren ja jedes positiven Untergrundes. Im Ausschuss hat uns Herr Sachs ja noch graufigere Bilder vorgezeigt; er ließ nämlich wissen des Tiergartens verdrängen, da die Millionäre hausweise herzukommen würden, um sich auf den Lottbetten der städtischen Krankenhäuser breit zu machen. (Stürmische Heiterkeit.) Ich stehe auf dem Boden des ersten Teils des Antrages, sehe aber ein, daß es für manchen hier schwer sein mag, mit einem Kude die ganze socialpolitische Jugendziehung zu absolvieren; dafür schafft jedoch der zweite Teil Rat, der sofort in Kraft gesetzt werden kann. Möglich ist ja, daß das Oberverwaltungsgericht wiederum gegen und entscheidet, aber das ist nur möglich, jedenfalls lösen wir die Kostenfrage völlig von der Armenverwaltung los. Der Antrag erlaubt uns auch einen Fußtritt in der Richtung der Durchführbarkeit des Zukunftsantrages auszusprechen, der Effekt wird die vor diesem Antrag von panischem Schrecken ergriffenen Kollegen vielleicht lürzen. (Beifall.)

Stadtv. Stadtvogt (Soc.): Der Ausschussantrag will ja gar nichts weiter, als daß er zwei Beschlüsse, welchen die Versammlung vor Jahren schon einstimmig zugestimmt hat, in die That umsetzt. Die Versammlung ging seiner Zeit von der Ansicht aus, daß derjenige, der (oder dessen Angehörige) in ein Krankenhaus aufgenommen wird, als Kranker und nicht als Armer aufgenommen wird und also nicht aus der Wählerliste gestrichen werden darf. Alle Mitglieder haben auf dem Standpunkt gestanden, den damals Herr Alexander Meher so schlagend entwickelte, daß man Armut und Arm doch nicht gleichschützlich identifizieren dürfe. Die Stadt hat Krankenhäuser gebaut, sie hat damit der sozialen Verpflichtung genügt, daß derjenige, der anfallsbedürftig ist, auch in eine Anstalt aufgenommen werden kann. Allerdings war der Magistrat anderer Ansicht bezüglich des ersten Punktes, und das Oberverwaltungsgericht hat entschieden, daß der Kranke nicht aufgenommen wird, weil er krank, sondern weil er arm ist. Dieses unerwünschte Ereignis ist wider Ihren Willen dazwischen gekommen und hat Ihren einstimmigen Wunsch durchkreuzt, den anfallsbedürftigen diese Anfallspflege auch zu verschaffen. Jetzt, wo dies wiederum ausdrücklich beschlossen werden soll, schallt es von allen Seiten dagegen, als ob die Welt untergehen müßte. Die Furcht vor den Kosten sollte Sie nicht lähmen; es sind das Prophezeiungen, die uns, die wir diesen sozialen Ge-

anken einstimmig propagiert habe, doch absolut nicht beirren können. Ich glaube, daß überhaupt keine Belastung eintreten wird (Widerpruch), daß im Gegenteil sogar ein, wenn auch winziger Effekt für die Stadt herauskommen wird. (Heiterkeit.) Herr Sachs hat sich total geirrt. Er nimmt ja an, ganz Berlin wimmle nur noch von Kranken, und scheint zu glauben, weil die Zahl der Kranke in der Versammlung größer geworden ist, sei auch die Zahl der Kranken in demselben Maße gestiegen. (Große Heiterkeit.) Seiner Zeit haben die Konserverativen auch die unentgeltliche Volksschule damit belächelt, daß man dann weiter gehen und auch unentgeltliche Lehrmittel, Verpflegung zc. zu gestehen müßte. Die Besorgnis des Herrn Witow, daß die Krankenkassen-Mitglieder gegen uns aufstehen würden, ist ganz und gar nicht begründet. Lassen sie doch eine Urabstimmung sämtlicher Krankenkassen-Mitglieder vornehmen, und wenn Sie mehr als 1/1000 der Mitglieder auf der Höhe der Anschauung der Herren Witow und Sachs finden sollten, will ich mich für besieg erklären; aber ich bin fest überzeugt, daß auch nicht einmal dieses Kaufgeld sich finden wird. Die Mitglieder behalten ja ihr Wahlrecht. Ebenso verhält es sich mit der angeblichen Ungerechtigkeit gegen die Geisteskranken. Kommen Sie eventuell doch mit Unterkranken; wollen Sie die Aufnahme für die Geisteskranken streichen, à la bonno heuro, ich bin dabei! Es handelt sich auch nicht um ein paar Leute, sondern um jährlich 4000 Bürger, die ihr Wahlrecht verlieren, weil sie zwar zahlen, aber ratenweise zahlen. Wie können Sie diesen Zustand aufheben? Ein Vuchruder war nicht in der Reichstags-Wählerliste eingetragen, er wurde mit seiner Beschwerde abgewiesen, weil sein Kind Krankenhaus-Pflege genommen hatte. Das Kind war fünf Tage im Krankenhaus à 1,50 M. = 7,50 M. Die Rechnung erhält der Betreffende, die Quittung trägt ein neun Tage späteres Datum; trotzdem verliert der Mann sein Wahlrecht. Holten Sie das wirklich für etwas Humanes und Gerechtes? Das Krankenhaus verlangt 60 M. Vorbehalt; zu zahlen hat er nur 7,50 M., er verliert demnach sein Wahlrecht. In einem andern Falle wurde ein Kind für einen Tag aufgenommen. Der Vater wollte die Aufnahme gar nicht, hat auch sofort bezahlt, aber im Wege Rechts verlor auch dieser sein Wahlrecht. Ich erwähne noch einen schmerzlichen und keineswegs vereinzeltten Fall, der jeden Tag den Arbeiter und den Mittelstandsmann treffen kann, der nicht im Voraus 60, jetzt 75 M. zu zahlen vermag. Ein Arzt ordnet an, daß die Frau eines Thalers — der Mann war gar nicht zugegen — in die Charité übergeführt werde. Die Frau verstarb und die 2 M. sind nachher gezahlt worden. Der Mann kommt auf die Mittelstufe, die Frau sei verstorben, zur Charité. Es wird ihm dort gesagt, die Frau sei seciert worden. Er beschwert sich darüber und bekommt die Antwort, daß die Sektion im Interesse der Wissenschaft und des medizinischen Unterrichts bemittelt sei, seine Genehmigung auch nicht erforderlich gewesen sei, die Sektion sei auch unter Schonung der Körperhöhle kunstgerecht ausgeführt worden und ein Grund zur Beschwerde liege nicht vor. Der Mann muß sich doch fragen: Wie kommt man zu dieser Maßregel und wie ist es möglich, daß du nicht nur dafür bezahlest, sondern auch noch dein Wahlrecht verlierst? Müßen die Leute dann nicht auf den Gedanken kommen, daß sie gar nicht gleichberechtigte Menschen sind, sondern nur Versuchssubjekte für die Reichen? Ich habe keineswegs den Antrag Nathan für unannehmbar erklärt. Der Vater des Ausschusses in jenem Wortlaut ist kein anderer als der Herr Kollege Sachs (anhaltende Heiterkeit), er hat den Kopf gelieft, ich den Schwanz dazu. (Wiederholte stürmische Heiterkeit.) Es ist eine recht wenig schöne Verleumdung der Vaterliebe (abermahlige Heiterkeit), wenn Herr Sachs jetzt von seiner Anregung, daß man erst bei der genügenden Zahl von Krankenhäusern auf den Antrag Augustin eingehen sollte, jetzt nichts wissen will. 9 neue Krankenhäuser für 90 Millionen hat Herr Sachs als notwendig berechnet; ich leugne, daß für jetzt auch nur ein neues nötig ist, denn die der Anfallspflege Bedürftigen befinden sich doch schon in Anstalten, der Magistrat hat ja überhaupt die Ueberfüllung der Krankenhäuser für eine Legende erklärt. Nach dem amtlichen Material des Magistrats, das ich unbedenklich für authentisch annehme, ist im ganzen an Krankenkosten von Reich und Arm in den Jahren 1897—1901 im höchsten Falle die Summe von rund 400 000 M. erstattet worden. Durch die nach unfrem Antrage zu machenden Abstriche vermindert sich der Betrag auf 300 000 Mark. Sollen die Leute etwa zahlen, wenn sie das Wahlrecht doch verlieren? Herr Brinkmann, der leider so früh verstorben, war mit anderen namhaften Juristen der Meinung, daß eine Ersatzpflicht überhaupt nicht mehr bestünde; jedenfalls ist die Frage bezüglich der 300 000 M. zweifelhaft. Die Kosten für die Durchführung unfres Hauptantrages können sich, wenn man alle heute möglichen Informationen einzieht, sicher nicht über 1 Million belaufen; wir könnten also unfren Hauptantrag ruhig annehmen; es ist indes wegen der Bedenken hinsichtlich der hinreichenden Zahl der Krankenhäuser jene Änderung vorgenommen, jener Kopf aufgesetzt worden. Nach Ihrer und auch nach des Magistrats Meinung ist ja die genügende Zahl von Krankenhäusern schon vorhanden; der Magistrat könnte also ruhig erklären, der Ausführung des Antrages Augustin stehe nicht das mindeste entgegen. Seiner Zeit Ginfelder und Stieber lösten den Gesundheitspflege-Verein auf, den der liberale Warbanell begründet hatte, und zwar weil er „verbrecherische Tendenzen“ verfolgte; Sie würden nicht anders thun, wenn Sie jetzt diesen Antrag, der doch erst dem Magistrat zur Erwägung gegeben werden soll, ablehnen. Treiben Sie sich die Furcht und die alten Vorurteile aus und übergeben Sie unfren Antrag zur Erwägung an den Magistrat! (Beifall.)

Stadtv. Dr. Friedemann (W. L.) behauptet, daß wahrheitsgemäß, nach den vorher gefassten Fraktionsbeschlüssen, die Wahrheit die social, hygienisch und politisch so bedeutsame Angelegenheit begraben werde. Selbst in konservativen Kommunalarbänden wie Kassel sei mehr Sentiment dafür vorhanden als in der Vertretung der Berliner Bürgerschaft. Es handle sich bloß um eine Resolution mit einer Direktive für den Magistrat. Die Krankenpflege solle doch auch, namentlich bei epidemischen und infektiösen Krankheiten, die gesamte Bürgerschaft schützen, verfolge also einen prophylaktischen Zweck. In Norwegen sei die freie Krankenhaus-Pflege bei ansteckenden Krankheiten Staatsanstellung. Die Furcht, das Wahlrecht zu verlieren, und die Furcht vor den hohen Kosten halte die Arbeiterbevölkerung gleichmäßig von den Krankenhäusern zurück. Einen solchen Zustand dürfe die städtische Verwaltung nicht dulden.

Stadtv. Gaffel (W. L.): Diese Anträge Stadtvogt können wir für zweckmäßig und brauchbar aus den Gründen der Herren Witow und L. Sachs nicht erachten. Auf unfren früheren Standpunkt stehen wir auch heute noch, aber es müssen uns gangbare, praktikable Wege gezeigt werden. Herr Stadtvogt verlangt principiell freie Krankenpflege und kommt so auch mit diesem Antrag zurecht, wir teilen jene principielle Auffassung nicht, wir wollen nicht die Zahlungsbedingung von der Zahlungspflicht verbinden. Mit der unentgeltlichen Krankenpflege auch für den Reichsten würde die Frequenz in den Anstalten doch ganz unverhältnismäßig wachsen, wir würden damit etwas ganz Neues und Unerhörtes schaffen. Die Analogie mit der Schulgeldabschaffung stimmt nicht, da hat es sich um die Ausführung einer Verfassungsbestimmung gehandelt. Da waren wir verpflichtet. Es handelt sich auch nicht bloß um eine Resolution, sondern um eine ganz bestimmte unschriebene Verlage, die der Magistrat uns machen soll. Und das gegen, daß das Ober-Verwaltungsgericht uns nicht doch wieder ins Unrecht verlegt, hat man uns nicht die geringste Sicherheit gegeben. Ueber die angeblich 4000 jährlich Entretreten sollte der Magistrat eine Statistik aufmachen, mit welcher wir dann beim Landtag und beim Ministerium eine Änderung des bestehenden Zustandes befrworten könnten.

Ein Schlußantrag wird durch Auszählung mit geringer Mehrheit angenommen.

Stadtv. Louis Sachs konstatiert, daß er durch den Schluß, für den er selbst gestimmt hat (Große Heiterkeit), verhindert ist, den Stadtvogt zu widerlegen.

Stadtv. Rosenow bemerkt, daß er auch durch den Schluß an-

dem Nachweis gehindert werde, daß Berlin bei Aufhebung des Schulgeldes unter einem gezeigten Zwange geknaben habe.

Referent Stadtv. Nathan stellt im Schlußwort fest, daß sich die Versammlung über die Ausführungen des Stadtv. Sachs auf Kosten der geschätzten Wahrheit amüßert habe, denn die Angaben des Herrn Sachs über das Verhältnis der Anträge Nathan und Augustin-Stadtvogt seien völlig falsch gewesen. Der Gegenwartsantrag Nathan sei der ursprüngliche Vorschlag der Armenverwaltung. Der Schluß der Darlegungen des Referenten wird durch immer stärker werdende Lurube in der Versammlung liberrönt.

In der Abstimmung wird der erste Teil des Ausschussantrages (ursprünglicher Antrag Augustin) abgelehnt, ebenso der zweite Teil, gegen welchen nummehr auch die Socialdemokraten stimmen. Die Magistratsvorlage wird einfach zur Kenntnis genommen. Die übrigen Gegenstände werden vertagt.

Schluß 9 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Achtung, Tapezierer! Die Verbandskollegen werden ersucht, sich an der heute abend 7 1/2 Uhr im „Deutschen Hof“, Ludowikerstr. 15, stattfindenden Wahl des Schlichtungsausschusses recht rege zu beteiligen. Die Werkstatt-Vertrauensleute werden ersucht, dies in den Werkstätten bekannt zu machen.

Die Thronrede König Edwards.

London, 16. Januar. (W. L. W.) Die Thronrede, mit welcher der König das Parlament eröffnete, begann mit dem Hinweis auf die glückliche Heimkehr des Prinzen und der Prinzessin von Wales von ihrer Reise nach verschiedenen Teilen des Reiches. Er, der König, sei überzeugt, daß ihre Anwesenheit daselbst dazu gebiete habe, die Bande gegenseitiger Achtung und Loyalität fester zu knüpfen, durch die die Lebenskraft des Reiches erhalten werde. Meine Beziehungen zu den andern Mächten, fährt der Monarch fort, sind andauernd freundschaftlicher Art. Ich bedaure, daß der Krieg in Südafrika immer noch nicht beendet ist, obwohl der Gang der Operationen sich günstig für uns offen gestaltet hat. Der Schauplatz des Krieges ist erheblich kleiner geworden. Die Industrie wird in meinen neuen Kolonien wieder aufgenommen. Trotz des ermüdenden Charakters des Kampfes zeigten meine Soldaten durchweg Freudigkeit in der Ertragung der Beschwerden der Guerilla-Kriegführung und eine Humanität, sogar zu ihrem eignen Schaden, in der Behandlung des Feindes, die das höchste Lob verdient. Die Notwendigkeit, diejenigen Truppen, welche am meisten den Beschwerden des Krieges ausgesetzt waren, ablösen zu lassen, gab mir Gelegenheit, wiederum von den loyalen und patriotischen Anerbietungen meiner Kolonien Gebrauch zu machen. Neue Kontingente aus Kanada, Australien und Neuseeland werden binnen kurzem in Südafrika einströmen. Die Thronrede fährt fort: Auf Einladung des Königs der Belgier über eine internationale Konferenz zur Beratung über die Zuerkennung von Prämien vor kurzem in Brüssel zusammengetreten. Ich hege die Zuversicht, ihre Entscheidung werde zum Verlassen eines Systems führen können, durch welches die Zuerkennung Kolonien und die Fabrikanten im Mutterlande beim Betriebe dieses höchst wichtigen Industriezweiges in unbilliger Weise belastet worden sind. Die Thronrede erwähnt sodann den Vertrag mit den Vereinigten Staaten, betreffend die Erbauung eines interoceantischen Kanals unter der Vierung, daß dessen Neutralität aufrecht erhalten bleibt und der Konal dem Handel und der Schifffahrt aller Nationen offen steht. Die Rede berichtet sodann den Abschluß eines Vertrages mit Brasilien über schiebsgerichtliche Entscheidung der Fragen betr. die Grenze von Guyana, und bemerkt, mit großer Freude teile der König mit, daß der König von Italien sich bereit erklärt habe, das Amt des Schiedsrichters zu übernehmen. Ferner heißt es in der Thronrede, die Regentfälle in Indien seien weniger reichlich als zu wünschen sei, die Fortführung von Kolonial-Vorkehrungen sei, wenn auch in geringerer Maßstabe, in einzelnen Teilen des Landes nötig und die Unterstützungsmaßnahmen gegen die Hungersnot sollten in Bezug auf das einzuführende Verfahren und dessen Wirksamkeit noch weiter verbessert werden. Sodann gedenkt die Thronrede des Todes des Emirs von Afghanistan Abdurrahman und der Thronbesteigung seines Nachfolgers Habibullah, der den ersten Wunsch ausgesprochen habe, freundschaftliche Beziehungen Afghanistans zum indischen Reiche aufrecht zu erhalten. Schließlich werden einige Vorlagen angekündigt betreffend Verbesserungen im Unterrichtsweisen, Erleichterungen des Verkaufs und Ankaufs von Land in Irland sowie andre Maßnahmen lokalen Charakters.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Deputiertenkammer.

Paris, 16. Januar. (W. L. W.) Deschanel spricht seinen Dank aus für seine Wahl zum Präsidenten. Guichesse interpelliert den Kriegsminister betreffend die Wiederreinstellung des Generals Grollin de Bourgoigne, er drückt sein Erstimmen darüber aus, daß der Kriegsminister diesen General, welcher die Ausgewanderten und Jesuiten verheerliche, wieder eingestellt habe. Der Kriegsminister erwidert, daß die Haltung des betreffenden Generals nach seiner Verhaftung sehr korrekt gewesen sei, darum habe er, nachdem der General ein Jahr der Strafe verbüßt habe, geglaubt, ihn wieder einstellen zu sollen. Hierauf wurde eine von dem Kriegsminister genehmigte einfache Tagesordnung mit 383 gegen 83 angenommen und die Sitzung auf morgen vertagt.

Brag, 16. Januar. (W. L. W.) Heute vormittag ist der von Prag abgegangene Schnellzug der kaiserlichen Bahn zwischen Schloßentwerth und Quertein infolge eines Felssturzes entgleist. Der Lokomotivführer wurde schwer und ein Reisender leicht verletzt.

London, 16. Jan. (W. L. W.) Unterhaus. Der Sprecher glebt die seit dem Schluß der Session erfolgten Neuwahlen bekannt, darunter die des Herrn Lynch für Galway; Graf Percy wollte hierauf als Prinzipienfrage beantragen, daß die Wahl Lynchs, eines notorischen Rebellen, eine Schädigung für das Haus sei (Beifall auf den ministeriellen Vänten), und daß eine Kommission ernannt würde, welche in dieser Beziehung Schritte unternehmen und berichten sollte. Der Sprecher erklärte, es sei keine Prinzipienfrage. Hoyer führte aus, daß, sobald Lynch sich im Hause einfinden würde, um den Sitz einzunehmen, er beantragen würde, ihn nicht zur Eideidleistung zuzulassen. (Beifall auf den ministeriellen Vänten.) Mac Neile wollte die Gefangenschaft O'Reillys als Prinzipienfrage anwerfen. Der Sprecher ließ dies jedoch nicht zu. Das Haus begann hierauf die Adressdebatten.

London, 16. Januar. (W. L. W.) Oberhaus. Adressdebatten. Spencer schlägt sich in herzlicher Weise dem Lobe und der Bewunderung, die den britischen Soldaten gezollt würden, an und erkennt völlig an, daß die Unabgängigkeit den indisch-sibirischen Republiken nicht gewährt werden könne. Salisbury spricht seine Freude über das eben Gesagte aus. Spencer habe von den zukünftigen Arrangements im Einklang mit den für unser koloniales Reich allgemein angewandten Grundsätzen gesprochen. Redner verteidigt sodann die Verhängung des Belagerungszustandes. Ohne Kriegsrecht sei eine Kriegsführung unmöglich. Wenn der Krieg in einer für die englischen Waffen nicht ehrenvollen Weise oder nicht entsprechend der Größe der Opfer, welche England gebracht, endete, so würden die dadurch bewirkten Folgen in allen Weltteilen sich bemerkbar machen.

London, 16. Januar. (W. L. W.) Heute fand in der Koblischen Sprengstoff-Fabrik in Perranorth (Cornwall) eine Explosion statt, wodurch drei Personen getötet wurden.

Reichstag.

110. Sitzung vom Donnerstag, 16. Januar 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: Hr. v. Thielmann.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die folgende Interpellation des Abg. Graf v. Oriola (Ratl.) und Genossen:

1. Ob die Herr Reichstagssekretär bereit, Auskunft darüber zu geben: 1. Ob die in Aussicht gestellten Gesegentwürfe zu der vom Reichstag wiederholt als dringend notwendig erklärten Revision der Militär-Pensions-Gesetze nunmehr fertiggestellt sind, und ob deren Vorlage während dieser Tagung des Reichstags zu erwarten ist, oder

2. ob und welche Gründe der Einbringung der Gesegentwürfe während dieser Tagung des Reichstags entgegenstehen?

Reichstagssekretär Hr. v. Thielmann erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten. Zur Begründung der Interpellation erhält das Wort

Abg. Graf v. Oriola (natl.): Wir hatten erwartet, daß die Vorlage, die den Gegenstand unserer Interpellation bildet, und bei Wiedereröffnung des Reichstags unterbreitet werden würde.

Als dies aber nicht geschah und durch die Presse die Nachricht ging, an eine Revision der Militärpensions-Gesetze sei in dieser Tagung nicht zu denken, hielten wir uns für verpflichtet, den Weg der Interpellation zu beschreiten. Tausende im Lande harren auf die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen. Ich und meine Freunde werden nicht ruhen, bis das Erreichbare erreicht ist und die Verprechungen, die uns wiederholt vom Regierungstisch gemacht sind, erfüllt sind.

Die Frage der Zivilversorgung muß unbedingt befriedigend geregelt werden. Ueber die heutigen Zustände herrscht Unzufriedenheit in den Kreisen der Militär-Anwärter und ebenso bei den Kommunen. Wir brauchen also unbedingt eine Reform dieser Gesetze, das verlangt der Reichstag, und die Regierung hat die Notwendigkeit der Reform anerkannt.

Reichstagssekretär Hr. v. Thielmann: Die erste Frage der Interpellation kann ich dahin erwidern, daß die Pensions-Gesetze noch nicht fertig gestellt sind.

Zur weiteren Beantwortung der Interpellation erhält das Wort Generalmajor v. Tappelkirch:

Ich kann zu meiner Freude mein vollständiges Einverständnis mit den Ausführungen des Herrn Grafen Oriola erklären, soweit er Härten und Ungleichheiten der bestehenden Militär-Pensions-Gesetze festgestellt hat.

Auf Antrag des Abg. Prinz Schönau-Carolath (natl.) findet eine Besprechung der Interpellation statt.

Abg. Eichhoff (fr. Sp.): Auch wir sind überzeugt von der Notwendigkeit der Revision des Militärpensions-Gesetzes.

Abg. Dr. Certeel (l.): Ich würde nicht, wie wir in dieser Sache anders Taten leisten können, als durch Reden.

Reichstagssekretär Hr. v. Thielmann: Ich bin dem Abg. Singer für seine Ausführungen sehr dankbar. Es ist das erste Mal, daß ich in die Lage komme, mit Herrn Singer übereinzustimmen.

Abg. Leuzmann (fr. Sp.): Alle Parteien weisen seit einer Reihe von Jahren auf die dringende Notwendigkeit einer sofortigen Revision des Pensions-Gesetzes hin.

Abg. Singer (Soz.): Wir haben von jeder die Verpflichtung anerkannt, für die Invaliden und Militärpersonen ausgiebiger zu sorgen, als es bisher geschehen ist.

Wir haben von jeder die Verpflichtung anerkannt, für die Invaliden und Militärpersonen ausgiebiger zu sorgen, als es bisher geschehen ist.

Im Gegensatz zu Herrn Certeel halte ich es nicht für unmöglich, während der gegenwärtigen Tagung die Revision der Militärgesetze zur Verabschiedung zu bringen.

Herr Certeel beantragte, alle drei Lesungen hintereinander vorzunehmen. Wenn das Gesetz die Bestimmungen enthält, die der Reichstag wiederholt gefordert hat, dann bedarf es keiner Kommissionsberatung; wir könnten den Entwurf en bloc annehmen.

Herr Certeel weiß so gut wie ich, daß die Signale der parlamentarischen Weiterarbeit noch nicht für morgen Sturm anzeigen.

Herr Certeel hat, mit sympathischer Offenheit dargelegt, er lagte sich, wozu soll ich damit hinterm Berge halten, es ist die ungünstige Finanzlage.

Die Frage der Zivilversorgung muß unbedingt befriedigend geregelt werden. Ueber die heutigen Zustände herrscht Unzufriedenheit in den Kreisen der Militär-Anwärter und ebenso bei den Kommunen.

Reichstagssekretär Hr. v. Thielmann: Ich habe dem Abg. Singer für seine Ausführungen sehr dankbar. Es ist das erste Mal, daß ich in die Lage komme, mit Herrn Singer übereinzustimmen.

Abg. Leuzmann (fr. Sp.): Alle Parteien weisen seit einer Reihe von Jahren auf die dringende Notwendigkeit einer sofortigen Revision des Pensions-Gesetzes hin.

Abg. Singer (Soz.): Wir haben von jeder die Verpflichtung anerkannt, für die Invaliden und Militärpersonen ausgiebiger zu sorgen, als es bisher geschehen ist.

Im Gegensatz zu Herrn Certeel halte ich es nicht für unmöglich, während der gegenwärtigen Tagung die Revision der Militärgesetze zur Verabschiedung zu bringen.

Herr Certeel beantragte, alle drei Lesungen hintereinander vorzunehmen. Wenn das Gesetz die Bestimmungen enthält, die der Reichstag wiederholt gefordert hat, dann bedarf es keiner Kommissionsberatung; wir könnten den Entwurf en bloc annehmen.

Herr Certeel weiß so gut wie ich, daß die Signale der parlamentarischen Weiterarbeit noch nicht für morgen Sturm anzeigen.

einem fertig gestellten Entwurf einen solchen, der dem Kaiser zur Unterschrift vorgelegt wird.

Abg. v. Blödan (wiltl.): Die wirtschaftliche Lage ist überaus gedrückt. Es machen sich freilich manche Anzeichen bemerkbar, wonach die Depression ihren Höhepunkt bereits überschritten hat.

Abg. Certeel (l.): Vielleicht ist es dem Herrn Staatssekretär lieb, wenn nicht nur Herr Singer, sondern auch ich ihn der Starckschiffheit zeibe.

Abg. Werner (Anties.) schließt sich dem Vorredner in dem Verlangen nach baldiger Reform an.

Abg. Certeel (l.): Vielleicht ist es dem Herrn Staatssekretär lieb, wenn nicht nur Herr Singer, sondern auch ich ihn der Starckschiffheit zeibe.

Abg. Certeel (l.): Vielleicht ist es dem Herrn Staatssekretär lieb, wenn nicht nur Herr Singer, sondern auch ich ihn der Starckschiffheit zeibe.

Abg. Certeel (l.): Vielleicht ist es dem Herrn Staatssekretär lieb, wenn nicht nur Herr Singer, sondern auch ich ihn der Starckschiffheit zeibe.

Abg. Certeel (l.): Vielleicht ist es dem Herrn Staatssekretär lieb, wenn nicht nur Herr Singer, sondern auch ich ihn der Starckschiffheit zeibe.

Abg. Certeel (l.): Vielleicht ist es dem Herrn Staatssekretär lieb, wenn nicht nur Herr Singer, sondern auch ich ihn der Starckschiffheit zeibe.

Abg. Certeel (l.): Vielleicht ist es dem Herrn Staatssekretär lieb, wenn nicht nur Herr Singer, sondern auch ich ihn der Starckschiffheit zeibe.

Abg. Certeel (l.): Vielleicht ist es dem Herrn Staatssekretär lieb, wenn nicht nur Herr Singer, sondern auch ich ihn der Starckschiffheit zeibe.

Der vorliegende Etat legt den Gedanken an die Notwendigkeit einer Reichs-Finanzreform besonders nahe.

Provinzialdotationen in den Etat sind wir gern einverstanden. Der Wohnungfrage muß unter voller Berücksichtigung der verschiedenartigen Zustände in Stadt und Land nähergetreten werden; diese Frage darf nicht schablonenmäßig behandelt werden.

Ich möchte noch mit einigen Worten des Mannes gedenken, der uns noch den letzten preussischen Etat vorgelegt hat, Johannes von Miquel. Dieser bedeutende Mann hat die schwierigste Aufgabe der preussischen Steuerreform, eine Aufgabe, an der zehn Finanzminister vorübergegangen waren, weil sie nicht lösen konnten, gelöst. Wir sind nicht mit allem einverstanden, was er gethan hat, wir haben mancherlei auszuweisen. Das kann uns aber nicht verhindern, anzuerkennen, daß er ein großer Mann gewesen ist. Miquel ist zu groß, um an der Elle einer Partei gemessen zu werden. Wir befanden uns namentlich in der ersten Zeit vielfach im Gegensatz zu seinen Anschauungen, aber auch in den letzten Jahren sind noch Verhältnisse genug eingetreten, die uns nicht gefallen haben. Wir sind aber nicht kleinlich genug, um Miquels Verdienste auf dem Gebiete der preussischen Finanzen, der preussischen Agrarpolitik und des preussischen Staatsgedankens nicht offen vor dem Lande anzuerkennen. (Lebhafte Beifall rechts.) Was er geleistet hat, war ein Segen für unser Vaterland. (Wiederholter lebhafter Beifall rechts.)

Finanzminister Hr. v. Rheinbaben:

Die Worte des Vorredners über den verstorbenen Finanzminister sind mir natürlich ganz aus dem Herzen gesprochen. Bezüglich der Zolltarif-Vorlage muß ich mir hier große Reserve aufheben. Es ist selbstverständlich, daß die preussische Regierung mit allem Nachdruck das vertreten wird, was wir im Interesse eines erhöhten Zollschutzes vorge schlagen haben. Sie wissen, wie früher in der Presse immer ein hoher Reichsbeamter gegen den andern ausgespielt ist; alle diese Ausstreunungen haben sich als nichtig erwiesen. Die Regierung steht einzig hinter der Zolltarif-Vorlage. Wenn Abgeordneter von Heidebrand uns auffordert, noch über die Zolltarifvorlage hinauszugehen, so kann ich in dieser Beziehung eine bestimmte Erklärung nicht abgeben. Aber ich warne davor, den Versuch zu machen, die verbündeten Regierungen weiter zu drängen, als sie selbst vorgeschlagen haben. Die Regierungen haben eine Mittellinie zwischen den verschiedenen Interessen einzuschlagen versucht, und ich kann im Allgemeinen Interesse und namentlich im Interesse der Landwirtschaft nur bitten, über diese Linie nicht hinaus zu gehen. Dadurch wird auch das von den verbündeten Regierungen für die Landwirtschaft vorgeschlagene gefährdet. (Sehr richtig! im Centrum.)

Meine Zustimmung zu der Verlängerung der Rückfahrkarten-gültigkeit habe ich nur gegeben, weil die Eisenbahnverwaltung armah, daß ein erheblicher Einnahmeausfall aus der Wohnnahme nicht hervorgehen würde. Ich werde der preussischen Finanzverwaltung die Selbstständigkeit zu erhalten suchen, die sie unter Herrn v. Miquel hatte. Ich werde in den Worten Miquels nach bestem Wissen den Bedürfnissen des Landes Rechnung tragen; ich werde aber auch „Nein!“ sagen können, wenn ich die Sicherheit der preussischen Finanzen gefährdet sehe. (Beifall rechts.)

Abg. Frigen (C.):

Auch meine Partei erkennt die großen Verdienste Miquels an. Der Etat ist ein Spiegelbild der wirtschaftlichen Verhältnisse, und die bestehende Krise hat nicht ohne Einfluß auf ihn bleiben können. Die Notlage der Landwirtschaft ist durch den Preisniedergang in der Zucker- und Spiritusindustrie noch verschärft. Der Preissturz des Spiritus ist durch das Schicksal der Branntweinsteuer-Vorlage im Reich noch bedeutender geworden; hoffentlich wird in dieser Hinsicht Remedy geschaffen. Die Landwirtschaft steht mit großer Spannung den Verhandlungen über den Zolltarif entgegen; wenn die Landwirtschaft keine Hilfe erhält, wenn der von der Regierung vorgelegte Zolltarif überhaupt nicht zu Stande kommen sollte, so würde dem Reich und dem Reichstage eine sehr große Einbuße an Ansehen erwachsen. (Zustimmung im Centrum und rechts.) Was die Industrie anlangt, so sind die Verhältnisse in der Montanindustrie noch verhältnismäßig am besten. Das Kohlenyndikat hat beim Niedergang der Eisenindustrie aber seiner Aufgabe nicht entsprochen; es hat durch die Einschränkung der Förderung die Krise vielmehr wesentlich verschärft. Mit dem Niedergang der Industrie ist die Arbeitslosigkeit Hand in Hand gegangen, und ich freue mich über die Bestrebungen der Staatsregierung, diesem Mißstande zu begegnen. Es muß ein hinreichend ausgedehntes Netz von Arbeitsnachweisen geschaffen werden, das sich auf Stadt und Land erstreckt. Nur auf diese Weise wird es möglich sein, zu einem System der Arbeitslosenversicherung zu gelangen.

Wir hoffen, daß das Gesetz über die Provinzialdotationen zu Stande kommt. Den Augenblick für eine Reichs-Finanzreform halten wir momentan nicht für gekommen. Für die Förderung des Deutschthums im Osten sind wir bereit, Mittel zu bewilligen, aber wir müssen Klarheit über den Verwendungszweck dieser Mittel haben. Wir können uns nicht dazu verstehen, ohne Angabe dieser Zwecke den Oberpräsidenten so reiche Dispositionsfonds zur Verfügung zu stellen. — Das Vorschlagsrecht der Fakultäten darf nicht in ein Ernennungsrecht umarten, weil das zur Verhöhrung der Wissenschaft führen würde. (Beifall im Centrum.)

Kulturminister Studt:

Die Vorarbeiten für die Regelung der Schuldotationen sind noch nicht abgeschlossen, werden aber nach Kräften gefördert. Die Regierung wird ernstlich bestrebt sein, die Frage der Krankenpflege der Orden zu einem befriedigenden Abschluß zu bringen.

Handelminister Müller

erklärt, daß die Regierung in der Frage des Ankaufs von Kohlenzucken zu einem geeigneten Moment Verhandlungen in die Presse gebracht habe, die durch eine authentische Aufklärung der Sachlage dafür gesorgt hätten, daß den Manipulationen der Spekulanten entgegengetreten werde und unlautere Geschäfte vermieden werden.

Abg. Noelle (natl.):

Auch meine Freunde erkennen die Verdienste an, die sich der verstorbenen Finanzminister Miquel um die preussische Finanzpolitik und um die Einigung Deutschlands erworben hat. (Beifall bei den Natl.) Auf die Frage des Zolltarifs will ich hier nicht näher eingehen. Ich bedauere die Stellung, die der Führer der führenden Partei im Reichstag zu dieser Frage eingenommen hat. Ich meine, daß der Pessimismus, den die leitende Stelle im Reichstag entwickelt hat, nicht ganz gerechtfertigt ist. (Sehr richtig! bei den Rationalliberalen.) Die Provinzialdotationen müssen ebenso dem Besten, wie dem Osten zu gute kommen. Zum Justizetat haben wir zwei Beschwerden vorzubringen; den Fall Kulenkamp in Elberfeld haben wir zum Gegenstand einer besonderen Interpellation gemacht; der andre Fall betrifft die bekannte Thatsache, daß in Dortmund ein Journalist gefesselt über die Straße geführt worden ist. Dringend erforderlich ist die Neuregelung des Steuerprivilegs der Beamten, Geistlichen und Lehrer.

Die Stellung meiner politischen Freunde zur Reichs-Finanzreform ist bekannt. Wir wünschen, daß der Finanzminister der Regelung dieser Frage seine ganze Kraft zuwenden möge. Gegen eine etwaige Verstaatlichung des gesamten Bergbaues werden wir energischen Widerstand leisten.

Ueber die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des Mittelland-Kanals ist seiner Zeit so ausführlich debattiert, daß nichts Neues darüber zu sagen ist. Wir halten an dem Kanalbau nach wie vor fest, wir betrachten den Kanal als ein eminent nationales Kulturwerk ersten Ranges. Die alsbaldige Vorlegung einer neuen Kanalvorlage würde ich um so mehr empfehlen, als dadurch der herrschenden Arbeitslosigkeit in großem Maßstabe abgeholfen werden könnte. (Sehr richtig! bei den Rationalliberalen. — Unruhe rechts.) Durch die Herausnahme eines einzelnen Teiles aus dem Ganzen würde man nur das ganze Werk gefährden. Weite Kreise des Volkes erwarten, daß die feierlichen Versprechungen, die in zwei Thronreden über die Kanalvorlage gegeben sind, erfüllt werden. (Beifall bei den Rationalliberalen.)

Abg. Richter (fr. Vp.):

Ich wundere mich, daß keiner der Vorredner auf den plötzlichen Schluß der Session im Mai des vorigen Jahres zu sprechen gekommen ist. Wir haben doch damals ganz gemächlich beifammen, keines Ueberfalls gewärtig. (Große Heiterkeit.) Es wäre doch damals das einfachste gewesen, die Kanalvorlage allein zunächst zurückzuziehen. Wir hätten doch auch noch andres zu thun. Jetzt haben wir den ganzen Restzetteln in dieser Session zu verarbeiten. Es schien, als ob der Schluß des Landtages eine Einleitung sei zu einer Auflösung. Jetzt haben wir uns aber wieder in der alten Zusammensetzung friedlich zusammengefunden. (Große Heiterkeit.) Allerdings drei Minister fehlen uns. Beim Schluß des Landtags haben die Minister alle frisch, heiter und gesund da. (Große Heiterkeit.) Wer hätte gedacht, daß noch an demselben Tage Herr Geheimrat v. Bismarck drei Ministern die leidende Schür überbrachte, so daß sie plötzlich ihren schwankeuden Gesundheitszustand erkannten. (Große Heiterkeit.) Ich kann nicht sagen, daß dieses System des Abzählens oder wie man neuerdings sagt, des Ausschiffens, sehr schön wäre. (Heiterkeit.) Ich beneide die Minister in parlamentarischen Staaten im Vergleich zu unsren Ministern. Bei uns weiß kein Mensch, warum sie scheiden müssen. Sie sind wie die Blumen auf dem Felde, ein Wind weht über sie hinweg und ihre Stätte kennt man nicht mehr, es sei denn, daß sie Oberpräsidenten werden. (Große Heiterkeit.) Das Ministerium aber bleibt ein konservatives Ministerium, wenn es auch einen kleinen reaktionären Liberalen Einschlag bekommen hat. Agrarisch bleibt Trumpf und Exzellenz Müller ist kein Spielverderber. (Große Heiterkeit.) Herr v. Rodde ist als alter Soldat dem Befehl seines Königs gefolgt und hat das Landwirtschaftsministerium übernommen, obgleich er nicht wußte, was ihm da bevorstand. (Große Heiterkeit.) Unter Minister des Innern ist Herr v. Hammerstein geworden, wir wissen nicht recht, warum. (Heiterkeit.) Jedenfalls kann der neue Minister auf eine gewisse Schonzeit Anspruch machen. Den neuen Finanzminister sehe ich hier lieber als Finanzminister, denn als Oberzensor in Theaterangelegenheiten und als Minister für Nichtbestätigung im Ressort des Innern. Der Herr Finanzminister hat eine Etatsrede gehalten, alle Achtung, so klar und deutlich, wie wir lange keine gehört haben. Diese Rede enthält alles zum Verständnis des Etats Erforderliche. Ich bin auch der Meinung, daß weder zu allzu großem Optimismus, noch zu allzu großem Pessimismus Veranlassung vorhanden ist. Ich habe mich auch gefreut, daß Herr v. Rheinbaben die etwas allgütigste Auffassung des Herrn Müller nicht teilt, auf die sieben letzten Jahre mühten unbedingt sieben magere Jahre folgen. (Heiterkeit.)

Die schwankeuden Einnahmehinnehmungen bilden eine der Rechten der Verstaatlichung. Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der Rückfahrkarten hätte Herr v. Miquel schwerlich erlaubt. Die Einnahmen aus dem Personenverkehr sind ja auch verhältnismäßig wenig, nur um 3 Millionen gesunken. Nach dem jetzt vorliegenden Etat sind die Klagen der Finanzminister über das Verhältnis zum Reich wenig berechtigt. Herr v. Rheinbaben klagt nicht über die Ungleichheit als über die Höhe der Patrimonialbeiträge, die Preußen an das Reich zu leisten hat. Diese Schwankungen würden noch stärker werden, wenn durch Erhöhung der Verbrauchssteuern das Schwanke eines Hauptfaktors, der Zolleinnahmen, noch erweitert würde. Uebertragen Sie die Vermögenssteuer auf das Reich, so wird damit das Reich an dem Schwanke der Einnahmen in genügender Weise beteiligt sein.

Herr v. Rheinbaben meinte, man sei unzufrieden im Volke über das Verhältnis der Einzelstaaten zum Reich. Aber man würde noch in ganz andrem Maße unzufrieden sein, wenn etwa die Anklündigung des Schachsekretärs, daß eventuell eine neue Bier- und Tabaksteuer erforderlich sei, zur Wirklichkeit würde.

Eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse ist nicht nur für die Städte, sondern auch für das platt Land erforderlich. Wenn man überhaupt eine Wohnungsinspektion einführen will, so ist sie auch in den Gutbezirken erforderlich. Ich halte es aber für etwas bedenklich, neue Beamte anzustellen ohne die Unterlage eines Gesetzes. Ich bin gespannt auf das vom Minister angeforderte Wohnungs-gesetz. Die Wohnungsfrage umfaßt ja ein ganzes Bündel von Fragen und ist eine der schwierigsten gesetzgeberischen Aufgaben. Wichtiger als die Zentralisation der Bevölkerung in den Städten ist die Decentralisation aus den Städten heraus. Hier sind Verkehrsvereinerung im Straßenbahnwesen, den Vorortbahnen usw. nötig. Ich muß belangen, in welcher Weise die Regierung über die Köpfe der Kommunalbehörden hinweg im Straßenbahnwesen neue Konzeptionen verleiht. Auch von einer Neuregelung des Servituten- und des Wohnungsgeldzuschusses ist es wieder ganz still geworden. Zur Polenfrage will ich nur eine kurze Erklärung abgeben. Betreffs der Erhöhung des Dispositionsfonds kann ich mich nur mit dem Abg. Frigen einverstanden erklären. Es sind wahrscheinlich in diesem Fonds auch Ausgaben vorgesehen, denen wir zustimmen könnten. Aber ohne gesetzliche Festlegung der Verwendungszwecke können wir der Regierung in der Polenfrage nicht das Vertrauen entgegenbringen, das zu einer bedingungslosen Zustimmung zu dieser Erhöhung erforderlich wäre. Wir lehnen principiell ab jede gesetzliche Subvention für die einzelnen Konfessionen und ihre Einrichtungen. Um so mehr würden wir bereit sein, Mittel für die Förderung des Schulwesens in der Provinz Posen zu bewilligen. In solchen zweisprachigen Gegenden ist die Simultanschule eine durchaus nötige Einrichtung. Die Angriffe des Abg. v. Staudy auf meinen Freund Kändler in der Polenfrage waren ganz unberechtigt. Herr Kändler hat die Deutschen der Provinz Posen in keiner Weise bekämpft oder gar beschimpft. Die ganze Rede des Herrn v. Staudy erklärte sich aus dem Gegensatz der zwischen seiner und unserer Partei in der Stadt Posen besteht.

Nun einige Worte zum Provinzialdotations-Gesetz. Die Summen, die zum Ausbau und zur Verneuerung der Chausseen bestimmt sind, sind zur Hälfte nach der Zahl der Quadratmeilen und zur Hälfte nach der Zahl der Bevölkerung verteilt worden. Bei dieser Verteilungsweise kommen natürlich besonders die östlichen Provinzen gut weg. Nur Hannover ist aus politischen Gründen einigermaßen reichlich bedacht worden. Dagegen ist z. B. gegenüber Westpreußen die Provinz Sachsen überaus schlecht behandelt worden. Je mehr man aber den Gemeinden zuwendet, den manchmal überflüssigen Kreischausseen, Dienstpalaisten usw., desto mehr hört die Selbstverantwortung und Selbstverwaltung der Provinzen auf. Diese ganzen Aufwendungen bleiben nur Plakat ohne eine richtige Gemeinde-Verfassung auf dem Lande. Herr Miquel hat die günstige Gelegenheit die Ueberweisung der Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer an die Kommune, unbenuzt gelassen zu einer Neuregelung der politischen Stellung der Gemeinden. So kagen die Berliner Vororte darüber, daß die Regierung ihnen so viel Schwierigkeiten macht bei ihrem Wunsch, aus den Kreisverbänden auszuscheiden.

Ich muß doch auch etwas über die Kanalvorlage sagen. Der Finanzminister hat kein Wort von der Kanalvorlage gesagt, obgleich es doch sehr nahe gelegen hätte. Sind die 7 Millionen, die im vorigen Jahre bewilligt worden sind für die Regulierung der Wasserverhältnisse an der Oder, Havel usw. unter Voraussetzung der Bewilligung der Kanalvorlage, zur Verminderung des Defizits verwendet oder werden sie im Etat weitergeführt? Auch die Thronrede behandelt die Kanalvorlage so kurz wie möglich. Sie sagt nur, sie werde „seiner Zeit“ kommen. Ja, kommt Zeit, kommt Rat. (Heiterkeit.) Diesem Schweigen gegenüber freut es mich um so mehr, daß es mir gelungen ist, an dem Herrn Ministerpräsidenten im Reichstag die Ceremonie des Mundöffnens zu vollziehen. (Große Heiterkeit.) Auf eine leise Andeutung meinerseits hat Graf Bülow mir sehr ausführlich erwidert. Graf Bülow scheint die Kanalvorlage als ein Noß anzusehen, auf dem der Reiter ruhig sitzen bleibt, wenn es nicht mehr vorwärts will. Der Reiter wartet einfach, bis es wieder vorwärts geht, das ist aber, soviel ich weiß, nur bei Dilettanten oder sogenannten Sonntagreitern die übliche Methode. (Große Heiterkeit.) Graf Bülow sagte, er habe nicht gleich das schwere Geschick der Auflösung aufzuheben wollen. Das brauchen Sie gar nicht. Seit drei Jahren war durch die Erklärung des Hohenlohes und Miquels zur Kanalvorlage das allerschwerste Geschick aufgehoben. Herr von Thülen sagte: „Gebaut

wird er doch!“ Waren das alles nur Möllersprüche, die man abseuert, wie bei Schützenfesten. (Heiterkeit.) War das alles nicht ernsthaft gemeint? Die ganze Wasserwirtschaft in Preußen ist wegen der Kanalvorlage in ihrer Entwicklung gehemmt, für eine Heimatspolitik giebt es jetzt nichts Wichtigeres, als die Entscheidung dieser Frage.

Graf Bülow meinte, ich und meine Freunde würden in dieser Frage durch Parteirücksichten bestimmt. Er wolle mir nicht das Streichholz liefern, um meinen Parteioff dazu zu köchen. (Sehr gut! rechts.) Ja, das sagt Ihre Fraktion im Reichstag auch. (Stürmische Heiterkeit.) Ich bin aber schon im Frühjahr 1899, als von einem Zwiespalt zwischen Regierung und Konservativen noch gar nicht die Rede war, dafür eingetreten. Wenn wir einig sind, sind wir der Geist, der stets verneint; wenn wir ja sagen, köchen wir unsren Parteioff. (Heiterkeit.) Wir müssen eigentlich um Entschuldigung bitten, daß wir überhaupt geboren sind. (Heiterkeit.) Wir treiben durchaus solche Politik. Auch wenn der Postarist nicht zu Stande kommt, der uns liberale Widerwärtig ist, so wird unsere Stellung zur Kanalvorlage dadurch absolut nicht berührt. Graf Bülow meinte, er wolle uns keine Streichholz geben; ach, Herr Graf, wir haben schon so viel Streichholz gegeben. Wir brauchen gar keine mehr dazu. Der Schachsekretär hat uns ja mit der Anklündigung der Bier- und Tabaksteuer zwei neue Schachteln Streichholz geliefert. (Große Heiterkeit.) Graf Bülow will keinen Zwiespalt mit den großen Parteien wegen der Kanalvorlage herbeiführen. Auch das las man vor Tisch an dem 19. August 1899. Als aber schließlich die Regierung die Geduld verlor und die Session geschlossen wurde, sagte Graf Bülow: Darum keine Feindschaft nicht. Er hat vor der Opposition der Konservativen kapituliert und darf sich nicht wundern, wenn diese auch in der Kanalvorlage weitere Kapitulationen verlangen. Auch Miquel meinte, man könne in Preußen nicht gegen die Konservativen regieren, aber den Vorwurf, er hätte in der Kanalvorlage Graf Bülows Absichten durchkreuzt, muß man ihm noch im Grabe abbiten, beide Herren sind völlig Hand in Hand gegangen. Das beweist auch die Schrift des Abg. v. Ehnern: „20 Jahre Kanalpolitik“. Man kann es den Konservativen nicht übel nehmen, daß sie in der Kanalfrage keine Verständigung mit der Regierung gesucht haben. Jede Regierung wird so behandelt, wie sie es verdient.

Herr v. Miquel ist gestorben, aber seine Politik ist geblieben. Warum hat man ihn nicht in den Seelen sterben lassen, ihn, der mit allen Fasern seines Herzens an seinem Amte hing? Das kann man nur aus persönlichen Gründen erklären, die wir nicht verstehen. Miquels Politik hat die Kanalvorlage in den Sumpf gebracht. Hoffen wir, daß seine Taktik nicht noch weiter geübt wird zum Schaden unsrer Wirtschaftspolitik. (Lebhafte Beifall links.)

Ministerpräsident Graf Bülow:

Der Vorredner hat die seit Schluß des Landtags in der Staatsregierung vorgekommenen Änderungen berührt. Artikel 45 der preussischen Verfassung — auf die Verfassung kann man gar nicht oft genug rekurrieren, sie ist das Bademeikum für mich, und wenn ich Aussicht auf die Ehre habe, Herrn Richter zu begegnen, nehme ich immer die Verfassung mit mir — (Heiterkeit.) Artikel 45 also bestimmt: Der König ernannt und entläßt die Minister.

Es steht nichts davon in der Verfassung, daß der König dazu der Erlaubnis des Abgeordnetenhauses oder Herrenhauses oder beides oder jenes hervorragenden Parteiführers bedürfte. (Große Heiterkeit rechts.) Wie Herr Richter die Minister behandelt, ist ja seine Sache. Er spielt ihnen ja manchmal lädel mit. Ich persönlich bin in dieser Beziehung schon einigermaßen abgebräut. Ich hoffe, daß auch mein Kollege Hr. v. Hammerstein sich die Aeußerungen Richters über unsere gemeinsame Heimat Mecklenburg nicht allzusehr zu Herzen nehmen möge. Darum bleibt Mecklenburg doch ein sehr schönes und ein sehr gutes Land. (Bravo! rechts.) Es würde vielleicht auch Herrn Richter zuträglich sein, einmas längere Zeit in Mecklenburg zuzubringen. (Heiterkeit.) Die Luft würde gewiß salzierend auf ihn einwirken. (Große Heiterkeit.) Vielleicht würde er dann aus Mecklenburg oder Rostock als ein ganz zufriedener Staatsbürger heimkehren, der die Staatsregierung wieder unterstützt. (Große Heiterkeit.)

Ich bin, weil die Entlassung und Anstellung von Ministern Sache der Krone ist, verfassungsmäßig nicht in der Lage, auf diese Ausführungen des Abg. Richter näher einzugehen. Nur das eine: Ich weiß mich im Einklang mit diesem ganzen hohen Hause, wenn ich sage, daß unter uns sicher nicht das Andenken des großen Finanzministers erlöschen wird, der so oft von dieser Bank aus zu Ihnen gesprochen hat. (Lebhafte Beifall rechts.) Sein Andenken wird fortleben in der preussischen Geschichte als dasjenige des genialen Reorganisators der preussischen Finanzen, als eines Mannes, der dem nationalen Gedanken stets treu gewesen ist von Jugend an und immer treu geblieben ist. (Bravo! rechts.)

Herr Richter hat die parlamentarisch regierten Länder gelobt. In einem solchen Lande würde sicher auch dieser oder jener eminente Führer der Opposition, wenn er eines Tages auf der Ministerbank sitzt, manches, was er in seinen Reden empfohlen hat, nicht ausführen können. Auch Herr Richter würde dann manche Rede doch wohl etwas anders gehalten haben.

Es ist auch der Zolltarif berührt worden. Ich will hier nicht auf Einzelheiten eingehen. Wenn dies hohe Haus nicht wünscht, daß seine Angelegenheiten im Reichstag behandelt werden, ist auch das Umgekehrte berechtigt. Ich möchte aber keinen Zweifel darüber lassen, daß hinter den Worten, die der Finanzminister soeben gesprochen hat, die ganze königliche Staatsregierung steht. Ich bin ein aufrichtiger, warmer Freund der Landwirtschaft, deren wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung für Monarchie und Reich ich ebensoviel würdige wie irgend einer der Herren in diesem hohen Hause. Ich bin gern bereit, der Landwirtschaft meine hilfreiche Hand zu reichen, aber nur bis zu der Grenze, die durch die allgemeine Wohlfahrt gezogen ist. Eine extrem-agrarische Politik — das spreche ich ganz offen aus — würde auch der Ansicht der königlichen Staatsregierung den Wohlstand des Landes ebenso schädigen wie eine einseitige Handelspolitik, eine rein freihändlerische Politik. Eine solche einseitige Wirtschaftspolitik kann die Regierung nicht machen, für sie kann nur das Gesamtinteresse des Landes maßgebend sein. Deshalb hat die Regierung eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle vorgeschlagen. Wir werden unter die von uns vorgeschlagenen Minimalzölle nicht heruntergehen, aber auch auf übertriebene Forderungen können die verbündeten Regierungen nicht eingehen. Ein erhöhter Zollsatz für die Landwirtschaft ist nur soweit erreichbar, als er vereinbar ist mit den Lebensbedingungen der beiden andren großen Zweige unsres Wirtschaftslebens, und darum richte ich an alle Freunde des Schutzes der nationalen Arbeit, an alle Freunde einer verständigen Heimatspolitik das dringende Ersuchen, sich in ihren Bestrebungen innerhalb der Grenzen der Möglichkeit zu halten. Die Politik der mittleren Linie richtet sich nicht gegen die berechtigten Bestrebungen der Landwirtschaft, sondern nur gegen die übertriebenen, ich darf wohl sagen: unvorsichtigen Forderungen, mit denen dem Wohle der Landwirtschaft nicht gedient wird.

Herr Richter hat auch die Kanalfrage besprochen. Es wird mir seit längerer Zeit, besonders in der Herrn Richter nachfolgenden Presse dargeboten, ich sei im vorgangenen Winter nicht entschieden genug für die Kanalvorlage eingetreten, ich hätte das Haus nicht aufgelöst und die Kanalvorlage demselben bei seinem Zusammentritt nicht sofort unterbreitet. Diese Vorwürfe sind alle gleich wenig begründet. Es kann doch nicht im Ernst bestritten werden, daß ich im vorgangenen Winter mit aller Entschiedenheit für die Kanalvorlage eingetreten bin. Innerhalb und außerhalb dieses hohen Hauses bin ich für die Kanalvorlage eingetreten. Was eine Auflösung betrifft, so habe ich schon im Reichstag mein Erstaunen ausgesprochen, daß ein so ausgesprochen liberaler Mann wie Abg. Richter sich darüber beklagt, daß die Regierung nicht sofort gegenüber einer parlamentarischen Körperschaft das allerhöchste Geschick aufzufahre und auch wirklich löschliche zu entscheiden, wann seine Auflösung erfolgen soll, ist lediglich Sache der Krone, und die Krone ist auf meinen Vorschlag hin der Ansicht gewesen,

Die Lasten der Arbeiterversicherung.

Die schwere Belastung der Industrie durch die Arbeiterversicherung gehört noch immer zu den beliebtesten Klagen des Unternehmers...

Das wesentlichste, wenn man von einer Belastung der Industrie reden will, ist aber das Verhältnis dieser Ausgaben zum Werte der erzeugten Produkte...

Also rund 3 Proz. der Produktion beträgt die ganze Belastung der Industrie in den preussischen Staatsbergwerken und Hütten...

Das Hafeninspektorat für Bremerhaven ist am 15. Januar ins Leben getreten. Seine Befugnisse sind durch folgende Senatsverordnung bestimmt:

Dem Hafeninspektor für die Häfen Bremerhavens liegt die Fürsorge für den Schutz der Hafenarbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit derselben nach Maßgabe der ihm vom Senate zu erteilenden Anweisungen ob.

Der Hafeninspektor ist befugt, wenn seines Erachtens durch mangelhafte Betriebseinrichtungen oder aus sonstigen Gründen eine unmittelbare Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter besteht, die zur Abwendung der Gefahr erforderlichen Anordnungen zu treffen und nötigenfalls die Arbeit bis zur Befolgung seiner Anordnungen zu untersagen.

Dem Hafeninspektor ist jederzeit der Zutritt zu gewähren: zu allen Schiffen, die in den Häfen, einschließlich der Vorhäfen, oder längs der Deichmauer westlich von der Lloydhalle liegen; zu allen an den genannten Wasserflächen belegenen Arbeitsstätten...

Wer den vom Hafeninspektor innerhalb seiner Zuständigkeit getroffenen Anordnungen keine Folge leistet oder dem Hafeninspektor verweigert, wird, sofern er nicht nach anderen Strafvorschriften eine höhere Strafe verwirkt hat, mit Geldstrafe bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

Marktpreise von Berlin am 15. Januar 1902

Table with 4 columns: Commodity (e.g., Weizen, Roggen, Gerste), Unit, Price, and another unit. Includes sub-sections for 'frei Wagen und ab Bahn' and 'Produktenmarkt'.

Briefkasten der Redaktion.

Nixdorf 120. Falls der jetzt 21jährige die Forderung anerkennt, A. B. durch das Verprechen... Vertha 28. 1. Ja. 2. Es hat lediglich der Vormund für das Kind zu sorgen...

Witterungsübersicht vom 16. Januar 1902, morgens 8 Uhr.

Table with 4 columns: Station, Wind direction, Wind speed, and Temperature. Lists stations like Schwinebende, Dömitz, Berlin, etc.

Wetter-Prognose für Freitag, den 17. Januar 1902. Gewollt, zerteilte Wetter, jedoch sehr unabhängig mit Niederschlägen und stark nordwestlichen Winden.

Die Justizbehörde wird nicht umhin können, über diese skandalösen Vorgänge Aufklärung zu geben, wenn sie nicht will, daß ihre die Verantwortung dafür zugeschoben werden soll.

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter für die Provinz Sachsen wird von der Agitationskommission für den Regierungsbezirk Merseburg einberufen.

Ueber Stand und Thätigkeit der Partei im 12. und 13. sächsischen Reichstags-Wahlkreis (Leipzig Stadt und Land) erstattet das Agitationskomitee einen ausführlichen schriftlichen Bericht für die Zeit vom November 1900 bis 31. Dezember 1901.

Bei den Gemeindevahlen in Wiener-Neustadt haben unsere Parteigenossen einen bedeutenden Erfolg errungen. Es wurden zwei Sozialdemokraten gewählt, nämlich die Genossen Franz Nelson und Ferdinand Butscher.

Aus Industrie und Handel. Ueber die Korruption der bürgerlichen Presse kam es in der Sitzung des Dresdener nationalliberalen Reichsvereins zu interessanten Erörterungen.

Ueber die Korruption der bürgerlichen Presse kam es in der Sitzung des Dresdener nationalliberalen Reichsvereins zu interessanten Erörterungen. Der Handelskammer-Präsident Schulze nahm im Anschluß an ein Referat des früheren Landtags-Abgeordneten Karl Roth über die Ursachen der wirtschaftlichen Krise Anlaß, eine recht kräftige Kritik an den Zuständen in der bürgerlichen Dresdener Presse zu üben.

Ergänzend zu dem Referat wollte er hinzufügen, daß gerade in Sachsen und speziell in Dresden eine sachgemäße, gesunde öffentliche Kritik in der dazu berufenen Presse gefehlt habe. Hätte eine solche rechtzeitig eingesetzt, dann hätte das Unglück gar nicht einen solchen Umfang annehmen können.

Bei der Verlesung einer Erklärung des Vorwurfs gegen die Presse sollten die Herren billigerweise die sozialdemokratische Presse annehmen, die beizeiten ihre Warnung erhob. Aber immerhin muß es übersehen, daß in einem nationalliberalen Verein Herr Handelskammer-Präsident Schulze so kräftige Worte der Kritik finden konnte, ohne gegen sich die Enttäuschung seiner Zuhörer zu empfinden.

Zur Lage der Ruhrkohlenzechen wird der 'Voss. Zig.' aus Essen berichtet: Die Zechen beginnen bereits insofern mit der Möglichkeit einer weiteren Ermäßigung der Kohlenpreise zu rechnen, als sie die Selbstkosten an Verkaufspunkten einstellen, wo die Selbstkosten sich etwas höher stellen.

Preisrückstellungen in der Eisenindustrie. In den letzten Tagen ist vielfach über Erhöhung der Preise für Fabrikate der Eisenindustrie berichtet worden. Das Drahtstuhl-Syndikat hat den Verkaufspreis um 50 Pf. höher gestellt.

daß im vergangenen Frühjahr die Auflösung dieses hohen Hauses nicht dem Staatsinteresse entsprach. Später kann eine Auflösung vielleicht einmal im Staatsinteresse liegen; das zu entscheiden, ist aber lediglich Sache der Krone.

Herr Richter hat weiter gefragt, warum der Landtag geschlossen worden und warum die Kanalvorlage nicht sofort dem Abgeordnetenhaus wieder zugegangen sei. Die Antwort habe ich eigentlich schon in den Worten gegeben, die ich in der Schlußsitzung des Landtags an die Verlesung der königlichen Botschaft knüpfte.

Abg. Frhr. v. Hedth (H.):

Wir werden nur auf der Grundlage eines neuen Zolltarifs zu neuen Handelsverträgen kommen. Das Hinziehen der Zollverhandlungen kann kein praktisches Ziel erreichen, sondern nur die Ungewißheit der wirtschaftlichen Beziehungen verlängern.

Darauf verlag das Haus die Weiterberatung auf Freitag 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Partei-Nachrichten.

In der Angelegenheit der 'Erfurter Tribune' veröffentlicht die Preiskommission des Blattes als Ergebnis ihrer letzten Verhandlung eine offizielle Erklärung, in der es heißt:

Die heutige Sitzung der Preiskommission, einberufen zum Zwecke der Stellungnahme der Preiskommission in Sachen Grünwald erklärt nochmals ausdrücklich, daß ihr Beschluß in Sachen Grünwald ausschließlich bedingt war von dem ethischen Bestreben, im Interesse der 'Tribüne' und der Thüringer Genossen das Beste zu tun.

Für die Preiskommission bleibt leider diese Frage eine solche von Treu und Glauben, da ein schriftlicher Vertrag nicht abgeschlossen wurde. Sie hat keine Veranlassung, daran zu zweifeln, daß die Engagementsbedingungen so lauten, wie sie Herrn erklärte und der Geschäftsführer bestätigte.

Steht so, wie sich durch den so verspäteten Einspruch des Herrn Grünwald erst jetzt herausstellt, die formelle Seite der Sache für den größten Teil der Preiskommissionsmitglieder im Zweifel, so bestehen jedoch die Motive für das Handeln der Preiskommission nach wie vor zu Recht.

In der Erklärung wird dann weiter dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß die bisherigen Auseinandersetzungen zu persönlichen Angriffen ausgeartet sind und schließlich mitgeteilt, daß bis zu dem am 26. Januar stattfindenden Sitzung der Agitationskommission für Thüringen, die sich mit der Angelegenheit zu befassen haben wird, alle öffentlichen Kundgebungen in der 'Tribüne' zu unterlassen sind.

An der Landtagswahl in Torau-Fork-Guben, die am 16. Januar (Mittwoch) stattfand, beteiligten sich unsere Parteigenossen mit eigenen Wahlmännern. Da es sich nur um eine Ersatzwahl handelt, sind nur die seit der letzten Wahl weggefallenen Wahlmänner zu ergänzen, so daß die Partei auf den schließlichen Ausfall der Wahl keinen nennenswerten Einfluß noch ausüben können.

Neues zum Falle Breudenbeck.

Noch einer Mitteilung meines Dortmundes Parteiblattes ist Breudenbeck auch schon im Anfang des Jahres 1900 gefesselt transportiert worden und noch dazu unter Umständen, die fast auf eine absichtliche Kränkung des sozialdemokratischen Redakteurs schließen lassen.

Der so schmächtig behandelte Sozialdemokrat wird dadurch die Achtung aller wirklich Denkenden nicht verlieren; wohl aber muß ein Staat, der eine solche Behandlung gegen ausländische Reichsangehörigen in der Achtung der Öffentlichkeit schwere Einbuße erleiden. Ueberdies hat es Breudenbeck auch in der Haft sehr schlecht gehabt; er ist während der ganzen Haftdauer gezwungen gewesen, Dänen zu lieben. Selbst das Halten einer Zeitung hat man ihm verweigert!

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Frühlingstage an der Riviera

Invalidenstr. 57/62.
Um 8 Uhr: Die Instrumente und Messmethoden der Astronomie.

Castans Panopticum
Friedrich-Strasse 165.
Neu!! Der bedeutendste Kraftturner der Welt, der Berliner Alex Meyer
Phänomenale Muskulatur!

Passage-Theater.
Die neueste Sensation!

Damen-Luftkampf
ausgeführt von 12 jungen Damen.

Michel Mayer,
der stärkste Mann der Welt, zahlt 1000 Mark dem, der seine Hanteln nachhebt.
Gifford. - Barsikow-Truppe. - Jim u. Jam. 16 erstkl. Nummern.

Schall und Rauch,
Unter den Linden 44.
Freitag, den 17. Januar 1902:
Zum 64. Male:

Vorstellung vor Serenissimus.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Apollo-Theater.
Rixdorf, Hermannstr. 49.
Jeden Sonntag und Montag

Große Theater-Vorstellung.
Großer Saal und Garten zu Benefizveranstaltungen zu vergeben.
32712* Ph. Thomas.

Belle-Alliance-Theater.
Die Dame aus Trouville.
Schmidt u. Gesang u. Tanz i. 3 Akten.
Emil Sondermann a. G. Witzl Bismarck, Rosa Marton, Ferd. Wörms, Werkmeister, Retmer.
Hierauf: Gr. Pariser Lebensbild in einem Akt.
Adele Harboig, Leopold Thurner als Gäste. Anfang 7 1/2 Uhr.

Charivari-Brett'l
Alte Jakobstr. 37.
Pepi Weiss
Helena Dyas
Stella Ruth
Albert Kühne
Preise 1,00, 2,00, 3,00 Mk.

Metropol-Theater
Thomas, Bender, Josephi.
Mit vollständig neuer prachtvoller Ausstattung:
'ne feine Nummer!
Barleske Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 1 Vorspiel und 4 Bildern von Julius Freund.
Im 4. Bilde:
Frauchens Weihnachtstisch.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen über all gestattet.
Sonabend, den 18. Januar:
2. Metropol-Theater-Ball.

E. von Wolzogens
Buntes Theater (Überbrett'l)
Köpnickerstr. 68.
Täglich abwechselndes Programm.
Lina Abarbanell.
Nora-Parodie. - Ne u: Malantanz, Tanzduett von Bierbaum, Musik von Schindler. - Brahms'sche Volkslieder. Anfang 8 Uhr.

Casino-Theater.
Vehringstr. 37.
Debut der reizenden Schwedinnen
Geschw. Lirée.
Nur noch kurze Zeit: „Weihnachten“, „Winter“ etc.
Anfang 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Sonntagabend 4 Uhr: Mutterlegen.

W. Noacks Theater.
Bismarckstr. 16.
Der Eiermann und sein Pflegekind.
Vollständ. in 3 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Sonabend:
Keine Vorstellung.

Carl Weiss-Theater.
Grosze Frankfurterstr. 132.
Gesp. von Minna Widetti.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Rod von Ernest Guinot. Musik von Jean Wilbert.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Das Jungfernstift. - Sonabend: Klein Däumling und der Menschenfreund.

Central-Theater.
heute Freitag, abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.
Operette in 3 Akten von S. Reinhardt.
Morgen und folgende Tage: Das süße Mädel. - Sonabend, den 18. Januar, nachm. 4 Uhr, halbe Preise, jeder Erwachsene hat ein Kind frei: Schneewittchen bei den Zwergen. Sonntag, 19. Januar, nachm. 3 Uhr, bei halb. Preisen: Der Jägerbaron. Abends 7 1/2 Uhr:
Das süße Mädel.

Carl Weiss-Theater.
Grosze Frankfurterstr. 132.
Gesp. von Minna Widetti.
Das Jungfernstift.
Operette in 4 Akten nach einer Idee des Paul de Rod von Ernest Guinot. Musik von Jean Wilbert.
Anfang 8 Uhr.
Morgen: Das Jungfernstift. - Sonabend: Klein Däumling und der Menschenfreund.

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
Sonabend, den 18. Januar 1902:
XI. Stiftungsfest
des Socialdemokratischen Wahlvereins für den 3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Gr. Vokal- u. Instrumental-Konzert
unter gütiger Mitwirkung der Gesangsvereine Freiheitssänge (Berlin) und Sangeslust (Tempelhof), Dir. E. Thilo, sowie des Berliner Alt-Trios.
Freude,
gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Wolfgang Heine.
Nachdem **TANZ.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 30 Pf. nach.
Anfang 8 Uhr. Programm 25 Pf.
240/1* **Der Vorstand.**

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonabend, den 18. Januar 1902:
Elftes Stiftungsfest
in den Gesamträumen des Böhmisches Brauhauses, Landsberger Allee 11-13.
Kammermusik für Blasinstrumente und Klavier.
Programm
Erster Teil.
1. Sextett (4 Sätze) von Ludwig Thuilla.
2. Recitativ und Arie aus „Figaros Hochzeit“ von Mozart (Fr. Hilda M. Rose).
20 Minuten Pause.
Zweiter Teil.
3. Festrede, gehalten vom Schriftsteller Heinrich Schulz, Magdeburg.
4. Lieder: a) Frühlingsglaube, b) Liebesbotschaft von Franz Schubert, c) Ich liebe dich von E. Grieg (Fr. Hilda M. Rose).
5. Es-dur-Quintett (1 Satz) von Beethoven.
20 Minuten Pause.
Dritter Teil.
6. Lieder: a) Liebestreu, b) Das Mädchen spricht, c) Meine Liebe ist grün von Joh. Brahms (Fr. Hilda M. Rose).
7. Tarantella und Gavotte von F. Führmeister.
Frühzeitiges Erscheinen notwendig, da die Saalthüren während der Vorträge geschlossen bleiben. Rauchen nicht gestattet. Keine offene Kasse.
Billets a 50 Pf. inkl. Programm sind in den Zahlstellen der Schule, der „Volksbühne“ und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben.
Eröffnung 7 Uhr. Anfang präcise 8 Uhr.
Nach dem Konzert: **Tanz.**
1 Uhr: Reigenfahren des Radfahrer-Vereins Vorwärts.

Palast-Theater
(früher Feen-Palast)
Burgstr. 22.
Direktion: Winkler u. Fröbel.
Das mit patriotischem Gefühl aufgenommene erstklassige **Januar-Programm.**
Nur noch kurze Zeit!
Die ewig neue laudwürdige Ausstattungs-Gesangs-Burleske **Großstadtzauber.**
Hugo Luitz: Dir. R. Winkler.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf. Schlot-Vorverkauf von 11-1 Uhr.
Sonabend, den 18. Januar:
Wegen Privat-Festlichkeit geschlossen.

Apollo-Theater.
Sensationeller Erfolg:
Granto u. Maud
Willi Walden
Stack u. Milton
D' Loischthaler
Georg Kaiser & Ilka Paulet
König Aqua.
Anfang 8 Uhr.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel
Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige Specialitäten. J. M. Hütt.
Sonntags 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: **Tanz** ohne Nachzahlung

Schmöckwitz.
Restaurant „Seddin-See“
empfehlen sich schon gelegenes Lokal zu Dampfpartien, Radern und Radfahren. Großer schöner Garten für 2000 Personen. Zwei große Zäle, Regelfahren, Schießbude, Würfelbude etc. - Stelle die billigsten Dampfer. Gut gezeigte Speisen und Getränke ist bestens gefolgt.
Freundlich ladet ein (32792*) **Aug. Noack.**

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a.
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger
Neu!
Die Zillerthaler.
Neu!
Die Polknäpchen.
Nach jeder Vorstellung: **TANZ.**
Entree 50 und 75 Pf. Wochentags Anfang 8 Uhr, Entree 30 u. 50 Pf. Wochentags Vereinsbillets gültig und Tanz frei. Alle andern Tage bleiben die Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen frei.

Deutsche Konzerthallen.
An der Spandauer Brücke 3.
Größt. Vergnügungsalokal Berlins
Internationale Konzerte u. Specialitäten-Vorstellung
Ausschank:
Berliner Bock-Brauerei.
Bürgerl. Diner, 5 Gänge.
Tägl. Matinee von 12-2 Uhr.
Oekonom: Gustav Prellippar.

Trianon-Theater
am Bahnhof Friedrichstrasse zw. Charlotten- u. Universitätsstr.
Lebende Lieder.
Anfang abends 8 Uhr.

Cirkus Busch
Freitag, 17. Januar, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Vorstellung. **Klondike.** Orig. Fantoume des Cirkus Busch. Die rätselhafteste Comtesse X.
Grosze
Indische Menagerie
im Exerzierhaus
(am Brenzlauer Thor)
Vehringstrasse 1-7.
Täglich 3 große Vorstellungen. 4, 6 und 8 1/2 Uhr. Dressur mit Löwen, Tigern, Wölfen u. Hyänen, sowie **Löwen-Ringkampf** und Fütterung um 4 u. 8 1/2 Uhr. Entree: I. Platz 1 Bl., II. Bl. 50 Pf., III. Bl. 25 Pf. Kinder unter 10 Jahren und Militär ohne Charge zahlen auf I. u. 2. Pl. die Hälfte, dem 3. Pl. 15 Pf.
Die Direktion: Froese.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
E. S. 29, Hamburg
Filiale Berlin VI.
Versammlung
am Sonnabend, den 18. Januar, abends 9 Uhr.
bei Diako, Adlerstr. 123.
Tagesordnung: 1. Kassenbericht. 2. Jahresbericht. 3. Aufstellung der Kandidaten zur diesjährigen Generalversammlung. 4. Verschiedenes.
21006 Die Treiberverwaltung.

Bilderrahmenmacher!
Da es bis jetzt nicht gelungen ist, eine Neugründung des Vereins zu Stande zu bringen, so bitten wir die Kollegen zu einer **nochmaligen Zusammenkunft**
am Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr, Gräberstr. 8 bei Wolter.

Möbelfabrik Nord-Ost
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Freitag, den 31. d. M., abends 6 Uhr, im Geschäftsbüro, Tilsiterstr. 70:
General-Versammlung
Tagesordnung:
1. Bilanz. 2. Berichterstattung über halbjährliche gerichtliche Revision. 3. Wahl des Vorstandes und Aufsichtsrates. 4. Geschäftliches. 20956
Der Vorstand:
Schroder, Rühl.
Zur Beachtung! Die Bilanz liegt den Genossen zur Einsicht im Comptoir, Tilsiterstr. 70, aus.

Cirkus A. Schumann.
Freitag, den 17. Januar 1902, abends 7 1/2 Uhr:
Gr. ausserord. Vorstellung
u. a.: Die großartigen Januar-Specialitäten.
Neu! Troupe Mirza Golem.
Neu! Jeux scarious auf Kameln.
Neu! Die phänomenale Orig.-Bycicle-Renn-Truppe v. Alhambra-Theater in London.
Neu! Die unheimlichen musikalischen Clowns Elm-Bom.
Dir. Alb. Schumanns neueste Original-Treffsachen.
Herner: Clown Kolp, der Unvergleichliche Original-Clown Bojanowski, der unheimliche Berliner. Die phänom. 4 Jockeys. Gelehr. Daffu. Akrobaten zu Pferde. Wlle Eugenie. Wlle Kida. Wlle Antoinette. Barforce-Reiterinnen usw. - Zum Schluss zum 104. Male: Das größte und glänzendste Nansen-Schneefeld in 8 Akten.

Quer durch Paris.
Sonntag: 2 große Vorstellungen. In beiden Vorstellungen die großart. Januar-Specialitäten. In beiden Vorstellungen **Quer durch Paris.** Nachmittags 1 Kind frei.

Brauerei Germania
Aktien-Gesellschaft
Berlin O. 34
Frankfurter Allee 53
Teleph. Amt VII 2645
empfehlen für **1,50** frei Haus

18 Fl. 1/10 Lagerbier (31412*)
15 Fl. 1/2 Lagerbier
15 Fl. 1/10 Pilsener Art
15 Fl. 1/10 Münchener Art
15 Fl. 00 Weissbier
20 Fl. Doppel-Weissbier.

Charlottenburg.
M. Schmerberg (31402*)
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Hymnacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Obrischer herben schmerzlos geflochten.

Herren-Kragen,
rein leinen, garantiert 1fach, feinste neue Facons in allen Weiten Stück 15 Pf., Vorrat reich.
Gezeichnete Kragen
per Dutzend 3 M. u. 3 M. OPf.
Manschetten, prima, garantiert 4fach, 1/2 Dutzend 2,25 Mark.
Oberhemden, Serviteurs, Krawatten in größter Auswahl. Trikots, Strümpfe, Detailverkauf zu Engros-Preisen. 32402*
Ernst Marcuse, Mühlstr. 23.
Blutige Hasen Mk. 2,75.
Wildfleisch 25, 30, 40 Pf. Stück 50 Pf.
Reh- Huden und Blätter.
Gänse, Puten Bd. 70, Enten.
A. Ritschl, Treppenstr. 61.

Zum Wahlvollzug bei den preussischen Landtagswahlen.

Wir werden um die Veröffentlichung folgender Anregungen ersucht:

Mit vollem Recht hat Eugen Richter einst gesagt: „Das Wahlgesetz für den preussischen Landtag ist miserabel, aber die Art, wie der Vollzug des Gesetzes geordnet ist, ist noch miserabler.“

Wenn nun auch bei der heutigen Zusammenfassung des preussischen Landtags an eine Abänderung der verfassungsmäßigen Bestimmungen betreffs der Landtagswahl nicht zu denken ist, so dürften doch erhebliche Erleichterungen bezüglich des Wahlvollzugs zu erreichen sein, zumal da die große Masse der Wähler aller Parteien unter der bisherigen Art des Wahlvollzugs zu leiden hat. Solche Abänderungen aber können teils durch einfaches Reglement seitens des Ministeriums, in größerer Ausdehnung durch Gesetz ohne Verfassungsänderung herbeigeführt werden. Mindestens wäre es Sache der liberalen Parteien im Abgeordnetenhaus, eine Anregung in diesem Sinne zu geben.

Die Verfassung bestimmt zunächst die Zahl der Abgeordneten; die Wahlbezirks-Einteilung ist ebenfalls gesetzlich festgelegt. Die Verfassung bestimmt weiter die indirekte Wahl, die Zahl der Wahlmänner, die Wahl der Wahlmänner nach Klassen aus dem betreffenden Urwahlbezirk und die Wahl der Abgeordneten durch die Wahlmänner der drei Klassen. Das Nähere über die Ausführung der Wahlen bestimmt das Wahlgesetz. (Verfassung Artikel 72.) Das Wahlgesetz gehört zu den in der obzitierten Verfassung „verbürgerten“ Gesetzen, die bisher (in mehr als 50 Jahren) nicht in Angriff genommen worden sind. Bis zum Erlaß eines Wahlgesetzes findet die Wahl statt auf Grund einer Verordnung vom 30. Mai 1849. Nach Ansicht der Staatsrechtler kann diese Verordnung vor Erlaß eines Wahlgesetzes nicht außer Kraft gesetzt oder abgeändert werden, da ihre Gültigkeit bis dahin in § 115 der Verfassung ausgesprochen sei. Steht man sich selbst auf diesen Standpunkt, so giebt es zwei Möglichkeiten, den Wahlvollzug abzuändern. Entweder kam man auf Erlaß eines Wahlgesetzes bestehen — in einem solchen könnte außer anderen Verbesserungen, die noch einfacher zu ermöglichen sind, vor allen Dingen ein geheime Wahl bestimmen; ferner das lästige Zusammentreten der Wahlmänner beseitigt werden. Oder man kann einfach verlangen, daß das Ministerium das auf Grund der Verordnung § 32 erlassene Wahlreglement (das jetzt gültige stammt aus dem Jahre 1893) abändere. Hierdurch könnte vor allen Dingen der Vollzug der Wahl zu bestimmter Stunde beseitigt werden. Jedermann weiß, daß die schwache Beteiligung an den Landtagswahlen hauptsächlich dadurch verschuldet wird, daß bei dem heutigen Verfahren mindestens ein halber Arbeitstag verloren geht, ja, daß große Schichten der Bevölkerung von der Ausübung ihres Wahlrechts völlig ausgeschlossen sind, wenn nicht der ganze Verkehr und die „öffentliche Sicherheit“ gefährdet werden soll — wir erinnern nur an die Straßenbahnkassierer und Wagenführer, die Post-, Eisenbahn- und Polizeibeamten, Feuerwehrlente etc., wobei wir schon annehmen, daß Industrie und Handel mit dem Ausfall mindestens eines halbtägigen durch Beteiligung ihrer Arbeiter und Angestellten an der Wahl einverstanden sind. Nicht unerwähnt mag bleiben, daß dem preussischen Staatsministerium eine rege Wahlbeteiligung Herzenswunsch ist — wer's nicht glaubt, schlage § 10 des erwähnten Wahlreglements nach. Nun spricht die Verordnung von 1849 nirgends davon, daß die Urwähler zu bestimmter Stunde zusammentreten und auf Namensaufruf ihr Wahlrecht ausüben sollen — sie sagt nur (§ 21): „Die Wahlen erfolgen abteilungsweise durch Stimmgebung zu Protokoll nach absoluter Mehrheit und nach den Vorschriften des Reglements“ (dessen Erlaß eben in § 32 dem Staatsministerium übertragen ist). Es wäre also dem Staatsministerium sehr wohl möglich, ohne jede Inanspruchnahme der Gesetzgebungsmacht durch einfache Abänderung des Wahlreglements eine Wahlordnung ähnlich der bei den Berliner Stadtverordnetenwahlen üblichen zu treffen, so daß jeder Wähler zu einer ihm passenden Stunde seine Abstimmung zu Protokoll geben kann; natürlich müßten dabei drei Listen — gefondert nach den Abteilungen geführt werden. Es würde wohl eine Anregung im Abgeordnetenhaus genügen, um eine so einfache Verbesserung herbeizuführen, die dem Staatsministerium wie der großen Mehrheit aller Parteien gleichmäßig willkommen sein dürfte.

Freilich vermag sich eine wortklaubersche Logik gegen diesen Vorschlag hinter gewisse Wendungen in der Verordnung von 1849 zu verbergen. § 22 der Verordnung spricht von der „Wahlversammlung“. („In der Wahlversammlung dürfen weder Diskussionen stattfinden, noch Beschlüsse gefaßt werden.“) Dem kann entgegengehalten werden, daß der Begriff der Versammlung durchaus nicht die ständige Abwesenheit aller Teilnehmer voraussetzt — bestimmt doch das Wahlreglement von 1893 in § 13: „Später erscheinende Urwähler melden sich bei dem Wahlvorsteher und können an den noch nicht geschlossenen Abstimmungen teilnehmen.“ Wird also nach einem neuen Reglement die „Wahlversammlung“ und die Abstimmung erst um 8 Uhr abends geschlossen, so können eben bis 8 Uhr erscheinende Wähler ihre Stimme abgeben. Das dauernde Bestehen der „Versammlung“ ist durch den Wahlvorstand gewährleistet. (Wahlvorsteher, Protokollführer, 3 bis 6 Beisitzer; in Preußen kennt man kleinere „Versammlungen“.) Ein Einwand aus § 23 der Verordnung von 1849 ist noch einfacher zu erledigen. § 23 bestimmt: „Ergiebt sich bei der ersten Abstimmung keine absolute Stimmenmehrheit, so findet die engere Wahl statt.“ Erst das Reglement bestimmt, daß die engere Wahl sofort und wie sie stattfinden hat. Es steht also nichts im Wege, daß ein neues Reglement auch hier Bestimmungen ähnlich den für die Berliner Stadtverordnetenwahlen geltenden trifft.

Wir fassen zusammen: Durch einfache Verfügung des Staatsministeriums kann ohne Inanspruchnahme der Gesetzgebung wenigstens der schwere Zeitverlust, den die Urwähler nach bisherigem Verfahren mit sich bringen, beseitigt werden. Durch Erlaß eines Wahlgesetzes kann ohne Abänderung der Verfassung außer dieser und einigen kleineren Verbesserungen noch die geheime Abstimmung herbeigeführt werden (wie bei der Reichstagswahl, nur mit 3 Urnen für die 3 Abteilungen).

Dr. Leo Arons.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Arbeiter Charlottenburg! In dem Aufsatz zur Beteiligung an der Verbreitung eines Flugblattes zur Gewerbezeitung „Wahl muß es unter den angegebenen Vorkäufen nicht heißen: Petric, Pestalozzistraße, sondern Petric, O e t h e Straße 33.

Deutsches Reich.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells in Magdeburg bezeichnet es als einen Irrtum, daß das Arbeitsekretariat in Magdeburg am 1. Juli 1902 in Kraft tritt. Wichtig ist nur, daß das alte Bureau an diesem Termin einzieht. Bestimmtes über dann zu treffende Maßregeln könne erst nach dem 1. April bekannt gegeben werden.

Erfreuliche Fortschritte hat nach in der Generalversammlung derselben gemachten Feststellungen in den letzten Jahren die Zahl der Mitglieder des Verbandes der Pommer gemacht. Im Jahre 1894 betrug die Mitgliederzahl 154; 1895: 420; 1897: 982.

1898: 1087; 1899: 1103; 1900: 1527; 1901: 1150. Im letzten Jahre ist allerdings ein Rückgang gegenüber dem Vorjahre zu verzeichnen. Das ist wohl zum großen Teil auf die Arbeitslosigkeit, die sich im Winter bereits im Sommer bemerkbar machte, zurückzuführen.

Die lieben Ausländer. Die 200 Italiener, Kroaten, Südtiroler usw., welche beim Dneisthalperren-Bau in Markfla beschäftigt sind, haben ihre Forderungen mit solchem Nachdruck vertreten, daß die minder beliebten deutschen Arbeiter sich durch ein solches Aufsitzen den schönsten Landfriedensbruch auf den Hals geladen hätten. Schon die Wurzere der dem Streik vorangehenden Nacht schickten wurden durch die übrigen Arbeiter am Weiterarbeiten gehindert und durch Drohungen vom Platte gedrängt. Der in Markfla stationierte Wachtmeister war der erregten Arbeitermassen gegenüber vollständig machtlos. Sofort wurde das Kreis-Landratsamt, sowie der zuständige Amtsvorsteher von dem Czecy telegraphisch in Kenntnis gesetzt. Der Amtsvorsteher erschien bald am Ort und Stelle, ebenso traf bald die Gendarmen des Kreises ein. Über die Leute ignorierten die Anweisungen der Gendarmen keineswegs; sogar die Fenster des bei der Thalsperre errichteten Comptoirs wurden eingeworfen. — Was die Forderungen der Leute anbetrifft, so sind sie selbstverständlich völlig berechtigt. Man hat sie ihnen denn auch im vollen Umfang bewilligt. Wegen Ausländer kann man ja nicht so rigoros vorgehen, wie gegen Deutsche; man müßte sonst zu inländischen Arbeitern greifen, die selbst bei der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit theurer wären; selbst wenn sie ihren Forderungen auf icoeniger drastische Art und Weise nachgeben als die lieben Ausländer. Nur eines dürfen die Ausländer nicht: sich organisieren und die selben Lohnbedingungen wie Inländer stellen; dann werden sie auf den Schuh gebracht.

In der thüringischen Porzellanindustrie scheinen heftige Kämpfe bevorzustehen und zwar hat man es ganz im Geiste eines Stimmens auf die Sprengung der Arbeiterorganisation abgesehen. Was der Millionär Hebe für die Glasindustrie, das ist, wenn auch nicht gerade in diesem Maßstabe, der Generaldirektor Wänzli in Saal a. S. u. für die thüringische Porzellanindustrie. Die Gesellschaft, an deren Spitze er steht, besitzt verschiedene Fabriken, so auch die Porzellanfabrik Hermsdorf, in der fast ausschließlich die Isolatorn zu den Telegraphen- und Telephonleitungen hergestellt werden. Seit ziemlich Jahresfrist werden dort systematisch die organisierten Arbeiter entlassen und nach Möglichkeit durch ungelernete Arbeiter ersetzt. Ein Beweis dafür, daß es auf die Schwächung der Organisation abgesehen war, ließ sich jedoch nicht erbringen. Das ist jetzt anders geworden; die Kritik macht sich fühlbar und nun wird mit offenen Karten gespielt. Der Generaldirektor Wänzli hat den Arbeitern eröffnet, daß sie entweder ihrer Organisation den Rücken zu kehren haben, oder so noch und noch entlassen werden. Auf erhobene Vorstellungen erklärte der Generaldirektor, daß er sich bei einer konventionellen Strafe von 100 000 M. verpflichtet habe, keinen organisierten Arbeiter mehr zu beschäftigen. Wenn der Mann seine Absicht wahr machte, dann dürfte ein heftiger Kampf entbrennen, denn die Arbeiter sind dort sehr gut organisiert und werden sich der Laune des Generaldirektors nicht ohne weiteres fügen. Bemerkenswert ist, daß in der Gesellschaft, die seit Jahren schon eine Dividende von 30 Proz. verteilt, die ihren Generaldirektor faktisch entlohnt, keinerlei Forderungen gestellt wurden, im Gegenteil, die Arbeiter haben in der letzten Zeit sogar geringere Lohnreduktionen sich gefallen lassen. Ohne jeden äußeren Anlaß soll hier ein Kampf vom Hause gebrochen werden, dessen Ausgang noch nicht abzusehen ist.

Achtung, Bütcher! Die Deutsch-amerikanische Petroleum-Gesellschaft in Dresden sucht in verschiedenen Städten Deutschlands Bütcher, obwohl am Orte meisthaft Arbeitervereine vorhanden sind, nämlich nur organisierte Arbeiter wie Arbeitnehmer haben in Dresden einen gemeinschaftlichen Arbeitsnachweis, den die obgenannte Gesellschaft nicht anerkennt. Wer also bei dieser Gesellschaft Arbeit nimmt, erhält in Dresden anderwärts niemals Arbeit.

Die Münchener Schneider haben sich vor 8 Jahren einen Lohnzettel erlangt, durch den der alte Salendrian beseitigt wurde, daß es dem Erntesten des einzelnen Meisters anbelegte war, was er am Sonnabend dem Gehilfen an Lohn zahlen wollte. Dieser Tarif läuft nun demnach ab und die Herren Arbeitgeber bereiten sich schon jetzt darauf vor, die bevorstehende Revision deselben entweder zur Lohnrückerei oder aber zur Wiedereinführung der Lohn-Anarchie auszunutzen. Der „Münchener Post“ hat der bekannte „günstige Wind“ ein Circular an die Arbeitgeber auf den Tisch geweht, in dem über das Verhalten derselben gelegentlich des Tarifablaufs eine Anzahl Fragen gestellt werden. Die „interessantesten“ derselben lauten: Halten Sie die Klassenstellung für das Schneidergewerbe im allgemeinen für nützlich oder ziehen Sie dieser die Tariffreiheit vor? Sind Sie mit der Klasse, in der Sie sich jetzt befinden, zufrieden, oder wünschen Sie in Anbetracht der von Ihnen verlangten Leistungen in eine niedrigere Klasse derselben zu werden? Würden Sie in einen Streik eintreten, um niedere Tarife zu erringen? Würden Sie sich einer vom Vorstand verfügten Sperre anschließen, wenn eine Firma des Verbandes in die höhere Klasse versetzt wird? — Das interessante Dokument, das so die Hergegenstände des Unternehmertums offenbart, ist gerade noch zur rechten Zeit veröffentlicht worden, um die Gehilfen auf den Kampf vorzubereiten, dem sie augenscheinlich entgegengehen.

Ausland.

Der Streik der dänischen Dampfschiffs-Heizer. Am Montag trafen in Kopenhagen 13 dänische Heizer ein, die die Heizer in London angeworben hatten. Die Leute wurden in dem für die Aufnahme der Streikbrecher bereit liegenden Schiffe im Freibafen einquartiert. — 14 schwedische, norwegische, deutsche und finnische Heizer, die am Sonnabend in Esbjerg eintrafen und die für die zwischen Esbjerg und London verkehrenden Schiffe angeworben waren, weigerten sich, die Arbeit aufzunehmen, als sie erfuhren, daß die dänischen Heizer streiken. Sie waren von dem Londoner Agenten über die in Dänemark herrschenden Verhältnisse getäuscht worden. 10 von den Heizern, die ans Land gingen, wurden von der Polizei wieder an Bord gebracht. Der forenede Dampfschiffs-flekt, diejenige Gesellschaft, die eine Hauptrolle bei diesem Streik spielt, hat im verfloffenen Jahre ein glänzendes Geschäft gemacht und einen Ueberschuß von 4 131 057 Kr. erzielt. Sie verteilte an ihre Aktionäre 10 Proz. Dividende. Außerdem wurden für Abschreibungen und für den Reservefonds 2 152 591 Kr. verwandt. — Es wird fortwährend vor Zugung von Heizern und Seeleuten nach Dänemark gewarnt.

Der langwierige Streik in der Waggonfabrik zu Kribs in Schweden ist jetzt endlich nach 14 monatlicher Dauer beendet und zwar zu Gunsten der Arbeiter. Es ist ein Uebereinkommen zwischen der Arbeitergesellschaft einerseits und dem „Schwedischen Holzarbeiter-Verband“ sowie dem „Schwedischen Eisen- und Metallarbeiter-Verband“ andererseits zu stande gekommen, wodurch das Koalitionsrecht voll anerkannt wird. Sämtliche ausgesperrten Arbeiter sollen, soweit sie sich innerhalb 14 Tagen melden, wieder eingestellt werden. Sämtliche während des Konfliktes eingestellten Arbeiter werden entlassen. Die von den beiden Arbeiterorganisationen über die Fabrik verhängte Sperre ist aufgehoben.

Der günstige Ausgang dieses kussischen erregenden Konfliktes erscheint uns so erfreulicher, wenn man in Betracht zieht, daß von dem früheren Leiter des Unternehmens in rückwärtsloster Weise alle Mittel zur Verwirklichung der Organisation angewandt wurden, während die Bewässerung Kribs und des nahen Malms die Auswändigen aufs eifrigste unterstüzte und die Streikbrecher samt ihrem Prinzipal hochtrotzte, sie förmlich auszuhungern suchte. —

In Palermo haben die Metallarbeiter einer großen Eisengießerei die Arbeit niedergelegt; die andern Arbeiter haben sich mit ihnen solidarisch erklärt. Es handelt sich um einen Kampf um das Koalitionsrecht. — Die Kohlenräger im Hafen von Palermo streiken, weil die Unternehmer die Forderung auf eine erhöhte Lohnentschädigung für Sonntagarbeit abgelehnt haben.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Friedrichshagen. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, welche morgen, Sonnabend, abends 9 Uhr, bei Herrn E. Conrad, Friedrichstr. 137, stattfindet, wird sich mit den bevorstehenden Gemeindevorwahlen beschäftigen. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bericht der Gemeindevorwahlen. Das sozialdemokratische Gemeinde-Wahlprogramm. Aufstellung von Kandidaten zur Gemeindevorwahlen. Wahl eines Wahlkomitees. Wahl eines Beisitzers zum Vorstande. Aus der interessanten Tagesordnung werden die Parteigenossen erfahren, wie notwendig ihr Erscheinen in der Versammlung ist. — Das Mandat des Gen. Sonnabendburg läuft mit dem 1. April d. J. ab und es hat für ihn eine Neuwahl stattzufinden. Von bürgerlicher Seite scheidet der Baumunternehmer Herr Thiemer aus der Vertretung. Die Thätigkeit dieses Herrn während der abgelassenen Wahlperiode wird wahrscheinlich in obiger Versammlung einer eingehenden Kritik unterzogen werden und an den Wählern der 3. Abteilung des 1. Bezirks wird es liegen, ob dieser Herr sein Mandat noch fernere 6 Jahre ausüben soll.

Reinickendorf. Die Wählerlisten zu den Gemeindevorwahlen liegen von 10 bis 3 Uhr im Rathaus aus. Wähler, die verhindert sind, die Listen einzusehen, mögen ihre letzte Steuererklärung für Ostern beim Restaurateur H. Kupierer, Provinz- und Granatenstraßen-Ecke, sowie beim Restaurateur Hädel, Gesellschaftsstraße 33, abgeben; für den Resten bei U. Engel, Eichhornstraße 73—74.

Der Wahlverein hält Sonnabendabend 8 1/2 Uhr bei Reubaum, Hansottstr. 43 seine Generalversammlung ab. Gen. Koyke referiert über das Thema „Junler und Bauer“.

Lokales.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Es bleibt also dabei, daß die Stadt Berlin den Unbemittelten die Verpflegung im Krankenhaus nur gegen den Verlust des Wahlrechts gewährt, wenn ihr der Betrag der Verpflegungskosten nicht sofort bar auf den Tisch gelegt werden kann. Angeblich hat weder der Magistrat noch die Stadtverordneten-Versammlung einen Weg zu finden vermocht, auf dem sich die Entziehung des Wahlrechtes umgehen ließe. Einen solchen Weg hatte der sozialdemokratische Antrag zu zeigen versucht, der das Recht der unentgeltlichen Krankenhaus-Verpflegung für diejenigen Personen forderte, die den Unterhaltungs-Wohnsitz haben. Der Ausschuß, dem dieser Antrag zur Vorberatung überwiesen worden war, hatte ihm mit der Einschränkung zugestimmt, daß zuvor eine ausreichende Zahl von Krankenhäusern vorhanden sein müsse, und empfahl für die Zwischenzeit gewisse Erleichterungen in der Verpflegung der Verpflegungskosten. In der Versammlung fand sich für diese Vorschläge keine Mehrheit. Dagegen sprachen die Stadtverordneten Witow von der „Fraktion Kommunisten“ und Louis Sachs von der „Fraktion der Linken“. Herr Sachs rechnete der Versammlung vor, was für ungeheuerliche Summen die Ausführung der Vorschläge kosten würde. Unser Genosse Stadthagen konnte diese „Beweisführung“ mit leichter Mühe zerpfücken, aber hinterher zeigte Herr Cassel, der Fraktionskollege des Herrn Sachs, daß nicht bloß die Pflicht vor den Kosten, sondern noch mehr die Mühsicht auf das liberale Prinzip die Gewährung einer unentgeltlichen Krankenhauspflege in dieser Form verbiete. Das Ergebnis der mehr als dreistündigen Debatte war die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, für den außer unsren Genossen nur noch die „Neue Fraktion der Linken“ eintrat. Der unentwogene Kommunalstreik der Cassel und Konforten hatte sich wieder einmal in seinem ganzen Glanze gezeigt.

Die fliegenden Klassen.

In den Gemeindevorwahlen sollen in diesem Winterhalbjahr 93 fliegende Klassen vorhanden sein. 63 steht wenigstens in der Uebersicht über die Gemeindevorwahl-Frequenz vom 1. November 1901, die der Magistrat der Stadtverordneten-Versammlung hat zugehen lassen. Bei genauerem Zusehen merkt man aber, daß hier etwas nicht stimmt. Als fliegende Klassen galten früher solche Klassen, die kein eigenes Zimmer haben, die genötigt sind, ein zufällig unbesetztes Zimmer einer andern Klasse oder die Aula zu benutzen. Seit einiger Zeit werden indes diejenigen Klassen, die eine Aula benutzen, nicht mehr zu den fliegenden gezählt. Gegenwärtig muß in 10 Gemeindevorwahlen die Aula als Unterrichtsraum für eine unterklasslose Klasse dienen. Werden die in Frage kommenden 10 Klassen zu den fliegenden gezählt, wie es früher stets üblich war und mit vollem Recht geschah, so haben wir in dem laufenden Winter-Halbjahr nicht 93, sondern 73 fliegende Klassen. Aber auch 73 ist noch nicht die richtige Zahl. Seit dem vorigen Jahre ist die 247. Gemeindevorwahl in dem von der 3. mit der 208. Gemeindevorwahl benutzten Schulhause Petersburgerstr. 4 mit untergebracht, so daß hier drei Schulen sich in die nur für zwei Schulen Platz bietenden Räume teilen müssen. Hier steigt also eigentlich eine ganze Schule. In der Frequenzübersicht für den 1. November 1901 ist aber merkwürdigerweise bei dieser aus 20 Klassen bestehenden Schule keine einzige Klasse als fliegende bezeichnet. Wären die fliegenden Klassen, die sich hier vorfinden, mitgezählt, so beliefe sich die Zahl aller fliegenden Klassen nicht auf 63 und auch nicht auf 73, sondern auf mindestens 90. —

Die Verteilung der fliegenden Klassen über die einzelnen Stadtteile ist wieder sehr interessant. Wenn wir uns nur an die in der Uebersicht aufgeführten 63 Klassen halten, so ist gegenwärtig der ganze Westen, Südwesten und Süden völlig frei von fliegenden Klassen. Auch im Centrum findet sich nur noch eine fliegende Klasse (Gipsstraße). In dem ganzen Südosten sind nur vier anzutreffen, je eine in der Stalhoferstraße und in den drei Schulen der Köpckestraße. Reicher an fliegenden Klassen ist dagegen der Osten. Je eine findet sich in der Stralauer Allee und in der Dammstraße, sodann zwei in der Remelerstraße, zwei in der Gubenstraße, eine in der Lützowstraße, drei in der Tilsiterstraße, drei in der Frankfurter Allee, drei in der Petersburgerstraße (ungerechnet die Klassen der fliegenden Schule), so daß allein vor dem Frankfurter Thor gegenwärtig 14 fliegende Klassen vorhanden sind. Im Nordosten hat in der Elbingerstraße eine Schule gleich 6 fliegende Klassen, außerdem die in der Georgenkirchstraße eine fliegende Klasse. Der Norden hat in der Schönhauser Vorstadt 3 fliegende Klassen (je eine in der Weisenburgerstraße, Danzigerstraße und Schönhauser Allee); in der Rosenhaler Vorstadt östlich der Dammstraße 15 fliegende

1 in der Schwedterstraße, 3 in der Muppinerstraße, 2 in der Kulkauerstraße, 5 in der Dammmerstraße, 4 in der Graunstraße und westlich der Brunnenstraße sechs stehende (drei in der Straligerstraße, zwei in der Stralunderstraße, eine in der Gartenstraße); auf dem Wedding stehen stehende (in den fünf Schulen der Müllerstraße). Der Nordwesten ist jetzt ziemlich frei von stehenden Klaffen; es finden sich hier nur vier (je eine in der Schornhorst-, Wittfoder-, Siemens- und Roskoderstraße).

Gegenüber dem Sommer 1901 haben sich die stehenden Klaffen, soweit sie in den amtlichen Uebersichten aufgeführt sind, um neun vermindert. Für den Sommer 1902 stellt der Magistrat eine weitere Verminderung in Aussicht, weil zum 1. April die Fertigstellung neuer Schulhäuser zu erwarten sei, Wollen's hoffen!

Das Gewerbegericht Berlin im Jahre 1900/01.

Beim Berliner Gewerbegericht haben sich die gewerblichen Streitigkeiten auch im Jahre 1900/01, wie der jetzt vom Magistrat veröffentlichte Geschäftsbericht des Vorsitzenden, Herrn v. Schulz, ergibt, wiederum vermindert. Als Ursache nennt der Bericht diesmal, neben der durch die Handwerker-Revolution von 1867 bewirkten Zunahme der Verurteilungen von Prozessen vor das Innungschiedsgericht, hauptsächlich die wirtschaftliche Krise. Wenn das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage bedeutend übersteigt, dann sind, so wird in dem Bericht ausgeführt, die Arbeiter bemüht, Differenzen mit ihren Arbeitgebern, die zu anderen Zeiten zu Prozessen und Arbeitsniederlegungen führen würden, in friedlicher Weise zu erledigen, weil sie befürchten müssen, andre Beschäftigung schwer wieder erhalten zu können. — Im ganzen gingen im Jahre 1900/01 (im Klammer die Zahlen für 1899/00) bei dem Gewerbegericht 11 533 (12 630) Klagen ein; daneben noch weitere 305 (206) Schriftsätze, die aber außer Betracht bleiben müssen, weil sie unvollständig waren oder weil bei ihnen die Inanspruchnahme des Gewerbegerichts sofort erkannt wurde. Da 497 (511) der Klagen vor dem ersten Termin erledigt werden konnten, so blieben für die Rechtsprechung 11 036 (12 119) Klagen übrig. Die Kläger waren nur bei 632 (640) der überhaupt eingegangenen Klagen Arbeitgeber, bei 10 901 (11 900) Arbeitnehmer. 3188 (2387) der Arbeitnehmerklagen waren von Frauen angestrengt worden. 23 (18) mal handelte es sich um Klagen zwischen Arbeitnehmern desselben Arbeitgebers. Der Streitgegenstand war höchstentweder Lohn bei 6721 (6845) der eingegangenen Klagen, Entschädigung wegen unberechtigter Entlassung bei 4802 (5118), Herausgabe von Werkzeugen, Arbeitsbüchern usw. bei 474 (530), Ausfertigung eines Arbeitszeugnisses bei 335 (350), Schadenersatz bei 304 (262), Wiederannahme der Arbeit bei 82 (98), Auflösung oder Fortsetzung des Lohnverhältnisses bei 49 (76) usw., usw. Die Geldansprüche, um die es sich bei den meisten Klagen handelte, betragen 5308 (5395) mal bis 20 M., 3525 (4049) mal 20—50 M., 1773 (1711) mal 50—100 M., 603 (641) mal über 100 M. Der niedrigste Betrag war 32 (30) Pfennig, der höchste 1170 (1400) M. In den 11 036 (12 119) für die Rechtsprechung verbliebenen Klagen waren die einzelnen Kammern in folgender Weise beteiligt: I. Schneiderei und Käferei 2379 (2367), II. Textil-, Leder-, Fuhndindustrie 783 (875), III. Baugewerbe 1049 (1193), IV. Holz- und Schnitzstoffe 708 (1364), V. Metalle 1348 (1402), VI. Rahmung, Beherbergnung, Erquickung 2405 (2471), VII. Handel und Verzehrgewerbe 1324 (1421), VIII. Allgemein 980 (966). Von diesen Klagen wurden erledigt: Durch Vergleich 5755 (6372), durch Verzicht 0 (8), durch Zurücknahme oder Anhebenlassen 2669 (2745), wovon 718 (563) zur Kompetenz des Innungs-Schiedsgerichts gehörten und an dieses abgegeben wurden; ferner durch Auerkenntnisurteil 40 (23), durch Versäumnisurteil 988 (980), durch kontraktorisches Urteil 1102 (1386); noch unerledigt blieben 482 (605) Klagen. Die Erledigung erfolgte nur in 2919 (3457) Fällen durch die Kammern selber in einer Verhandlung mit Zeugnissen. Gewonnen wurden von 43 (92) Arbeitgeberklagen, die zum kontraktorischen Urteil gelangten, 37 (53) durch die Arbeitgeber, d. h. 86 (57 1/2) Proz., von 1039 (1320) zum kontraktorischen Urteil gelangten Arbeitnehmerklagen 466 (844) durch die Arbeitnehmer, d. h. 45 (63 1/2) Proz. Der Ausfall war, wie fast in jedem Jahre, für die Arbeitgeber verhältnismäßig viel günstiger als für die Arbeitnehmer. Nur im vorletzten Jahre war das Verhältnis ausnahmsweise einmal umgekehrt gewesen. In dem Ergebnis des Jahres 1900/1901 hebt der Bericht wiederum hervor, daß die Verdächtigungen der Unparteilichkeit des Gewerbegerichts, die in den letzten Jahren von den Unternehmern und ihren Verhörorganen verbreitet worden sind, durch die Zahlen widerlegt werden.

Als Einigungsamt hat das Berliner Gewerbegericht im Jahre 1900/01 (bzw. im Vorjahre 1899/00) bei 23 (31) Streits fungiert. Bei 2 (9) dieser Streits war es von keiner der streitenden Parteien angerufen worden, bei 6 (14) nur von einer Partei, darunter 5 (12) mal von den Arbeitnehmern und nur 1 (2) mal von den Arbeitgebern, ferner bei 15 (8) Streits von beiden Parteien.

Die Konsumgenossenschaften Berlins und der Umgegend,

soweit sie eingetragene Genossenschaften sind, haben ihr zweites resp. drittes Geschäftsjahr hinter sich. Die Rechnungsabläufe weisen, wenn man die örtlichen Verhältnisse, die Kabatt-, Sparvereine u. und die gedrückte wirtschaftliche Lage der Arbeiter in Betracht zieht, immerhin ein sehr günstiges Resultat auf. Hochstehende Zahlen geben ein Gesamtbild der Konsumgenossenschaftsbewegung. Die Konsumvereine vermehrten sich von fünf auf acht; die Verkaufsstellen um elf, nämlich von zehn auf 21; zur Zeit bestehen 31 Verkaufsstellen. Die Mitgliederzahl stieg von 1783 auf 8240 (462,24 Proz.), zur Zeit beträgt sie ca. 11 000; der Umsatz stieg von 223 048,12 M. auf 805 884,24 M. (362,42 Proz.). Der Reingewinn betrug 42 710,20 und hob sich um 5,30 Proz. Der Reservefonds beläuft sich auf 6455,69 M., das Betriebskapital auf 62 980,75 M. Insgesamt wurden etwa 250 Waggons Kohlen umgesetzt. Angestellt sind 71 Personen; Die Gehälter der Verwaltungsmitglieder betragen 1800 bis 2400 Mark, die der Lagerhalter 1700—2200 Mark jährlich, die der Verkäuferinnen 70—90 M. monatlich. Die Geschäftszeit dauert in den meisten Vereinen von 8—1 Uhr und 3—8 Uhr; Sommers bis 9 Uhr; Sonntags ist überall geschlossen. Invaliditäts- und Krankenversicherungs-Beiträge werden von den Vereinen getragen. Sämtliche Konsum-Genossenschaften sind der Großeinkaufs-Gesellschaft angeschlossen.

Verchiedenes Gezeig wird gegenwärtig wieder an den Straßen feilgeboten und gekauft. Unter allen fallen besonders die Zweige einer Mimose u. a. durch ihre prächtigen eitrigen Blütenstände zwischen hübschgeformten mehrlappigen Blättern auf. Die Gewächse stammen der Nordküste Afrikas, werden in Frankreich und Italien zahlreich kultiviert und von da zu uns in den Handel gebracht. Während die Zweige lediglich ihrer Schönheit wegen als Zimmerdecoration dienen, haben die neben ihnen feilgebotenen Enkalyptus-Ärten zugleich sanitäre Bedeutung. Sie kommen ebenfalls aus dem südlichen Europa, wo der Australien entstammende Baum durch französische Mönche ursprünglich zur Austrodrainage und Ueberwindung des miasmatischen Bodens und durch die aromatischen ozonierenden Ausdünstungen seiner Blätter zur Verbesserung der verheerenden Sumpflust der römischen Campagna gepflanzt wurde.

Welche der fast hundert Arten zählenden Gattung die Fieberlust am kräftigsten abfordert, ist nicht erwiesen, auch die Heilkraft des Extraktes aus Blättern und Rinde scheint nicht absolut festzustellen; denn die römischen Ärzte zuden die Äpfeln, wenn die Rede auf das Enkalyptus als Heilmittel gegen das Sumpffieber kommt, wogegen es doch als Hausmittel allgemein gebraucht wird. Die Pflanzung, darin ein billiges Surrogat gegen das teure Chinin für die

arme italienische Bevölkerung gefunden zu haben, ist frommer Wunsch geblieben.

Der Name Enkalyptus bedeutet „Schönwäucher“ und ist nach der eigenartigen Bildung des Kelches, dessen oberer Teil geschlossen ist und sich von der Höhle in einer Kreislinie deckelförmig abbläst, gewählt. Sie hat Ähnlichkeit mit einer der wertvollsten Fruchtbildungen überhaupt, nämlich mit der des nach ihr benannten „Tropfbaumes“, die kugelförmig wird und an der die den Fruchtknoten bedeckende Scheibe sich in Form eines Tropfdeckels abhebt.

Vielmehr sind die Enkalypten als Luftverbessernde Zimmerpflanzen empfohlen worden; ja die gärtnerische Spekulation ging so weit, ihnen spezifische Heilkräfte gegen Typhus und alle möglichen Infektionskrankheiten anzudichten, um die Ware möglichst vorteilhaft abzusetzen. Jedenfalls handelt man klug, zunächst durch gründliche Ventilation für gute Zimmerluft zu sorgen, als dies von einigen Tropfbäumen zu erwarten. Da indes das Enkalyptus ein frisches, leicht zu ziehendes Gewächs ist, sehen wir nicht ein, warum wir ihm bei dem ihm vorausgehenden guten Rufe als „Ozonerzeuger“ nicht ein Plätzchen im Zimmer gönnen sollten. Eine Art, in vielen größeren Gewächshäusern zu finden, duftet stark nach Citronen. Sie bietet den Vorteil, daß sie die Fliegen und Mücken vertreibt. In den letzten Tagen haben sich diesen Fremdlingen Willkürzweige heimischer Bäume: Eiben, Erlen, Weiden, Haseln, zugesellt. Sie wurden von den Wäldern geschüttelt, in lauem Wasser im warmen Zimmer „getrieben“. Ihre Entwidlung ist also keine natürliche. Sie gleichen frühreifen, um ihre Jugend betrogenen Wunderkindern.

Der Magistrat als Arbeitgeber. Aus wird aus den Kreisen der organisierten Gemeindearbeiter geschrieben: Recht eigentümlich berührt es die städtischen Arbeiter, wenn sie sehen, wie in der Zeit schwersten wirtschaftlichen Niederganges der Berliner Magistrat gleich den Privatunternehmern darauf ausgeht, bei den kleinsten Störungen in seinen Betrieben die überflüssigen Kräfte abzuschieben, trotzdem es bei irgend welcher überflüssigen Einteilung der Arbeitsgelegenheit leicht möglich wäre, diese für die Arbeiter harte Maßregel zu vermeiden. So kam am 2. Januar der Inspektor der 1. Betriebsinspektion zu dem Ober-Betriebsassistenten M. mit dem Ersuchen um Ueberlassung mehrerer Arbeiter.

Diesem Ersuchen wurde aus unbekanntem Gründen nicht Folge gegeben, so daß der Herr Inspektor gezwungen war, sich ein paar Leute von der Straße zu holen. Zwei Tage darauf, am 4. Januar, wurden nun aber von dem Ober-Betriebsassistenten Leute entlassen, angeblich wegen Mangel an Arbeitsgelegenheit. Daß solche eigentümlichen Vorgehensweisen nicht dazu angehen sind, die Arbeitsfreudigkeit der städtischen Arbeiter besonders zu heben, ist klar, wenn sie sehen, daß die Stadt Berlin auch nicht die geringste Rücksichtnahme alten und längere Zeit bei ihr beschäftigten Arbeitern gegenüber lemt. Staat und andre Kommunen sorgen bei der jetzigen großen Arbeitslosigkeit für Vermehrung der Arbeitsgelegenheit und nur die größte deutsche Gemeinde stellt ihre sozialpolitische Einsicht so tief in den Schatten. Hoffentlich bedarf es nur dieser Anregung, daß die städtischen Betriebe von weiteren Entlassungen Abstand nehmen.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir gleich auf eine andre uns zugegangene Beschwerde städtischer Arbeiter hinweisen. Die Desinfektoren der städtischen Desinfektions-Anstalt in der Reichenbergerstraße beklagen sich bitter über die Art und Weise, wie der Leiter der Anstalt bei allen Gelegenheiten ihnen gegenübertritt. Beschwerden sind so gut wie nutzlos, da bei den städtischen Betrieben der „Justanzweg“ eingeschlagen werden muß und die sich beschwerenden befürchten müssen, bei irgend einer Gelegenheit „retifiziert“ zu werden. Viel leicht sieht sich der Decoret der Abteilung, Herr Stadtrat Strahmann, einmal den Betrieb dieses Vorstehers etwas näher an.

Die Lage der Laternenanzünder. Man schreibt uns aus den Kreisen der Laternenanzünder: Unter der Epithete „Reform des Laternenanzünder“ bringt der „Vorwärts“ in seiner Dienstag-Nummer einen Artikel, dessen Schlusssatz lautet: „Die Veranlassung wird bei der Einführung der Fernzündung diese nicht plötzlich, sondern nach und nach anbringen lassen, wodurch es möglich werden wird, die städtischen Laternenanzünder, die jetzt nur stundenweise beschäftigt werden können, ständig in etwas verringerter Zahl als Laternenpuffer u. dergleichen zu beschäftigen.“ Bei den von unserer Seite in der letzten Zeit wiederholt gestellten Forderungen auf Erhöhung des Lohnes, denen auch von der Stadt vom 1. April ab in etwas Rechnung getragen werden soll, stützen wir uns gerade auf die Länge der Arbeitszeit, welche durch ihre Dauer eine bessere Bezahlung rechtfertigte. Um nun nicht in den Verdacht zu geraten, als ob wir bei einer „stundenweisen“ Beschäftigung die unverschämte Forderung einer Gehaltsforderung von jetzt 60, zukünftig 70 M. erheben, erscheint es notwendig, kurz die Arbeitszeit der Laternenanzünder hier kurz zusammenzufassen. Zum Anzünden sind durchschnittlich zwei Stunden nötig, zum Löschen wird dieselbe Zeit gebraucht. Das Putzen nimmt täglich drei Stunden in Anspruch. Ferner ist im Monat vier- bis fünfmal Patronendienst anzuhängen, der jedesmal zwei Stunden dauert. Da wir unser Geld aus dem Stralener Platz in Empfang nehmen müssen, ist hierzu auch ein Tag erforderlich. Außerdem giebt's Appell mit Leitern und Messen, was in Verbindung mit den Meldungen beim Kontrolleur und auf dem Hauptbureau mit dem Deumessen u. mindestens monatlich zehn Stunden in Anspruch nimmt. Dazu kommt im Winter das Spiritusholen und das Aufhängen der Laternen. Rechnet man hinzu, daß ein Teil des Dienstes am Tage, der andre des Nachts vor sich geht, sowie die Entfernung von der Wohnung zur Dienststelle, so ergibt sich für wenig Lohn eine ziemlich lange Arbeitszeit, die dabei noch bei Wind und Wetter vor sich geht. Eine Nebenbeschäftigung ist so gut wie ausgeschlossen, weil den Anzündern durch den Dienst bei Tag und bei Nacht die richtige Ruhe fehlt und durch die intensive Thätigkeit der Körper bald schlaff wird.

Socialpolitik in Berliner städtischen Betrieben. Man schreibt uns: In den Berliner städtischen Wasserwerken ist dieser Tage eine Verfügung zur Kenntnisnahme der Arbeiter ausgehängt worden, die wieder einmal die traurige Rücksichtslosigkeit der städtischen Behörden auf dem Gebiet der kommunalen Socialpolitik kennzeichnet. Diese Verfügung lautet folgendermaßen: „Bei Einderung zur Reserve oder andern längeren Uebungen ist das Arbeitsverhältnis aufzulösen.“ Man sollte es beinahe nicht für möglich halten, daß städtische Behörden derartige Anordnungen treffen können. Nicht genug damit, daß die Arbeiter, welche zu unfreiwilligen militärischen Uebungen einberufen werden, schon unter dem Ausfall ihres Lohnes zu leiden haben, straft die Verwaltung der städtischen Wasserwerke sie noch extra dadurch, daß sie sie entläßt. — Thatsache ist es, daß die Verwaltungen verschiedener deutscher Städte ihre Arbeiter nicht nur nach den militärischen Uebungen weiter beschäftigen, sondern ihnen auch während dieser Zeit den Lohn weiterzahlen. In den Berliner städtischen Betrieben besorgt man dagegen die entgegengelegte Praxis, obgleich doch gerade die kommunalen Behörden ganz besonders die Pflicht hätten, jene Wunden zu heilen, die den Arbeitern durch die unfreiwilligen militärischen Uebungen zugefügt werden.

Wir nehmen an, daß die kritisierte Verfügung eigenmächtig von der Direction der städtischen Wasserwerke erlassen worden ist und der Magistrat davon nichts weiß. Hoffentlich trägt er dafür Sorge, daß diese Verfügung aufgehoben wird und das Arbeitsverhältnis wegen militärischer Uebungen nicht gelöst werden darf.

Zum Apotheker-Boykott. Die Einigungsverhandlungen zwischen den Apothekern und Krankenkassen-Vertretern werden am Sonnabend, den 18. Januar, abends 8 Uhr, unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz im Bürgersaal des Rathauses fortgesetzt. Die Verhandlungen sind öffentlich.

Das Deficit der Feuerwehrrückstellungen. Auch dies Unternehmen ist einem finanziellen Mißerfolg nicht entgangen. Die Schlussrechnung wird jetzt bekannt gegeben, nachdem dieser Tage im Landwirthschaftsministerium unter dem Vorsitz des Vice-Oberceremonienmeisters v. von dem Ansebed eine Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses-Ausschusses stattgefunden hat. Der Fehlbetrag stellt sich auf 331 604,45 M., für den Garantiefonds sind 247 000 M. gezeichnet, der noch fehlende Rest von 83 701,45 M. wird aus privaten Mitteln gedeckt. — Das Deficit ist im wesentlichen auf folgende Umstände zurückzuführen: Zunächst ist der Bau-Etat um 174 000 M. gegen den Voranschlag überschritten worden. Diese Ueberschreitung ist in einem längeren Specialbericht seitens der Bau-Kommission als unvermeidlich nachgewiesen worden. Ferner weisen die endgültigen Einnahmen aus den Eintrittsgeldern gegenüber dem Voranschlag, der auf Grund der mit Berliner Fachausstellungen bisher gemachten Erfahrungen sehr vorsichtig aufgestellt war, wegen des verhältnismäßig sehr schwachen Besuchs einen Einbußeausfall von 264 500,41 M. auf. Hiermit in direktem Zusammenhang steht schließlich eine Mindereinnahme der Licenzen für Speisen, Getränke usw., die einen Ausfall von 36 568,15 M. gegen den Voranschlag verursachen. Im Gegenzug hierzu war die Geschäftsleitung bemüht, bei fast allen übrigen Positionen des Ausgabeetats Ersparnisse gegenüber den Voranschlägen herbeizuführen. Der Ausschuss erkannte die Schlussrechnung an und erteilte der Geschäftsleitung Entlastung.

Liebesfrühling eines Offiziers a. D. Sehr zu ihrem Recht wird unsre Zeit der Rührigkeit gegeben. Daß die blaue Blume noch blüht und noch Poesie auf dieser schönen Erde zu finden, das lehrt jedem Zweifler der interessanteste Teil der „Voss. Jg.“, nämlich die Rubrik für Heirats- und Kuppel-Anzeigen. In Nr. 25 dieses Organs für das houchette Bürgerium findet sich folgendes Juferat: Dreißigdreißig Jahre zähl' ich. — Stamme aus dem Hefenland. — Offizier bin ich gewesen. — Hier den festen Fuß ich fand. — Der Beruf, den ich erwählte. — Eider giebt er mir sein Geld. — Auf ich mich auch mühen und zingen. — Das ist mal so in der Welt. — Heut' trag' ich den Wunsch im Herzen. — Daß ein Weib mir zugeht. — Das in allen Lebenslagen — Treu und brav stets zu mir hält. — Ob sie Witwe, ob geschieden. — Ob ihr Schild auch nicht so rein. — Wie's die Welt verlangt, sie kann doch — Mir ein gutes Weib noch sein. — Nr. unter P. D. 24 in der Voss. Jg.-Exp. — Den nicht ganz reinen Schild der Erlernen wird der Offizier a. D. schon abzustauben wissen.

Die Verhaftung des Rechtsanwalts und Notars Gustav Platon. Königgräberstr. 67, erregt großes Aufsehen. Herr Platon soll sich der Unterschlagung von Mündelgeldern schuldig gemacht haben. Als die Staatsanwaltschaft einen Haftbefehl erteilte, war er weder in seiner Wohnung noch in seinem Bureau Kronenstr. 71 zu finden. Wahrscheinlich irrte er verzweifelt in der Stadt und ihrer Umgebung umher, bis er vorgestern abend nach Moabit ging und sich selbst der Staatsanwaltschaft stellte. Bei seinem Umherirren war er auch nach dem jüdischen Friedhof in Weihensee gekommen; er soll die Absicht gehabt haben, sich dort zu erschießen, durch das Hinzukommen anderer Leute jedoch an der Ausführung abgehalten worden sein.

Der „Willekäuser“. In den östlichen Vororten wurden eine Zeitlang allerhand Diebereien verübt, namentlich auch an Geflügel, für die man gar keine Erklärung hatte. Schließlich fiel es auf, daß den Diebstählen mit großer Regelmäßigkeit der Besuch eines feingekleideten jungen Mannes in den betreffenden Willen vorausging. Dieser Mann, der als Liebhaber und Kaufstücker auftrat, führte sich nach dem Ergebnis der Ermittlungen nur ein, um sich den geplanten Diebstahl zu erleichtern. Er hatte auf diese Weise die beste Gelegenheit, sich unter einem unverfänglichen Vorwande alle Einrichtungen und Räume in Haus und Hof zeigen zu lassen. Wenn er sich dann genügend unterrichtet hatte, schritt er nachts zur Ausführung des Diebstahls. So witzte aber suchte er, in der Weise heim, daß er sie zu einer Partie Billard veranlaßte und so mit ihrer Person und Aufmerksamkeit an die Stube fesselte. Unterdessen plünderten seine Helfershelfer den Hof, insbesondere den Hühnerhof aus. Endlich muß der Saloumeier doch wohl gemerkt haben, daß man ihm hinter seine Trübs gekommen war. Er ließ sich seitdem nicht mehr sehen und die Nachforschungen zur Ermittlung und Feststellung seiner Person waren bisher ohne Erfolg.

Eine für Rigdorf und dem Süden Berlins sehr wichtige neue Verbindung wird in der projektierten Straße 19 des Rigdorfer Behausungsplanes geschaffen werden. Die neue Dreimillionen-Anleihe soll die Herstellung dieser Straße ermöglichen. Es wird daraus der Betrag von 38 000 M. zu ihrer Anlegung entnommen werden. Nach dem Projekt beginnt die Straße 19 am Kottbuser Thor gegenüber dem Hohenhausen-Platz und führt über die Fobrecht-, Friedel-, Kansen-, Panier- und Lohmühlenstraße hinweg bis zum fünftägigen Rigdorfer Stichanal. Dadurch wird ein direkter Verkehr vom Süden Berlins nach dem neuen, empordrühenden Stadtteil Rigdorfs auf den südlichen Wiesen möglich gemacht. Augenblicklich ist der hinter dem Kottbuser Damm zwischen Rahbach-Platz und Kaiser Friedrichstraße belegene Rigdorfer Stadtteil von dem Süden Berlins vollständig abgeschlossen. Die ganze Rigdorfer Seite des Kottbuser Damms von der Schiffstraße an bis zum Hermanns-Platz hat zur Zeit keinen Straßenübergang nach dem Gebiet der südlichen Wiesen, während auf der Berliner Seite die Voss-, Lachmann- und Vordchstraße in den Kottbuser Damm einmünden.

In der Gabrielschen Mordaffaire sind gestern die letzten Vernehmungen in dem erweiterten Ermittlungsverfahren von der Schöneberger Kriminalpolizei vorgenommen worden. Der Wächter Reigel hat seine von uns in der gestrigen Nummer wiedergegebene Aussage nochmals wiederholt und in allen Punkten bestätigt. Ferner wurden noch die Arnoldschen Eheleute vernommen, in deren Gastwirtschaft die des Mordes an dem Landbesitzer Gabriel beschuldigten Arbeiter Nikolaus und Scholten verdächtige Aeußerungen gethan hatten. Diese Aeußerungen ließen erkennen, daß beide bereits am Abend mit der festen Absicht umgingen, dem Gabriel ein Verds zuzufügen. Von der Verhaftung Reigels ist Abstand genommen worden, da er nach Ansicht der Behörde anherhalb jedes Verdachts steht. Die Protokolle über die Vernehmungen sowie die beschlagnahmte Uhr und Kette sind dem Untersuchungsrichter des Landgerichts II übermittelte worden.

Ein Schneesturm in einer Stärke von 14 Meter in der Sekunde wüthete in der vergangenen Nacht. In den Straßenenden türmten sich die Schneemassen zu förmlichen Schneeschanzen auf und erschwert das Fortkommen ungemein. Die Straßen a h u w a g e n blieben vielfach, nicht nur in den Nebenstraßen mit geringem Verkehr, sondern auch in den Hauptstraßen und den Wegen nach den Vororten in Schnee stecken. Gegen Morgen hatte der Südwest-Sturm Regen im Gefolge, und ebenso schnell, wie er gekommen, war dann der Schnee, überall nur großen Schmutz zurücklassend, wieder verschwunden. Die Eisenbahnhöfe trafen fast sämtlich mit großen Verspätungen hier ein. Die Straßen waren stellenweise durch den Schnee verweht und gesperrt worden.

Die Hoffnung vieler Arbeiter, beim Schneeschippen einigen Verdienst zu finden, ist durch das Thauwetter jäh zerstört worden.

In seiner Droschke erhängte sich gestern, Donnerstag, morgen der 29 Jahre alte Antischer Karl Hoffmann, der bei dem Fuhrherrn Kludert in der Waldstr. 46 beschäftigt war. Nach dem Nachdienst fuhr Hoffmann mit seinem offenen Wagen nach einer einsamen Stelle in der Felten-Allee in der Nähe von Kroll und hielt hier an. Nachdem er die Decke über das Pferd gelegt hatte, klappte er das Verdeck hoch, besetzte einen Stuhl an einem Knopf des Gefäßes, nahm ihn in den Wagen hinein, legte sich eine Schlinge um den Hals und erhängte sich in knieender Stellung zwischen Vorder- und Rückfuß. Die Veranlassung zu dem Selbstmorde wird in Familienverhältnissen gesucht. Hoffmann, der 12 M. monatlich als Unfallrente erhielt,

weil er vor vier Jahren einmal als Stallmann bei einem andern Fuhrherrn von einem Pferde geiffen worden war, hinterläßt seine Frau mit zwei kleinen Kindern.

Im Schnee bestimmunglos aufgefunden wurde in der vergangenen Nacht der 43jährige Arbeiter Schumann, welcher verschiedene Gastwirtschaften besucht hatte und sich in angetrunkenem Zustande befand. Auf dem Wege nach seiner Wohnung passierte er die Frankfurter Allee und legte sich ermüdet trotz des heftigen Schneetreibens auf den Promenadenweg des Strahlenzuges. Ein Straßenbahn-Beamter, der, vom Depot kommend, sich nach seiner Wohnung begeben wollte, fand Schumann halb mit Schnee bedeckt vor und brachte ihn mit Hilfe anderer Postanten nach der nächstgelegenen Sanitätswache. Die hier sofort angestellten Wiederbelebungsvoruche an dem völlig Erstarrten waren zwar von Erfolg begleitet, doch mußte er einem Krankenhause zugeführt werden.

Strassenperrung. Die Mühlenbamm-Schleuse wird wegen Vornahme dringender Unterhaltungsarbeiten für die Zeit vom 20. d. Mts. ab auf voraussichtlich 14 Tage für den Verkehr gesperrt.

Feuerbericht. Ein Brand in einem Petroleumkeller machte Donnerstagnachmittag in der Elbstr. 63 der Feuerwehr viel zu schaffen. Wegen starker Bequalmung mußte mit Rauchhelmen vorgegangen werden. Glücklicherweise gelang es nach längerem Wassergeben die Gefahr zu beseitigen, bevor irgend eine Explosion eintrat. Donnerstags früh wurde die Behr nach der Alexanderstr. 13 gerufen, wo in einem Schuhwarengeschäft ein kleiner Brand zu beseitigen war. In der Brunnenstr. 97 hatte kurz vorher der Fußboden und die Balkenlage Feuer gefangen. Brückenstr. 7 gingen Gardinen in Flammen auf, während in der Bremerstr. 44 ein kleiner Wohnungsbrand abzulösen war. Außerdem waren noch Alarmierungen von Treßowstr. 32 und Alte Jakobstr. 34 zu verzeichnen, die aber auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Aus den Nachbarorten.

In der Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung legten die Liberalen am Mittwoch ihre Obstruktion fort. Auf der Tagesordnung standen zunächst die Wahlen der ständigen und nichtständigen Ausschüsse, die in der letzten Sitzung nicht erfolgen konnten. Für jeden einzelnen Ausschuss hatten die Liberalen Zettelwahl beantragt. Nachdem der Rechnungsrevisions-Ausschuss und der Petitions-Ausschuss gewählt waren, ein Akt, der mehr als zwei Stunden in Anspruch nahm, beantragten die Unpolitischen, die Wahl der weiteren Ausschüsse zu vertagen. Namens der Sozialdemokraten widersprach Stadtvorbehrer Hirsch diesem Antrag mit dem Hinweis darauf, daß dann auch der Wohnungsausschuss wieder nicht zu Stande kommen würde, was eine weitere Verzögerung der notwendigen Maßnahmen zur Beseitigung der Wohnungsnot bedeuten würde. Die Liberalen beantragten, über die Vertagung jeder einzelnen Wahl getrennt und namentlich abzustimmen. Das Ergebnis war die Vertagung einer Reihe von Wahlen; dagegen zogen die Unpolitischen den Vertagungsantrag bezüglich des Wohnungsausschusses zurück. Seitens der Sozialdemokraten wurden in den Wohnungsausschuss Hirsch und Paasche, in den Rechnungsrevisions-Ausschuss Vogel und in den Petitions-Ausschuss Hirsch delegiert.

Erst gegen 8 Uhr konnte die Versammlung in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen eintreten. Die Vorlage des Magistrats betr. Beschickung der Städte-Aussstellung in Dresden im Jahre 1903 gelangte mit der Maßnahme zur Annahme, daß die Beschickung hierfür 9000 M. statt der beantragten 11 000 M. bewilligt.

Bei der Vorlage betr. Errichtung einer neuen Schularztstelle regte Stadtver. Vogel (Soz.) die Veranlassung von hygienischen Kurien für Lehrer an, eine Anregung, die Bürgermeister Mattig in Erwägung zu ziehen versprach. Der sozialdemokratische Redner Kündel bestimmte formulierte Anträge seiner Partei für die Staatsberatung an. Nach unbescheidener Debatte wurde die Vorlage angenommen, ebenso die betreffende die Nachbewilligung von 3300 M. für den Etat der Volks-Bade-Anstalt.

Treptow wird kanalisiert. Wie der „Tr. Anz.“ mitteilt und wir bestätigen können, hat der Amtsvorsteher Schablow für Zwecke der Kanalisation in der Gemarkung Groß-Ziethen etwa 400 Morgen Acker zum Preise von 1125 M. pro Morgen angekauft. Mit diesem Kauf ist die Frage des Anschlusses von Treptow an die Berliner Kanalisation und die der Eingemeindung von Treptow wieder aufgeworfen worden. Es dürfte vielen Berlinern unbekannt sein, daß Treptow vor Jahren zu Berlin gehörte und dann mit nicht unbedeutenden Kosten wegen der Verwahrung ausgemeindet wurde. Treptow gehört zu den Orten, in denen Berlin großen Grundbesitz hat und dessen Eingemeindung aus verschiedenen Gründen immer wünschenswerter wird. Zur Anlage einer eigenen Kanalisation wird Treptow veranlaßt durch ein schnelles Emporblühen und durch einen neuen Kanal der Regie run g, wonach die Errichtung von Kläranlagen durch einzelne Gemeinden nicht mehr genehmigt wird. Es blieb nur noch ein Weg, der Zusammenfluß der östlichen Vororte Berlins zur Bildung eines Zweckverbandes und Ankauf eines gemeinschaftlichen Weisfeldes, da die Berliner Kanalisation überlastet ist und ein Anschluß viele Schwierigkeiten bietet. Die Bildung des Zweckverbandes, bestehend aus den Gemeinden Treptow, Niederschöneweide, Adlershof, Grinow mit Johannishof und Alt-Gröden ist gescheitert und hat schon die Unterfertigung des Landrats v. Stubenrauch gefunden. Das Vorgehen des Amtsvorstehers Schablow ist am 11. d. M. in der Gemeindefassung gutgeheißen worden. Zunächst soll ein Entwässerungsentwurf für das große in Betracht kommende Gebiet angefertigt und den Kommunen vorgelegt werden. Die Art der Verleisung soll von dem Berliner Prinzip der Verleisung wesentlich abweichen, insofern als eine Verleisung stattfindet, um die Ländereien landwirtschaftlich intensiver auszunutzen zu können.

Pankow. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde die Feststellung und Entlastung der Gemeindevorrechnung pro 1900 einer eingehenden Prüfung unterzogen. Es ist hervorzuheben, daß an Straßenschildern 845 M. weniger zu verzeichnen sind; unter den indirekten Steuern hat die Biersteuer ein Mehr von 1500 M., die Hundsteuer ein Mehr von 2000 M. ergeben. Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1900 ist um 53 000 M. überschritten. Den hiesigen Gemeindevorlehrern und Lehrkräften wird der für das Etatsjahr 1901 gewährte Wohnungsentwässerungs-Zuschuß für 1902 bewilligt. Dazu ist von der Regierung die Anfrage gekommen, ob die Steigerungen der Wohnungsmieten noch anhalten und ob event. den Lehrern die Mietsentschädigung daneben zum Gehalt anzurechnen sei. Die Gemeinde gab die Erklärung ab, daß die Steigerung der Wohnungsmieten nicht angehalten hat und daß ein erhebliches Herabfallen der Wohnungsmieten zu erwarten sei. Dem Amtsvorsteher wurden die bisher nicht für pensionfähig erklärten Bezüge in der Höhe von 1000 M. zum Gehalt geschlagen und hierdurch pensionfähig gemacht. Einem Antrag, die Wählerlisten in der Zeit vom 15.—30. Januar auch Sonntags ausliegen zu lassen, wird stattgegeben werden, wenn durch den Amtsvorsteher „festgestellt“ ist, daß Berlin zu den Wahlen die Listen auch am Sonntag ausliegen läßt.

Aus Steglitz schreibt man uns: In der jetzigen Zeit des wirtschaftlichen Niederganges, in welcher Hunderte von Arbeitern unseres Ortes täglich nicht wissen, wie sie das Leben fristen sollen, hat auch unser honettes Bürgerthum seine „Frage“. Dies bewies eine kürzlich stattgehabte Versammlung von Vertretern hiesiger Vereine und Vereinder, die sich gegenseitig versicherten, daß „die gesamte Bürgerschaft“ nur den einen großen und schlichten Wunsch hegt: mit dem neuen Gemeindevorsteher — Vier zu trinken! Und da waagt man in gewissen Kreisen noch immer zu behaupten, das Bürgerthum habe keine Ideale mehr! — Seit 14 Tagen ist Herr Buhrow nun schon wohlhabendster Oberhaupt von Steglitz, und noch immer hatte „die gesamte Bürgerschaft“ keine Gelegenheit, gemeinschaftlich mit ihm zu lachen. Da soll doch gleich —! Wozu hat man

denne einen Gemeindevorsteher, doch nicht etwa bloß zum Regieren? Die Sache hat jedoch einen Haken: die Hauptperson will nicht! Herr Buhrow soll im Gemeinderat erklärt haben, daß ihm diese Art des Zusammenkommens mit der Bürgerschaft auf einem „Bierabend“, wobei er sich gewissermaßen zur Schau stellen müsse, nicht sympathisch sei. Eine Auffassung, die jedenfalls nicht zu seinen Ungunsten spricht. Auch die zu erwartende Rhetorik von Reden und Toasten der Vertreter der unzähligen Vereine, dürfte nicht geeignet sein, ihn besonders für einen derartigen Bierabend einzunehmen. Jedoch durch eine solche, wenn gleich sehr deutliche Abgabe, läßt sich „die gesamte Bürgerschaft“ nicht abhalten, das einmal für richtig und unabwendbar Erlaunte mit aller Energie zu verfolgen. Nachdem man sich gegenseitig mit allerlei schamhaften Redensarten traktiert hatte, wurde einstimmig die Abhaltung eines „Bierabendes“ beschlossen und eine Deputation gewählt, welche das Gemeindevorsteheramt einladen soll. Ob einer so aufrichtigen Liebeswerbung gegenüber das Herz des Herrn Buhrow unzugänglich bleiben kann — wer weiß es? — Das Interessanteste an den ganzen Verhandlungen waren die Stimmen, welche ein Gemeindevorsteher zu der seiner Zeit „einstimmig“ erfolgten Wahl des Gemeindevorstehers gab, sowie die Empfehlung der „Partei“ (?) des betreffenden Redners nach „oben“. Ob die Hausarbeiten der Redensarten aufzunehmen?

Einiges aus dem Jahresbericht der Schöneberger Schulärzte. Ueber diese schon seit mehreren Jahren bestehende Institution, deren Errichtung von Gemeindevorsteher sich stets unfruchtbar in der städtischen Körperschaft haben angelegen sein lassen, wird uns folgendes mitgeteilt: Der Bericht des Schularztes Herrn Dr. Hüls läßt an Ueberblicklichkeit und Eingehen auch auf die scheinbar geringsten Gegenstände, nicht ohne hier und dort praktische Vorschläge zu machen, wenig zu wünschen übrig. Wie freilich an maßgebender Stelle aber viele leider auch jetzt noch bestehende und angeregte Mängel gedacht und geurteilt wird, und was zu ihrer Beseitigung gethan wurde, das haben uns die Erfahrungen des vergangenen Jahres gelehrt. Nur durch fortgesetzten Hinweis und unermüdetes Drängen können die angeführten Mängel nach und nach beseitigt werden. Dem genannten Arzt unterstanden die 2., 3. und 9. Gemeindefschule mit zusammen 2274 Schülern zur ärztlichen Untersuchung. Herr Dr. Hüls bemängelt in seinem umfangreichen Bericht besonders die Schulgebäude und ihre Einrichtungen; schlechte Licht- und Luftverhältnisse sei in allen Klassen mit nur wenigen Ausnahmen zu finden, wozu die mangelhaft angelegten Heizanlagen und die ungenügende Ventilation beitragen. Die Hygiene der Kinder sei nicht zweckentsprechend, die Reinigung der Klassenräume entspreche nicht den hygienischen Anforderungen. Gerügt wird ferner der Mangel an Brausebad-Anlagen. Ueber die Gesundheitsverhältnisse der Kinder sei nicht viel Neues zu melden. Bei den Rekonvaleszenten wurden am meisten konstatiert Schnupfen, Blutarumt, und Typhus, bei den älteren Schülern dieselben Krankheiten in größerem Maße, hervorgerufen durch Mangel an Körperübung und durch überanstrengtes anhaltendes Stillsitzen, dem durch öftere Bädergelegenheit mit Erfolg entgegengetreten werden konnte. 28 Kinder mußten wegen Schulbesuch teilweise auf ein ganzes Semester u. a. wegen Tuberkulose, Erblindung, schwerer Epilepsie dispensiert werden und weitere 54 Kinder vom Turn- und Handarbeitsunterricht. Unter den Rekonvaleszenten besaßen sich mit erheblichen gesundheitlichen Mängeln 305 Kinder — 62 Proz. Der sehr objektiv gehaltene Bericht zeigt ein außerordentliches Verständnis für die Notwendigkeit der ärztlichen Untersuchung, er enthält aber auch zugleich ein trauriges Bild der Gesundheitsverhältnisse unserer die Gemeindefschulen besuchenden proletarischen Kinder. Es würde zu weit führen, in die Einzelheiten einzugehen und die große Fülle der Krankheitsarten zu schildern, welchen die Kinder der Arbeiter schon im zartesten Alter ausgesetzt sind. Die Ursachen, die zumeist in den elenden Wohnungs- und Ernährungsverhältnissen wurzeln, sind uns nur zu bekannt. — Die Berichte der übrigen drei Schulärzte sind im allgemeinen dem ersten gleichbedeutend und erstrecken sich ebenfalls auf die in den meisten Klassenzimmern beobachteten ungünstigen Licht- und Luftverhältnisse, sowie auf die Ergebnisse der Statistik der von ihnen im Laufe des Jahres untersuchten Kinder. Bei der großen Zahl der einzelnen Schulärzten unterstellten Kinder — bis 3000 — ist wohl eine gründliche, allen Schülern zukommende gewissenhafte Untersuchung nicht gut möglich und die Vermehrung der Schulärzte dringend nötig. Es ist aber wohl kaum daran zu denken, daß die Kommune den Wünschen der Ärzte entgegenkommt und im weitesten Maße für Abhilfe sorgt.

Lichtenberg. Die Verbilligung des Leuchtgases wird nun wohl mit Beginn des Etatsjahres endlich zur Wirklichkeit werden. Diese von den Sozialdemokraten in der Gemeindevertretung seit zwei Jahren immer wieder geforderte Maßnahme findet nun auch durch das Konsistorium Unterstützung. Nach dem formulierten Vorschlage an die Gemeindeverwaltung sollen dem nächsten Etat als Preis für das zu gewerblichen Zwecken (Kraft- und Leuchtgas) benutzte Gas 10 Pf. und für das als Leuchtgas benutzte 14 Pf. zu Grunde gelegt werden. Nebenbei ist die Berechnung von Inflationen unlosener wesentlich billiger in Ansatz zu bringen. Das ist immerhin ein Fortschritt, obwohl in der betreffenden Sitzung außer den Vorstandsmitgliedern nicht ein Mitglied aus dem bürgerlichen Lager anwesend war. Gleichzeitig wurde beschlossen, den Lohn der Werkstattarbeiter der Gasanstalt, der Vorarbeiter und der Maschinenisten zu erhöhen.

Die Annahme der Arbeiter für den Anwalbau in Nixdorf erfolgt, wie die zuständige Stelle mitteilt, am Montag, den 20. Januar früh auf der Wildenbrucherstraße vor der städtischen Pumpstation. Wir verweisen noch einmal darauf, daß nur solche Arbeiter eingestellt werden, die sich als in Nixdorf wohnend legitimieren können, und daß im städtischen Wahlbureau, Rathhaus, Eingang Erdstraße, im ersten Stock, den Arbeitssuchenden entsprechende Bescheinigungen unentgeltlich erteilt werden. — Die Deputation beschloß in ihrer letzten Sitzung, mit den Erdarbeiten in der Straße 38 zwischen Straße 13 und Straße 88 beginnen zu lassen. Zur Veranschaulichung soll zunächst ein Schachtmeister angestellt werden. — Einer Frau Jaroszewski wird von der Deputation gestattet, die fliegende Kantine auf Strahlenland aufzustellen unter der Bedingung, daß sie dieselbe stets innerhalb 48 Stunden nach ergangener Aufforderung zu verlassen und in geeigneten Unterzuchtsträumen auch solche beim Kanalbau beschäftigte Arbeiter zu dulden habe, welche keine Nahrung- oder Genussmittel von ihr beziehen.

Gerichts-Beifung.

Ueber die Wirkung von Wahlbeeinflussungen auf die Gültigkeit oder Ungültigkeit von Stadtverordneten-Wahlen heißt es in einer Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts nach der „Deutsch. Juristenztg.“: Was die Frage angeht, ob Urlegemäßigkeiten des Wahlerfahrens erheblich sind oder nicht, so unterscheidet die Rechtsprechung zwischen solchen Urlegemäßigkeiten, die dergestalt bedeutend sind, daß sie grundsätzlich die Ungültigkeit der von ihnen betroffenen Wahlen zur Folge haben müssen und solchen, die nur dann als erheblich angesehen werden, wenn sie von Einfluß auf das Wahlergebnis gewesen sind. In den ersteren gehören die Auslegung einer nicht nach Wahlabteilungen eingetheilten Liste, die verabreichte Offenlegung der Wählerlisten bzw. die Verweigerung der Einsichtnahme, Wahl eines offenbar ungeeigneten Wahllokals und dergleichen. Den Wahlbeeinflussungen aber kommt eine derart zerstörende Wirkung nicht zu. Sie gehören, wie sonstige Urlegemäßigkeiten, zur Gattung derjenigen, die die Ungültigkeit einer Wahl nicht ohne weiteres, sondern nur dann zur Folge haben, wenn im Einzelfalle die Beeinflussung das Wahlergebnis selbst in Frage gestellt hat.

Mit Hilfe des Reichsgerichts ist der Fuhrmann Schättele, der gestern vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I stand, von schwerer Strafe befreit worden. Wie wir seiner Zeit mittheilten, hatte

die 9. Strafkammer den Angeklagten wegen fahrlässiger Tötung zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte am 21. März in der Neuen Königstraße ein kleines 4jähriges Mädchen, welches mit ihrem 12jährigen Bruder von der Pferdebahn abgestiegen war, überfahren und den sofortigen Tod des Kindes herbeigeführt. Es wurde angenommen, daß der Angeklagte infolge unvorsichtigen und schnellenfahrens den Unfall verschuldet hatte. Die hiergegen eingelegte Revision hatte Erfolg, das Reichsgericht hob das Urteil auf und wies die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die Strafkammer zurück. Gestern kam das Gericht auf Grund der ermittelten und ergänzten Beweisaufnahme zu der Ueberzeugung, daß den Angeklagten keine Schuld treffe, das Kind vielmehr direkt in den Wagen des Angeklagten hineingekommen sei. Infolge dessen erfolgte diesmal die Freisprechung des Angeklagten.

Eine kleine Privatrathe, die die Frau Pauline Zeller nehmen zu müssen glaubte, ist ihr schlecht bekommen: sie hatte sich gestern wegen wissentlicher falscher Anschuldigung vor der 9. Strafkammer des Landgerichts I zu verantworten. Die Angeklagte lief eines Tages auf die Polizei und beschuldigte einen Kritiker, mit dem „Sieging“, des Diebstahls. Sie gab an, daß er ihr 20 M. gestohlen habe, verlangte seine Festnahme und wies einen Polizeibeamten nach dem Lokal, wo der angebliche Dieb sich aufhielt. Dieser wurde festgesetzt, es stellte sich aber bald seine völlige Unschuld heraus. Die Angeklagte hatte ihn nur aus Rache beschuldigt, weil sie Anzeichen dafür zu haben glaubte, daß er ihr unrein werden wollte. Sie wurde zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt.

Als ein eigentümlicher Exmissions-Jubiläum kann der Hausbesitzer K o a d bezeichnet werden, der gestern wegen Betruges vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I stand. Er hat in verhältnismäßig kurzer Zeit es fertig gebracht, etwa 25 mal durch die Hauswirthe, bei denen er gemietet hatte, ermittelt zu werden. Er machte gewöhnlich Jahreskontrakt, indem er sich als ein von Leipzig kommender Agent vorstellte, der einen Fahrradverkauf einrichten wollte, die Hauswirthe merkten aber bald, daß der Angeklagte, der seine Miete pünktlich zahlte, die Wohnung zu unhygienischen Zwecken benutzte. Infolgedessen haben sich die Vermieter über kurz oder lang genötigt, sich mit Hilfe von Exmissionsklagen vor dem lästigen Mieter zu befreien. Sie verzichteten gewöhnlich darauf, die ganze Jahresmiete einzulagern und waren froh, wenn sie ihn glücklich aus dem Hause wieder herausgebracht hätten. In drei Fällen haben die Hauswirthe Strafantrag wegen Betruges gestellt und beantragt, daß sie der Angeklagte durch die falsche Angabe, er sei Agent aus Leipzig und mache Fahrradgeschäfte, getäuscht und in ihrem Vermögen geschädigt habe. Das Schöffengericht hatte auch einen Betrag für vorliegende Urtheile und auf zwei Monate Gefängnis erkannt. Vor der Berufungskammer machte Rechtsanwalt Ulrich geltend, daß er eine Verurteilung des Angeklagten juristisch für unmöglich halte. Wer seine Miete pünktlich zahle und auch noch weiter zahlen wolle, daran aber durch den Hauswirt selbst behindert werde, verurtheile doch dem Wirt gegen seine Vermögensbeschädigung und verschaffe sich keinen widerrechtlichen Vermögensvorteil. Der Gerichtshof belieh es aber bei der durch das Schöffengericht festgesetzten Strafe. Die Vermieter seien durch die Täuschung des Angeklagten veranlaßt worden, ihm die Wohnung zu vermieten, eine Vermögensschädigung liege bei ihnen schon darin, daß sie genötigt wurden, den Exmissionsprozeß zu führen. — Die Berufung wurde verworfen.

Eine über den bekannten Berliner Gemeindebeamten Richard Mally verhängte Disziplinarordnungstrafe beschloß die erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichts in seiner letzten Sitzung. In einer Steuerangelegenheit war an Herrn Mally, der bei der Steuerklasse XI beschäftigt ist, seitens des der Centralstelle der Steuerdeputation zugeleiteten Sekretärs Kettmann eine Mißfrage ergangen, die Kettmann in die Form eines Ersuchens gekleidet hatte, entgegen der bei den Magistratsbeamten sonst üblichen Gewohnheit, in solchen Fällen um die gewünschte Auskunft zu bitten. Mally glaubte, es handele sich um eine Platanerie Kettmanns, und schrieb auf den Begleitzettel der Akten: „In einem Ersuchen sind Sie, Herr Kettmann, nicht berechtigt; ich verbitte mir den Ton.“ Der Oberbürgermeister K r i s t n e r erteilte ihm deshalb einen Verweis, gegen den sich Mally bis in die höchste Instanz vergeblich beschwert hat. Auch das Kammergericht hat ihn gestern abgewiesen.

Vermischtes.

Das Grubenunglück in Brüg. Auch die heutigen Nachrichten bestätigen die traurige Thatfache, daß an eine Rettung der verunglückten 44 Bergleute nicht zu denken ist. Aus Brüg liegt folgendes Telegramm vor:

Im Jupiterschachte ist der Wasserstand 0,45 Meter über der Fallortsohle. Im Fördereschachte brennt Licht, woraus zu schließen ist, daß der Ventilator auf die Weilerführung wieder einwirkt. Sobald die Fallortsohle wasserfrei ist, wird die Fördereschale freigegeben und mit Pumpen begonnen. Die benachbarten Schächte bleiben vorläufig außer Betrieb. Vergütungsberechnungen sind vor der angeordneten Verfürgung der oberliegenden Pingen wegen Gefahr unzulässig.

Zum Eintritt der Katastrophe wird von privater Seite noch gemeldet: Schon einige Tage vor der Katastrophe im Jupiterschacht war im Plan Unruhe wahrgenommen worden, die ganze Nacht fortbauerte und auch im Nachbareschacht, wo gearbeitet wurde, gehört werden konnte. Als der Obersteiger Seemann die Unruhe zuweilen hörte, sendete er Leute in die Schachtanlage und ließ melden, er möchte ansahen lassen. Die Schachtanlage war einverstanden, aber mitten in den Vorbereitungen gab es einen furchtbaren Knack, der ganze Plan stürzte ein. Unmittelbar vor Zusammenbruch setzte der Obersteiger das elektrische Geläute in Bewegung. Auf das Signal eilte alles im Schacht zur Schachtsohle, um hinaufbefördert zu werden. Eine furchtbare Panik erfolgte, Glockensignale ertönten in der Schachtanlage. Betriebsleiter Rinder stürzte zum Schacht und ließ sich hinabbegeben. Auf der Strecke kamen ihm fliehende Bergleute entgegen. Er rief ihnen zu, sich hinaufzulassen. Er ging weiter in der Strecke; von dem Augenblick an ist auch er verschollen. Von der Belegschaft hatten sich sechs Mann in den benachbarten Guidoeschacht gerettet, indem sie die Dammschüre mit einer eigenen Schiene aufsprangen. Die Fördereschale, welche für vier Mann bestimmt ist, stieg dreimal mit je zehn Mann auf, das vierte Mal blieb sie stecken, offenbar weil das Schachtrohr mit Holz verbarrikadiert war. Damit war jeder weitere Rettungsversuch unmöglich gemacht. Die Bergung der Leichen ist erst nach Ablauf des Wassers möglich.

Sturmnachrichten kommen aus dem ganzen Osten Deutschlands. Aus Oberschlesien wird berichtet: Chanseer sind verschneit; der Straßenbahnverkehr mußte im ganzen Industriebezirk eingestellt werden. Auch auf der Staatsbahn erleiden die Züge große Verspätungen. Das Unwetter dauert noch an.

Aus Wien meldet der Telegraph: Infolge eines seit gestern abend hier herrschenden heftigen Sturmes sind zahlreiche Unfälle vorgekommen. Auf den Straßen wurden Leute vom Sturme zu Boden geworfen, andre durch herabfallende Ziegelsteine verletzt. — In A r a m wurden leichte Erdschöbe, in Kostjanica am Umanfluß ein starker Erdschöbe verurteilt. Unfälle sind nicht vorgekommen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt.

B. J. Wenden Sie sich an den Vorsitzenden Herrn E. Schmidt in Charlottenburg, Am Lützow 16 IV.

R. W. u. S. A. Als angemessene Gebühren für Besammen — eine rechtsgültige Tazze giebt es nicht — werden erachtet: für eine einfache Entbindung 4—10 M., für eine verzögerte (Tag und Nacht) 6—15, für eine Zwillingentbindung 6—15, für eine Tagwache 1,50—3, für eine Nachtwache 3—4 M., für eine Tag- und Nachtwache 4—6, für einen Besuch am Tage 0,50 M., für einen solchen in der Nacht 1—2, für Ratsberathung in der Wohnung der Hebamme 0,50—2 M.

I. Kreis.

Sonntag, den 19. Januar, vormittags 11 Uhr, im „Palast-Theater“ (früher Feen-Palast), Burgstraße 22, Eingang St. Wolfgangstraße:

Öffentliche Volksversammlung

Tagesordnung:

1. Stehendes Heer oder Volkswehr mit besonderer Berücksichtigung des Boerenkriegs. Referent Reichstags-Abgeordneter **August Bebel**. 2. Diskussion.

Zahlreichen Besuch erwarten [308/6*]

Achtung! Fliesenleger. Achtung!

Donnerstag, den 23. Januar, abends 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung

im Lokale des Herrn Schulz, Grenadierstr. 33.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Vertrauensmann. 2. Neuwahl der Vertrauensmänner und deren Revisoren. 3. Neuwahl der Delegierten für Gewerkschaftskartell. 4. Verschiedenes.

Der Vertrauensmann. 2088b

Vergolder!

Verband der im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Filiale Berlin.

Montag, den 20. Januar 1902, abends präcise 8 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20 (großer Saal):

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Neuwahl des Gesamt-Filialvorstandes. 4. Ersatzwahl eines Revisors zur Hauptkassa. 5. Bericht der Statutenberatungskommission. 6. Verschiedenes.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, zu erscheinen. Mitgliedsbuch legitimiert.

NB. Diejenigen Vertrauensleute, welche ihre Bücher und Karten zur Abrechnung noch nicht beigebracht haben, werden ersucht, dies morgen Sonnabend, den 18. d. M., abends von 7-9 Uhr, in der Zahlstelle bei Weller, Annenstraße 1, zu thun. [225/3]

Bretterträger u. Brettschneider!

Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10¹/₂ Uhr, im Lokale Holzmarktstraße 72:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Wahl des gesamten Vorstandes sowie der Revisoren und Hilfskassierer. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. 84/1

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag 2 Uhr
Gottesdienst Thor nach
Wilmerdorf
Wittes Balkgärten [11/3]

Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein

der Bau- und gewerblichen Hilfsarbeiter Berlins. Außerordentliche General-Versammlung

Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr, Langestr. 65.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Vorstandswahl. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen und die neuen Statutenbücher in Empfang zu nehmen. Neue Mitglieder von 15-45 Jahren werden in der Versammlung vom Vorstand Herrn Karl Perleber aufgenommen. Ebenfalls Sonnabend nach dem Ersten von 8-10 Uhr abends in der Zahlstelle beim Genossen Erde, Gurgelstr. 25; und Sonnabend nach dem 15. von 8-10 Uhr abends beim Genossen Blume, Gubenerstr. 6. Sonnabend, den 19. Januar, fällt der Zahlabend aus. 37/1

Der Vorstand.

Kranken- u. Sterbefälle aller gewerblichen Arbeiter für Schöneberg und Berlin

(Eingeführt: Hilfskassa Nr. 115) 132. Sonntag, den 26. Januar 1902, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Krüger, Grünwaldstr. 110:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jährlicher Kasienbericht. 285/10*
2. Bericht des Vorstandes.
3. Neuwahl des Gesamtvorstandes.
4. Verschiedene Kasienangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Pünktliches Erscheinen ist unbedingt notwendig. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, den 17. Januar, abends 8¹/₂ Uhr:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonnabend, den 18. Januar, abends 8¹/₂ Uhr:

Branchen-Versammlung der Bürsten- und Pinselmacher im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über: „Der Kampf um das Dasein“. 2. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 3. Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes. Es ist Pflicht aller Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Branchen-Kommission. 77/16

Sonnabend, den 25. Januar:

Großer Maskenball in Kellers Festhale, Koppenstraße 29.

Billetts à 50 Pf. auf allen Zahlstellen und auf dem Bureau, Engelauer 15.

Würzburger Hühneraugenmittel

von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Wunden auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure u. indischen Ganskraut.)

Dr. H. Unger in Würzburg.

Hauptdepot in Berlin (20 Pf.): Salomon-Apotheke, Charlottenstraße. Greif-Apotheke, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apotheke. — Stuttgart: Hirsch-Apotheke. — Breslau: Victoria-Apotheke. 3199L

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engelauer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353. Sonnabend, den 18. Januar, abends 8¹/₂ Uhr:

Konferenz der Vertrauensleute für Moabit bei Fischer, Waldstraße 8. [110/11]

Verband des techn. Bühnenpersonals. Quartals-Versammlung.

Sonnabend, den 18. Januar, abends 11 Uhr, Neue Kottstraße 3: Tages-Ordnung:

1. Kasienbericht. 2. Abrechnung vom zweiten Stiftungsfest. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. 100/1

Zimmerer!

Sonntag, den 19. Januar, vormittags 10 Uhr, in Cohns Festhale, Weuthstraße 20, 1 Treppe:

Erste General-Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1901. 2. Jahresbericht des Vorstandes und Jahres-Kasienbericht. 3. Neuwahl des gesamten Vorstandes. 4. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. 257/3

Gewerkschaft der Maler und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Am Sonntag, den 19. Januar 1902, vormittags 10 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit des Vorstandes. 2. Kasienbericht. 3. Bericht über die Maßnahmen der Gesamtverwaltung. 4. Wahl des Vorstandes, Wahl des Geschäftsführers der Centralisation. 5. Wie stellen sich die Kollegen Berlins und der Provinz zu der geplanten Beitragserhöhung im Frühjahr 1902. Referent: G. Nicolai. 6. Presse und Anträge. Zahlreiches Erscheinen der Kollegen ist Ehrenpflicht.

Die Kollegen, welche länger als acht Wochen mit ihren Beiträgen im Rückstand sind, ohne daß dieselben um Stundung eingekommen sind, was im Buche zu vermerken ist, haben zu dieser Versammlung keinen Eintritt. Mitgliedsbuch ist mitzubringen. Sämtliche Zahlstellen sind am Sonnabend, den 18. d. M., zwischen 6 und 9 Uhr geöffnet. [155/1]

Der Vorstand.

Zeichnende Künste.

Vierte deutsche Kunstausstellung der Berliner Sezession.

Kantstr. 12. Täglich geöffnet von 10-6 Uhr. Sonntags bis 7 Uhr.

Eintritt an Wochentagen M. 1.—, Sonntags M. 0,50. Dauerkarten, auch für die Sommer-Ausstellung 1902 gültig, M. 4.—.

Schluss der Winterausstellung 20. Januar 1902.

Schluss der Winterausstellung 20. Januar 1902.

Kaufhaus Max Mannheim

Frankfurter Allee 89. **BERLIN.** Frankfurter Allee 89.

Schluss des Inventur-Ausverkaufs

am

Sonnabend, den 18. Januar,

bis dahin gewährt die Firma auf alle Waren

10 % Rabatt.

Verfammlungen.

Welche technischen Aufgaben stellt uns die Beteiligung an der Landtagswahl? lautete das Thema, über das Genosse Dr. Leo Arons am Dienstag in einer vom socialdemokratischen Verein für den zweiten Reichstags-Wahlkreis einberufenen Versammlung bei Schneegelsberg, Hasenheide, referierte.

Der socialdemokratische Wahlverein für den dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Mittwoch seine Generalversammlung in den Arminkallen ab. Den Bericht des Vorstandes erstattete Genosse Friß.

Unter „Bereinsangelegenheiten“ stellt der Genosse Scheller den folgenden Antrag, der nach eingehender Diskussion dem Vorstand zur gemeinsamen Beratung mit der Lokalkommission und anderen maßgebenden Korporationen überwiesen wird: „Ich beantrage, den Vorstand des Wahlvereins vom dritten Wahlkreis zu verpflichten, bei Anmachungen von Vergünstigungen und Vergünstigungen den kostenlosen Arbeitsnachweis der Gewerkschaften zu berücksichtigen.“

Der Centralverband der Maurer hielt am Mittwoch im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine Generalversammlung für alle zum Wohngebiete Berlins und Umgegend gehörigen Verbandszweigen ab, um über das Ortsstatut und die Einheitsmarkt-Verhältnisse zu fassen.

Zur Erklärung. In Nr. 12 des „Vorwärts“ erheben die Vertrauensleute von vier Berliner Kreisen und von Niederbarnim den Vorwurf, daß der Referent und die Diskussionsredner in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins des sechsten Kreises den Sachverhalt in dem Organisationsbericht unrichtig dargestellt hätten.

Vom Vorsitzenden wurde sodann berichtet, daß die Unternehmer in der Schlichter-Kommission den Antrag auf Verbeibehaltung der fünfjährigen Weisungsfrist abgelehnt und daß die Arbeitgebervertreter diesen Antrag mit der notwendigen Begründung der Unternehmer-Organisation zur Beschlussfassung in ihrer Versammlung unterbreitet haben.

Der Verein deutscher Schuhmacher hielt am 18. d. M. im Lokale von Cohn eine Generalversammlung ab, um den Geschäftsbericht vom 4. Quartal 1901 entgegen zu nehmen und die Neuwahlen zur Ortsverwaltung zu vollziehen.

Der Verein für Handwerks-Gewerkschaften hatte am Mittwoch eine öffentliche Versammlung nach Cohns Saal in der Beuthstraße berufen, um Propaganda für seine Bestrebungen zu machen. Die Versammlung war gut besucht; die Mehrheit der Anwesenden gehörte ansehnlich den bürgerlichen Kreisen an.

Der Socialdemokratische Agitationsverein für Stralsund-Franzburg-Rügen hielt am Sonntag, den 5. Januar, eine Generalversammlung ab. Der Rassenbericht ergab eine Einnahme von 73,80 M., eine Ausgabe von 16,86 M., bleibt ein Bestand von 56,94 M.

Erklärung. In Nr. 12 des „Vorwärts“ erheben die Vertrauensleute von vier Berliner Kreisen und von Niederbarnim den Vorwurf, daß der Referent und die Diskussionsredner in der letzten Generalversammlung des Wahlvereins des sechsten Kreises den Sachverhalt in dem Organisationsbericht unrichtig dargestellt hätten.

Was den 2. Teil der Erklärung anbetrifft, so erklären wir: Wir widerten uns, daß sich die Vertreter der fünf Kreise gewissenmaßen als Eigentümer oder Verantwortliche des „Vorwärts“ hinstellen und sich infolgedessen als Censoren über die Verammlungsberichte unseres Kreises glauben aufspielen zu dürfen.

Auch der Inhalt des gestrigen Berichts über die Versammlung des Vereins der Schönhauser Vorstadt kann an unsrer Erklärung nichts ändern. Schon der Genosse Mars, welcher nebenbei bemerkt in der Generalversammlung des 6. Kreises anwesend war, schänkte das Urteil, welches sich die Unterzeichner der Erklärung in Nummer 12 des „Vorwärts“ aussprechen, ganz bedeutend ein.

nichts ändern. Schon der Genosse Mars, welcher nebenbei bemerkt in der Generalversammlung des 6. Kreises anwesend war, schänkte das Urteil, welches sich die Unterzeichner der Erklärung in Nummer 12 des „Vorwärts“ aussprechen, ganz bedeutend ein, indem er die Darstellungen, wie sie in unsrer Generalversammlung gegeben wurden, als nur zum Teil erfüllt bezeichnet.

Einige Frage noch an Genosse Philippson: Hat die Schönhauser Vorstadt die Genossen Bünich und Mars „im Interesse des Friedens“ gewählt?

Der Vorstand des socialdemokratischen Wahlvereins des sechsten Kreises.

Charlottenburg. Die bisherige Filiale der „Vereinigung der Maler, Radierer, Anstreicher, Läufer und Weißbinder Deutschlands“ hielt am 8. d. M. in dem Lokale des Herrn Leder ihre ordentliche Generalversammlung ab.

Ober-Schöneweide. In der am 13. Januar im „Wilhelminen-Hof“ stattgehabten Versammlung hielt an Stelle des durch Krankheit verhinderten Genossen Jubeil Frau Kiesel einen mit Beifall ausgenommenen Vortrag über „Die gegenwärtige Krise“.

Spandau. Die neugegründete Arbeiter-Bildungsschule hier selbst hat am Sonntag in einer imposanten öffentlichen Versammlung, die auch von Frauen ziemlich zahlreich besucht war, ihre Weishe bekommen.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.

Reinhold John am 14. Januar nach einjähriger Krankheit an der Profetarierkrankheit verstorben ist. Seine letzten Anbenden!

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und Vater, der Schlosser Reinhold John nach langen schweren Leiden am 14. d. M. verstorben ist.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik Gustav Küstig, Berlin, S. Pringstraße 46, befindet sich gegenwärtig in der Liquidation.

Dankagung. [20046] Allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die zahlreichen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden

Gustav Paetzmann unren herzlichsten Dank; besonders den Mitgliedern des Handwerksvereins sowie den früheren Kollegen

Freunden und Genossen zur Nachricht, daß ich das Lokal „Vollsgarten“, Badstr. 56, früher Fritz Wilks, übernommen habe.

Dr. Simmel, Prinzenstr. 59. Spezialarzt für Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

Patentanwalt Dammann, Moritzplatz 57. Auskunft bis abends neun. [32346]

Wilhelm Stein

Warenhaus.

Berlin N., Chausseestr. 66.

Warenhaus.

Worin liegt die Ersparnis für jede Hausfrau? Im Einkauf!

Wir offerieren:

Mehl.

	1 Pfd.	5 Pfd.
Budapester Auszugmehl	0.20	0.95
Kaiser-Auszugmehl	0.17	0.80
Weizenmehl 00	0.14	0.65
Kartoffelmehl	0.16	0.75
Roggenmehl	0.15	0.70
Liebig's selbstthätiges Backmehl	0.33	1.60

Erbsen.

Kleine	0.14	0.65
Grosse	0.18	0.70
Entülste	0.20	0.95
Entülste, halbe	0.15	0.70
Grüne	0.17	0.80

Linsen.

Grosse	0.25	1.20
Mittel	0.18	0.85
Kleine	0.15	0.70

Bohnen.

Grosse	0.20	0.95
Kleine	0.15	0.70

Kaffee.

Dauernde Anerkennung meiner werten Kundschaft beweist, dass es keine

Reklame

ist, wenn ich die Qualitäten meiner Kaffees als einzig dastehend bezeichne.

Mischung I II III IV V

pr. Pfund 1.60 1.40 1.20 0.96 0.80 Mk.

bei Abnahme von 5 „ 1.55 1.35 1.15 0.91 0.80 „

Marken III und IV sind Spezialmischungen der Firma.

Kaffee-Surrogate

	1 Pack	5 Pack
Steins Kaisercichorien	0.20	0.95
blauer Dampfmaschinen Cichorien	0.10	0.45

Zucker.

	Pfund
Feinster gemahlener	0.29 Mk.
Grobkörnige Raffinade	0.32 „
Kristall-Würfel	0.35 „
Feinster	0.33 „
Kleine Brode, 4 bis 10 Pfund, ohne Blau	0.35 „

Graupen.

	1 Pfd.	5 Pfd.
Feine, mittel, grob	0.18	0.85

Reis.

Java	0.23	1.10
Rangoon	0.18	0.85
Bruch	0.15	0.70
Reisfloeken	0.28	1.35

Gries.

Weizengries, fein, mittel, grob	0.20	0.95
Hartgries (gelber Flammgries)	0.22	1.05
Reisgries	0.20	0.95

Gemüse-Konserven.

Schnitt- u. Brochbohnen per 2 Pfd.-Dose 0.25
Gemüse Schoten „ 2 „ „ 0.33
Kohlrabi Herzblättern „ 2 „ „ 0.30
Stangenspargel „ 2 „ „ 1.00
Karotten „ 2 „ „ 0.45
Schoten mit Karotten „ 2 „ „ 0.53

Fleischwaren.

Grösste Auswahl in feinsten Thüringer, Braunschweiger, Westfälischen u. Pommerschen Wurst- und Fleischwaren zu den billigsten Tagespreisen.

Täglich:

Warme Würstchen, Pa. Qualität.
Jeden Sonnabend:
Frische Blut- und Leberwurst.

Sparkassen-System.

Wir gewähren bei sämtlichen Einkäufen 4 Proz. Rabatt. Jeder Kunde erhält beim Einkaufe von je 25 Pf. einen Sparkassenschein im Werte von 1 Pf.; bei Rückgabe von Sparkassenscheinen im Gesamtwerte von Mk. 1,— wird der Sparbetrag fällig und mit Mk. 1,— bar ausgezahlt. Die Auszahlung der Sparkassenscheine kann jederzeit, auch am Jahresabschluss stattfinden.

Sirup Pagliano

107/11*

VON

Prof. Ernesto Pagliano

NEAPEL, 4 Calata S. Marco

dessen Verkauf vom Ministerium des Innern Sanitäts-Direktion Rom, bewilligt worden ist.

Prämiert

auf der

Nationalen Pharmacie-Ausstellung 1894

und auf der

Nationalen Hygiene-Ausstellung 1900

mit

Goldener Medaille.

Verkäufe.

Restaurant, gut gehend, umstände halber sofort billig zu verkaufen. Näheres bei Schornberg, Charlottenburg, Seifenbühnenstraße 1. †144*

Edelkaffee an der Markthalle, altes Geschäft, Brotstube. Auskunst Seifenstraße 28, Restaurant. †80*

Kolonie Baufelde, Ostbahnhofort Trebersdorf, 60 Quadratrudder 450 Mark verkauft Hausverwaltung Brunnenstraße 161. †2895*

Wardinenhaus Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Herrenanzüge, Paletots, elegante Ausführung, geringe Teilzahlung. Kurzb. Landbergerstraße 13. †

Vorjährige elegante Herren-Winterpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Bernhardshaus Germania, Unter den Linden 21, II.

Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Beste Sachen enorm billig. Dufabrik, Comptoir Kaiserstraße 25A, früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntags geöffnet. †985*

Teppiche (sehr schöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Postfischermarkt 4, Bahnhof Strie. 111/7*

Teppiche mit Gardenschirmen, Gardinenverläge Große Frankfurterstraße 9, parterre. †37*

Räumungshalber verkaufe zu Spottpreisen: Kücheneinrichtungen, Kleiderchränke, Vertikows, Schlafsofas 42, Trumeaus, Taschensofas 50, Schreibtische, Beistellen mit Federmatratze, Pongelsofas 80, Gobelin-garnituren 100, Plüschgarnituren 85, nur allein beim Fabrikanten. Händler 5 Prozent Ermäßigung. W. Rosenfranz, Schönhauser Allee 171. †933*

Gelegenheit! In meinem großen Möbelspeicher mit eigener Tapezierwerkstatt verkaufe zu kostbilligen Preisen: Trumeaus, Kücheneinrichtungen, Plüschbeistelle mit Federmatratze 52, Taschensofas 55, Ruhebetten 18, Schlafsofas 40, Gobelin-garnitur 100. Komplette Zimmereinrichtungen in jeder Preisklasse. W. Rosenfranz, Möbelspeicher, Stallschreiberstraße 5. †842*

Goldene Damenuhren (von 10 Mark an), silberne Remontoiruhren (von 5 Mark an) Deutsches Reichhaus, Rosenthalerstraße 11/12. *

Gobelinhüte, auch kleine, billig. Dierich, Mohrstraße 76. †50*

Nähmaschinen, sämtliche Systeme, auch ohne Anzahlung, wöchentlich 1,00, fünfjährige Garantie. Beschäftigung erwünscht. Schnelle Lieferung, auch durch Postkarte. Turmstraße 39 und Bernauerstraße 47 B. †932*

Teppicheverläge veränderungshalber billig zu verkaufen. Postfischerstraße 9, parterre. †37*

Cigarren-Geschäft veränderungshalber billig zu verkaufen. Postfischerstraße 2a. †105*

Nähmaschinen, preiswerteste Bezugsquelle, ohne Anzahlung. Woche 1,00, Lieferung nach allen Stadteilen sofort. Landbergerstraße 82*, Köpplerstraße 60/61. †85*

Cigarrentouren (Schneider, Wäcker - Kommandantenstraße) wird jetzt kostbillig anverkauft. Deutsches Reichhaus, Rosenthalerstraße 11/12. *

Spottbligg. Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Uhren, Winterpaletots verkauft Reichhaus Reanderstraße 6. 4/7*

Speisefartoffel, klein, Centner 1,50, Schöneberg, Bahnh. 41, Schönder.

Bett, prachtvolles, 17,00. Mischel, Köpplerstraße 26. 20635

Haarfärben, unbedenklich, Probe-Rohle 50 Pfennig. Winterfeldt, Chausseestraße 121. 20676

Schankgeschäft, zu erfragen Stendalerstraße 11. †90

Vermischte Anzeigen.

Lehrhalle eröffnet Chausseestr. 121.

Trompeterschule Drantenstraße 118.

Damenbesuch empfiehlt sich geübten Vereinen bei nächtigen Donor für politische, humoristische Duets. Wirksamkeit bei Theaterstücken. Näheres Bahnh. Oberbergerstraße 37. 19058

Sticherlehrerin Frau Guber, 2/20*

Gneisenaustraße 115.

Rechtsbureau Julius, Glatzerstraße 55.

Rechtsbureau, Rechtshilfe, Eingabengeld, Notariat, Andreasstraße dreiunddassig. 20495*

Unfallischen, Klagen, Eingaben, Reklamationen Vögler, Steglitzerstraße 65. 20576

Rechtsbureau Dulsow, Stalitzerstraße 141. 20515

Anfertigung eleganter Herrengarderobe. Teilzahlung gestattet. Marcus, Kleine Frankfurterstraße 20.

Division! Wer sich über diese ruchlose Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Weltbundes gegen Division, welche unentgeltlich versendet werden vom Verein für die Arbeiter der Königsbergerstraße 108. Dasselbe können auch Vereinen für Fortzüge in Arbeitervereinen über Division bestellt werden. Um gütigen Abdruck wird gebeten. 1611*

Gold, Silber kauft Brunnenstraße 137 (Uhrmacherladen). 20686

Fahrad kauft Brunnenstraße 137 (Uhrmacherladen). 20676

Cigarren, Brillanten, Bücher, Warenposten, sowie alles Brauchbare beliebt (sabelhaft hoch Deutsches Reichhaus (Combarbadt), Rosenthalerstraße 11/12. 110/19*

Restoration habe eröffnet. Karl Schmidt, Seifenstraße 37. 9592*

Vereinigung, geräumig, Simeonstraße 23. 9782*

Gelbe Langhaal und Grandfonds kauft jeden Posten Klein, Krausnickstraße 8 III. 20686*

Modengarderobe! Herren, Damen, große Auswahl, kostliche Anzüge billig bei Müller, Rheinbergerstraße 62. †139*

Möbel werden aufpoliert und repariert. Ruheplatzstraße 25. Um guten Zuspruch bittet Friedsammer.*

Fogierier kniulauken, Marke 11 607, gegen Belohnung bitte abzuliefern. Vauferstraße 43. Post II, Bleibbaum.

Vermietungen.
Zimmer.

Fremdliches Zimmer für 1 oder 2 Herren vermietet (Preis 6 Mark) Gabelbergerstraße 15, III, bei Döge.

Schlafstellen.

Möblierte Schlafstelle für Herren. Glatzerstraße 35 bei Ding.

Fremdliche Schlafstelle (separat) Parzelenstraße, 8 Mark, Wrangelstraße 52, rechter Ausgang IV, Wentig. †19

Mietsgesuche.

Biliges möbliertes Zimmer, eventuell zu wohnen, wird zu mieten gesucht 8. oder SW. Bild. Weber bei Pohlmeier, Waufer 39. 20905

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.

Tüchtiger Kusteller für Tischbienenwände für einen Bau in der Schönhauser Allee verlangen Fischer u. Co., Groß-Plänterstraße, direkt am Wannseebahnhof. 5/10*

Belegemeister für Goldbleichen sucht G. Probst, Köpplerstraße 37. *

Zeitungsbote, geübt, Louis Wittelsberg, verlangt „Vorwärts“, Expedition, Frankfurter Allee 197.

Wamsch auf bessere Sad-Paletots verlangt Schulze, Köpplerstraße 41.

Zu Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgerufene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile

Federhalter-Vorarbeiter, nüchtern, fleißig und verlässlich, tüchtiger Federhalter, wird für eine Federhalter-Fabrik gesucht, der die Produktion von seinen wie auch gewöhnlichen Federhaltern gründlich versteht. Berücksichtigt werden nur solche Offerten, die eine Federhalter-Fabrik selbstständig leiten können und seit Jahren in ähnlicher Stellung waren. Offerten mit Vorkausprüchen unter Z. 1. an die Expedition. 3272*